Dresdener Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik (DSS) e.V.

Die Weltwirtschaftskrise und der Frieden

Beiträge zum
14. Dresdner Symposium
Für eine globale Friedensordnung
am 21. November 2009

DSS-Arbeitspapiere

Heft 97 – 2010

Herausgeber: **D**resdener **S**tudiengemeinschaft **S**ICHERHEITSPOLITIK e.V.

Vorstandsvorsitzender: Prof. Dr. Wolfgang Scheler Rottwerndorfer Str. 3 01257 Dresden

Die Projektgruppe *Globale Friedensordnung* dankt der Kulturakademie Dresden
für die erwiesene Gastfreundschaft und die ihrem Dresdner Symposium
gewährten ausgezeichneten Arbeitsbedingungen.

Redaktion und Druckvorbereitung; V.i.S.d.P.: Prof. Dr. Siegfried Schönherr

Vertrieb: Dr. Lothar Glaß Neuostra 1 01219 Dresden Telefon: 0351/4707918

Beiträge im Rahmen der Schriftenreihe „DSS-Arbeitspapiere“ geben die Ansichten der Autoren wieder, mit denen sich Herausgeber und Redaktion nicht in jedem Fall identifizieren.
Alle Rechte und Pflichten im Sinne des Urheberrechtsgesetzes liegen bei den Autoren.
Nachdruck und jede andere vom Gesetz nicht ausdrücklich zugelassene Verwertung bedürfen ihrer Zustimmung; zugleich haften sie dafür, dass durch die vorliegende Veröffentlichung ihrer Ausarbeitungen nicht Schutzrechte Anderer verletzt werden.

Redaktionsschluss: 25. Februar 2010 Kostenbeitrag: 4,00 Euro

Schriftenreihe „DSS-Arbeitspapiere“ ISSN 1436-601

Inhalt

DIETER KLEIN	Eine mehrdimensionale Krise und ihre sicherheitspolitischen Folgen	4
HORST-DIETER STRÜNING	Die globalen politischen Veränderungen infolge der gegenwärtigen Finanz- und Weltwirtschaftskrise und ihre friedensgefährdenden Aspekte	28
SIEGFRIED SCHÖNHERR	Weltwirtschaftskrise, Rüstung und Rüstungsfinanzierung	39
WOLFGANG SCHELER	Über die Wesensmerkmale des Friedens aus dem Blickwinkel der Weltwirtschaftskrise	51
ERNST WOIT	Globale Friedensordnung oder Ressourcenkrieg	60
ENDRE KISS	Die Philosophie der Krise	69
WOLFGANG SCHELER	Generalleutnant a. D. Prof. Dr. Hans Süß zum Gedenken	78

Dieter Klein

Eine mehrdimensionale Krise und ihre sicherheitspolitischen Folgen

Eine mehrdimensionale Gesellschaftskrise

Die 2008 mit aller Wucht zutage getretene Finanzkrise und die zyklische Weltwirtschaftskrise in Produktion und Dienstleistungen sind Teil einer mehrdimensionalen Gesellschaftskrise.

Die Finanzkrise als Folge der Gier von Managern und als Resultat unzureichender Finanzaufsicht zu erklären, greift entschieden zu kurz. Der tiefste Grund dieser Krise ist eine enorme Überakkumulation von Geldkapital als Resultat kapitalistischer Ausbeutung. Seit dem Jahre 2000 stiegen in Deutschland die Unternehmensgewinne und Vermögenseinkommen preisbereinigt bis 2007 um 35 Prozent an. Die Realeinkommen der Beschäftigten sanken dagegen um 3 Prozent. Weltweit wuchs die Kluft zwischen Arm und Reich. Das Resultat war ein Anschwellen der Kapitalmassen, für die durch die Begrenztheit der Massenkaufkraft keine oder nur wenig profitable Anlagemöglichkeiten in der Produktion vorhanden sind. Riesige Geldkapitalvermögen der Superreichen sammelten sich so bei Banken und Investmentgesellschaften: Überakkumulation von Kapital.

Der sich seit den 70er Jahren global herausbildende neoliberale Kapitalismus hat unterschiedliche Antworten auf diese Überakkumulation entwickelt:

- Hochtechnologische Innovationen sollten neue Wachstums- und Kapitalanlagemöglichkeiten schaffen. Eine dauerhafte Wachstumsbeschleunigung blieb jedoch aus. Sie scheiterte vor allem an der Begrenztheit der Massennachfrage. Große Erdregionen wurden durch die hochtechnologischen Innovationen noch mehr abgehängt als zuvor. Ihre Armut wächst an und bildet den Hintergrund für Gewalt und militärische Konflikte. Sicherheitspolitisch relevant ist außerdem, dass hochtechnologische Waffensysteme, beispielsweise im Golfkrieg 1990/91 und in Jugoslawien, Aggressionskriege zu geringen eigenen Risiken der Invasoren ermöglichten.
- Eine Ökonomie der Enteignung war eine zweite Antwort des neoliberalen Kapitalismus auf die Situation der Überakkumulation. Sie umfasst erstens einen verstärkten Druck auf die Löhne, die erhebliche Ausweitung des Niedriglohnsektors und eine Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse. Zweitens wird die Privatisierung bisher öffentlicher Daseinsvorsorge

vorangetrieben. Anstelle der Rechte von Bürgerinnen und Bürgern auf öffentliche Leistungen tritt in vielen Fällen das höchst unterschiedlich verteilte Geld als Zugang zu nunmehr privat angebotenen Leistungen. Das Resultat ist nicht zuletzt eine Dämpfung der Massennachfrage mit negativen Wirkungen auf Wachstum und Beschäftigung.

- Globalisierung, Expansion auf den Weltmärkten, Umverteilung zu Lasten der konkurrenzschwächeren und abhängigen Länder zugunsten der reichen Industrieländer, geostrategische Machtpolitik zur Aneignung von Ressourcen bis zum Einsatz von militärischen Mitteln imperialer Politik bilden eine dritte Linie von Auswegen aus Überakkumulation und Tendenzen zu geringer Profitabilität bei Kapitalanlagen. Dies wird voraussehbar zur Nichterfüllung der Millenniumsziele führen, also der Senkung von Hunger, Kinder- und Müttersterblichkeit, Analphabetentum und längst erfolgreich behandelbaren oder vermeidbaren Erkrankungen. Daraus folgt gegenwärtig sogar ein Anstieg der Armut als Milieu potenzieller Gewalt und als wesentliche Ursache von militärischen Konflikten.
- Fortschreitende Gefährdung und Zerstörung der Umwelt ist eine weitere Form, in der die ökonomischen Machteliten versuchen, der Verschlechterung der Kapitalverwertungsbedingungen entgegenzuwirken, indem sie die Natur rücksichtslos ausbeuten und die dadurch entstehenden Kosten auf künftige Generationen abwälzen. Weiter unten wird zu zeigen sein, dass Umweltkonflikte künftig verstärkt in Wechselwirkung mit anderen Konflikten die Gefahren für die menschliche Sicherheit vergrößern und zu Kriegen führen könnten.
- Die Herausbildung eines Finanzmarkt-Kapitalismus war schließlich eine Reaktion der Herrschenden auf die Überakkumulation von Kapital mit besonders spektakulären Krisenfolgen. Die Finanzmarktakteure entwickelten neue und noch stärker undurchschaubare Möglichkeiten von Finanzinvestitionen als Kompensation für die ihnen zu gering erscheinende Profitabilität von Investitionen in Produktion und humanorientierten Dienstleistungen.

Ende 2007 standen weltweit Finanzvermögen in Höhe von 196 Billionen US-Dollar einem Weltsozialprodukt von 55 Billionen gegenüber. Finanzvermögen führen bei ihrer Anlage zu einem Anspruch auf Verzinsung. Allein eine Verzinsung zu fünf Prozent pro Jahr für die fast 200 Billionen Finanzvermögen würde ein fünfprozentiges jährliches Wachstum des Weltsozialprodukts erfordern und damit seinen gesamten Zuwachs auffressen. Eine irrationale Situation ist entstanden.

Zeitweilig konnte sie durch eine spekulative Blase überdeckt werden, die in hohem Maße auf dem Umlauf von Derivaten beruhte. Das lateinische deriva-

tum bezeichnet das Abgeleitete, in diesem Falle abgeleitete Wertpapiere. Um in den USA die Geschäfte auf dem Immobilienmarkt auszuweiten, wurden in einer Niedrigzinsphase Immobilienkredite millionenfach auch an Haushalte vergeben, die sich den Kauf von Häusern und Grundstücken gar nicht leisten können. Die Kredite waren daher von vornherein zum großen Teil faule Kredite, deren Rückzahlung unsicher und eher unwahrscheinlich war. Um diese unsicheren Kreditforderungen schnell loszuwerden, sie also an andere Investmenthäuser und Banken verkaufen zu können, wurden sie mit *guten* Forderungen, mit unterschiedlichen Wertpapieren anderer Herkunft, kombiniert. Es wurden auf diese Weise abgeleitete Wertpapiere, Derivate also, geschaffen, die rund um die Erde gehandelt werden. Doch selbst Insider durchschauen oft nicht mehr, welche realen Vorgänge hinter den Derivaten verborgen sind. Ende 2007 betrug der Nominalwert der Finanzderivate global 596 Billionen US-Dollar. Er ist inzwischen höchstens um ein Fünftel vermindert worden.

Als in den USA die Kreditzinsen wieder anstiegen und Millionen Hauserwerber ihre Kredite nicht mehr bedienen konnten, platzte das Geschäft mit den Kreditderivaten. Aber erst allmählich begann sich herauszustellen, welche Banken und Finanzfonds faule oder toxische Wertpapiere in ihren Bilanzen haben. Im Oktober 2008 schätzte der Internationale Währungsfonds (IWF) in seinem *Global Financial Report* den Bestand toxischer Papiere weltweit auf 23,3 Billionen US-Dollar, von denen erst 3 Billionen abgeschrieben seien.

Die Folge war, dass das Misstrauen zwischen den Marktakteuren, insbesondere unter den Banken selbst, anwuchs. Die auf dem Interbankenmarkt übliche wechselseitige Kreditvergabe begann zu stocken. Am 15. September 2008 ging die für *unsinkbar* gehaltene US-Großbank Lehman Brothers unter. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung schrieb: „Die Lage war derart verzweifelt, dass alleiniges Vertrauen in die Selbstheilungskräfte des Marktes sehr wahrscheinlich in eine Katastrophe geführt hatte.“[1] Peer Steinbrück fasste das Gefühl in den Zirkeln der Macht zusammen: „Da haben wir alle in einen Abgrund geblickt.“[2] Der Marktradikalismus als neue weltliche Religion, der Kern neoliberalen Denkens, geriet ins Wanken. Das globale Finanzsystem konnte nur durch staatliche Garantiefonds, staatliche Kapitalbeteiligung an Banken und sogar Verstaatlichung von Banken sowie durch die Übernahme fauler Wertpapiere in staatliche Hand gerettet werden.

Trotzdem stockte die Kreditvergabe an Unternehmen, vor allem an kleine und mittlere Firmen, oder fand nur zu schlechteren Bedingungen statt. Die

---

[1] Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22.10.2008.

[2] Der Spiegel vom 29.09.2008.

Finanzkrise trug auf diese Weise zum Ausbruch der ohnehin heranreifenden zyklischen Überproduktionskrise bei.

Die Weltwirtschaftskrise führte 2009 erstmalig seit dem Zweiten Weltkrieg zum absoluten Rückgang des Weltsozialprodukts. Die Zahl der Arbeitslosen stieg um rund 50 Millionen an. Nach Schätzungen der Weltbank kostet die Krise 200.000 bis 400.000 Kleinkindern das Leben. In Deutschland schrumpften das Bruttoinlandsprodukt im Jahre 2009 um 5 Prozent, das produzierende Gewerbe um 16,9 und die Exporte um 14,7 Prozent. Nur durch Kurzarbeit von 1,1 Millionen Beschäftigten konnte 2009 ein jähes Ansteigen der Arbeitslosigkeit abgefangen werden.

Zu den Dimensionen der gegenwärtigen Krisensituation gehört ein einzigartiges zeitlich gerafftes Zusammenfallen unterschiedlicher schwerster struktureller Krisen des neoliberalen Kapitalismus. Die Vernetzung der Welt hat einen Knoten besonderer Dimension, eine Verflechtung von Großkrisen, hervorgebracht. Die besondere Brisanz dieser Verknüpfung globaler großer Krisen besteht darin, dass sie das Versagen des neoliberalen Kapitalismus gerade vor den größten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts augenfällig macht. Ein besonderer Aspekt dieser Krisen ist ferner, dass sie durchweg mit der Demontage globaler öffentlicher Güter verknüpft sind.

- Sozialökologischer Umbau der Gesellschaft oder Zerstörung ihrer natürlichen Existenzbedingungen, so lautet die erste Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Und sie schließt die Bewahrung der natürlichen öffentlichen Güter ein. Doch die Realität des neoliberalen Kapitalismus ist eine Vertiefung der Umweltkrise und die Zerstörung dieser globalen Güter. Nur noch eine bis eineinhalb Dekaden umfasst nach seriösen Expertenstudien das historische Zeitfenster, in dem die Voraussetzungen dafür geschaffen werden müssen, eine Klimakatastrophe noch abzuwenden. Von ihr betroffen ist als ein elementares öffentliches Gut von höchster Bedeutung die Erdatmosphäre, einschließlich einer Erdtemperatur, die sich im Einklang mit dem gewachsenen Leben auf der Erde befindet. Die Chancen stehen nicht gut, dieses Gut zu retten. Erdweiter Temperaturanstieg, gehäufte Naturkatastrophen, Hunger und Wassermangel durch Waldvernichtung, Überschwemmungen, Dürren, beschleunigte Wüstenbildung, Überfischung der Meere und Artenvernichtung bedrohen Hunderte Millionen Menschen. Die Profitdominanz auf den Weltmärkten und insbesondere die Steigerung des shareholder value auf den Finanzmärkten sind Maßstäbe, mit denen eine ökologische Zeitenwende nicht zu bewältigen ist. Aber ohne eine solche Wende werden nach der Voraussage des Stern-Review The Economics of Climate Change jährlich mindestens fünf, wahrscheinlich eher 20 Prozent des jährlichen Weltsozialprodukts durch

Umweltschäden verloren gehen. Die Folgen wären vor allem für die Bevölkerung der ärmeren Länder noch vernichtender als bereits gegenwärtig.

- Globale Kooperation, das ist die zweite Herausforderung unseres Jahrhunderts. Der Frieden gehört zu den gesellschaftlich herzustellenden oder infrage gestellten öffentlichen Gütern höchsten Ranges. Der neoliberale Kapitalismus verspielt seine Legitimation auch auf diesem Feld. Der Irak-Krieg ist Krise pur. Er kostete das irakische Volk bereits bis Ende 2007 nach Angaben des New England Journal of Medicine vom 31. Januar 2008 654.965 „zusätzliche Todesfälle". Im Irak-Krieg scheitert der imperiale Anspruch, wenn anders nicht möglich, mit militärischer Gewalt die Ordnung in jeder Region der Erde nach westlichem Vorbild zu bestimmen und die als Teil der Umweltkrise knapper werdenden Naturressourcen unter Kontrolle der USA und ihrer Verbündeten zu halten. Nach Berechnungen des Nobelpreisträgers und früheren Chefökonomen der Weltbank, Joseph Stiglitz, werden die Gesamtkosten des Krieges im Irak allein für die USA 3 bis eher 5 Billionen Dollar erreichen. Das ist mehr als die Entwicklungshilfe des Westens in Höhe von 2,3 Billionen Dollar an sämtliche Entwicklungsländer in den vergangenen 60 Jahren. Die Ausgaben für Rüstung und Krieg fehlen der Finanzierung von Entwicklung im Süden und der öffentlichen Daseinsvorsorge auch in den reichen Ländern. Mehr noch, sie zerstören Ansätze erfolgreicher Entwicklung auf lange Zeit.[3]
- Die Bewältigung der dritten großen Herausforderung des 21. Jahrhunderts, die Überwindung von Hunger, Ernährungskrisen, Armut und untauglichen Entwicklungswegen, liegt nach dem Befund des New Yorker UN-Gipfels zur Armutsbekämpfung vom September 2008 und des Entwicklungsberichtes 2008 der Vereinten Nationen in weiter Ferne. Auch das betrifft globale öffentliche Güter ersten Ranges: Gerechtigkeit und menschliche Sicherheit, die u.a. globale Ernährungssicherheit, Überwindung von Armut und vermeidbare Massenerkrankungen einschließt. Doch der Global Monitoring Report 2008 der Weltbank weist für 42 von 59 untersuchten Ländern das genaue Gegenteil von Gerechtigkeit aus, eine Vergrößerung der Kluft zwischen Arm und Reich. Die UN-Landwirtschafts- und Ernährungsorganisation (FAO) verzeichnete im September 2008 eine Erhöhung der Zahl der weltweit Hungernden auf 1,02 Milliarden Menschen.

Ein Zwischenfazit ergibt: Die spektakuläre Finanzkrise hat sich als Teil viel umfassenderer krisenhafter Prozesse und globaler Gefahren erwiesen. Die kapitalistische Wachstumsgesellschaft ist akut dabei, die natürlichen Existenzgrundlagen der künftigen Generationen zu zerstören. Zum ersten Mal in der

---

[3] Siehe G. Stiglitz, L. Bilmes, Die wahren Kosten des Krieges. Wirtschaftliche und politische Folgen des Irak-Konflikts, München 2008.

Geschichte ist die Menschheit unter Zeitdruck geraten. Für die Rettung der Lebensbedingungen Hunderter Millionen Menschen ist nur noch ein kurzes Zeitfenster von ein bis eineinhalb Dekaden verfügbar. Die der Profitdominanz verschriebenen globalen Machteliten sind unfähig, einen Reichtum wie nie zuvor in der Geschichte so zu verteilen, dass die absolute Armut von mehr als einer Milliarde Menschen überwunden wird. Ein Ende der Kriege in vielen Teilen der Erde ist nicht abzusehen. Die Gesamtheit der Krisendimensionen deutet darauf hin, dass die Menschheit in eine Zivilisationskrise geraten ist.

Die entscheidende sicherheitspolitische Implikation dieser Konstellation ist, dass die Verflechtung ökonomischer, sozialer, ökologischer, politischer und kultureller Krisen und Gefahren nicht militärisch gelöst werden kann. Eine Politik der menschlichen Sicherheit kann nur durch eine Demokratisierung der Demokratie, nur durch sozialökologischen Umbau, nur durch eine neue Kultur der Toleranz und nur durch völkerrechtliche Vereinbarungen über gemeinsame oder kollektive und komplexe Sicherheit erreicht werden. Rüstungskontrolle und Abrüstung sind wichtige Wege zur Freisetzung der Ressourcen, die für die Herausbildung einer solidarischen gerechten Gesellschaft und sozialökologischer Nachhaltigkeit unverzichtbar sind.

Die gegenwärtige Gesellschaftskrise ist allerdings eines nicht, sie ist keine Krise der politischen Herrschaft in den USA, in Europa, Japan und vielen anderen Ländern. Anders ist die Lage in einer Reihe lateinamerikanischer Staaten, in denen, getragen von breiten sozialen und nicht zuletzt auch von indigenen Bewegungen, ein politischer Richtungswechsel nach links umkämpft ist. In den Europawahlen 2009 haben dagegen bürgerlich-konservative, wirtschaftsliberale und rechte Parteien die Mehrheit erobert. In Deutschland hat die LINKE in der Bundestagswahl 2009 zwar absolut 25 Prozent mehr Stimmen als 2005 errungen und ihr Wahlergebnis von 8,7 auf 11,9 Prozent erhöhen können. Aber der Stimmenanteil von SPD, der LINKEN und den Grünen fiel von 51,6 auf 45,6 Prozent. Der Stimmenanteil von CDU/CSU und FDP stieg von 45 auf 48,4 Prozent.

Mitten in der Krise haben die bürgerlichen Parteien die Wahlen gewonnen, mit einem so niedrigen absoluten Anteil an der Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen wie nie zuvor. Union und FDP haben die Wahlen nicht durch ihre Stärke, sondern durch die Schwäche der Linken für sich entschieden. Die Krise fordert kategorisch eine Erneuerung der europäischen, einschließlich der deutschen, Linken heraus.

Szenarien möglicher künftiger Entwicklung

Zunächst zeichnen sich gegensätzliche Szenarien möglicher Perspektiven ab. In den nächsten zehn Jahren oder länger werden die Elemente unterschiedlicher Gesellschaftsprojekte neben- und gegeneinander existieren, bis die Kämpfe zwischen ihnen für eine nächste Phase entschieden werden. Fünf Entwicklungswege und Übergänge zwischen ihnen könnten miteinander konkurrieren:

- Szenario I: Ein neoliberales *Weiter so*. Es ist hier nicht näher zu beschreiben. Aus der Erfahrung von mehr als drei Jahrzehnten ist bekannt, was dieses *Weiter so* bedeutet.[4] Noch immer gilt das Wort Walter Benjamins: „Dass es ‚so weiter' geht, ist die Katastrophe."[5] Bis in die Gegenwart schließt der neoliberale Weg imperiale Kriege, Armut als Nährboden von Gewalt und mit dem Klimawandel neue Anstöße für militärische Konflikte ein.
- Szenario II: Ein Mix von neoliberalen Grundtendenzen und staatlichen Interventionen zu deren Rettung. Das Ergebnis dieses Mixes könnte das Paradoxon eines neoliberal-staatsinterventionistischen Kapitalismus und eine instabile zeitweilige Stabilität sein. Die halbherzigen Schritte zur Regulierung des internationalen Finanzsystems und zur Bearbeitung des Klimawandels bei ungebrochener Macht des stärker als vor der akuten Krise konzentrierten Finanzkapitals deuten darauf hin. Aber immerhin haben die Machteliten mit Bankenrettungsschirmen, Konjunkturprogrammen und sozialen Absicherungen einen noch tieferen Krisenabsturz abgewendet. Vieles spricht für die Wahrscheinlichkeit des mit dem ersten Szenario eng verwandten Szenarios II. So wie Antonio Gramsci schrieb: „Die Krise schafft gefährliche unmittelbare Situationen, weil die verschiedenen Bevölkerungsschichten nicht dieselbe Fähigkeit besitzen, sich rasch zu orientieren und sich mit derselben Schnelligkeit zu reorganisieren. Die traditionell führende Klasse, die über ein zahlenmäßig starkes geübtes Personal verfügt, wechselt Menschen und Programme aus und gewinnt die Kontrolle wieder, … sie bringt womöglich Opfer, setzt sich mit demagogischen Versprechen einer ungewissen Zukunft aus, behält aber die Macht."[6]
- Szenario III: Postneoliberaler Kapitalismus. Konsequenter als im Rahmen des zweiten Szenarios würden die staatlichen und zivilgesellschaftlichen Interventionen einen Green New Deal vorantreiben. Er könnte mit einem

---

[4] Siehe M. Candeias, Neoliberalismus-Hochtechnologie-Hegemonie, Berlin 2009; D. Klein, Krisenkapitalismus. Wohin es geht, wenn es so weitergeht?, Berlin 2008.

[5] W. Benjamin, Allegorien kultureller Erfahrung. Ausgewählte Schriften 1920-1994, Leipzig 1984, S. 151.

[6] A. Gramsci, Gefängnishefte, Bd. 7, Hamburg, Berlin 1996, S. 1578.

Public New Deal verbunden sein, das heißt als Gegenbewegung zu neoliberaler Privatisierung mit einem Ausbau des Öffentlichen – öffentlicher Güter, öffentlicher Daseinsvorsorge und Infrastruktur, öffentlichen Eigentums und öffentlicher Räume – anknüpfend an einige Elemente in den gegenwärtigen Konjunkturprogrammen und in teilweiser Anlehnung an skandinavische Erfahrungen. Das Versagen der neoliberalen Regulationsweise bei der Lösung der größten Herausforderungen unseres Jahrhunderts rückt dieses Szenario in den Bereich des Möglichen. Die Schwäche der Linken spricht eher gegen die Wahrscheinlichkeit dieses Entwicklungspfades in absehbarer Zeit. Aber selbst in diesem Szenario würden kapitalistische Eigentums-, Verfügungs- und Machtverhältnisse die Entfaltung einer neuen Soziallogik immer wieder beschränken. Es würde sich bewegen zwischen der Möglichkeit der Öffnung für weitergehende Transformationsprozesse und dem Rückfall in die Szenarien II oder gar I.

- Szenario IV: Entzivilisierter Kapitalismus. Weniger wahrscheinlich als die Szenarien I und II, aber nicht auszuschließen ist, dass eine Eskalation ungelöster Probleme, der Verlust von Fähigkeiten der Eliten zur Governementalität, des Regierens mit Hilfe von Selbstregierung und Selbstanpassung der Einzelnen, und künftige große Krisen von den konservativsten Teilen der Herrschenden durch autoritäre Regime, Gewalt, Militarisierung, radikalem Sozialabbau und Rechtsextremismus beantwortet werden könnten.
- Szenario V: Emanzipatorische Transformation zu einer solidarischen, gerechten Gesellschaft sozialökologischer Nachhaltigkeit. Erstens umschließt eine solche Transformation eine umstürzende Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse zwischen den Menschen, zwischen ihren Klassen und sozialen Gruppen. Eine Gesellschaft der individuellen Freiheit, in der jede und jeder in sozial gleicher Weise an den Bedingungen eines selbstbestimmten Lebens in sozialer Sicherheit und Solidarität teilhaben, das ist der Grundgedanke des demokratischen Sozialismus. Das ist die Leitidee nicht nur für eine künftige Gesellschaft, sondern für den transformatorischen Prozess und Weg, der mitten in der bürgerlichen Gesellschaft beginnt und über sie hinaus führen wird. Zweitens gehört zum Inhalt der kommenden alternativen Transformation Nachhaltigkeit durch sozialökologischen Umbau, das heißt eine Revolution im Verhältnis von Gesellschaft und Natur. Dies ist neben einer gerechten Umwälzung der Verhältnisse zwischen den Menschen der andere große Grundprozess des 21. Jahrhunderts. Das schließt den Übergang von profitdominiertem Wachstum zu nachhaltiger Entwicklung ein. Drittens wird in der Transformation zu einer zukunftsfähigen Gesellschaft das Öffentliche, öffentliche Güter, öffentliche Daseinsvorsorge, öffentliches Eigentum, öffentliche und öffentlich geförderte Be-

schäftigung, öffentliche Räume und Teilhabe der Öffentlichkeit an Entscheidungen, zur conditio humana für individuelle Freiheit. Es wird zum Medium der Solidarität, weil es Teilhabegerechtigkeit an elementaren Lebensbedingungen oder Freiheitsgütern wie Bildung, Gesundheit oder Mobilität zu bieten vermag. Das Öffentliche wird zum Halt der Einzelnen gegen eine Zukunft der Entsicherung und Ausgrenzung. Es ist die Antwort auf neoliberale Privatisierung und Deregulierung.

Friedens- und sicherheitsrelevante Implikationen der Szenarien I und II

Die jüngste Gesellschaftskrise hat Folgen, die Frieden und Sicherheit gefährden. Sie birgt auch Tendenzen, die in Chancen für eine Friedenspolitik verwandelt werden könnten – unter der Voraussetzung einer Veränderung der Kräfteverhältnisse zugunsten alternativer gesellschaftlicher Kräfte.

Gefahren für menschliche Sicherheit und Frieden durch andauernde Armut

Die allgemeinste gefährliche Folge der Krise selbst und einer mehr oder weniger modifizierten Fortsetzung neoliberaler Politik ist die Reproduktion der Eigentums-, Verfügungs- und Machtstrukturen des globalisierten Kapitals. Die Konzentration des Kapitals wurde durch die Krise sogar weiter erhöht. Diese Seite des Ausgangs der Krise deutet darauf hin, dass alle Widersprüche, die zu den verschiedenen Dimensionen der Krise führten, auch weiter wirken werden. Eine ausgeprägte Labilität und die Unsicherheit der Lebenslagen großer Teile der Bevölkerung in den Industrieländern, vor allem aber in den Schwellen- und Entwicklungsländern, wird die wahrscheinliche Folge sein. Wie bereits festgestellt, wird die Armut auch weiter andauern und in vielen Ländern der Erde absolut zunehmen. Damit wird der allgemeine Hintergrund für Gewalt, militärische Konflikte und Kriege weiter existieren. Allein 2008 stürzten nach Weltbankschätzungen zusätzlich 130 bis 155 Millionen Menschen in Armut ab. Für 2009 schätzt die Weltbank, dass 53 Millionen Menschen auf ein Einkommen unter zwei Dollar pro Tag abgesunken sind.

Im *Friedensgutachten 2009* von fünf führenden deutschen Friedensforschungsinstituten wird allerdings vorsichtig formuliert: „Die Vermutung, dass wachsende Armut und soziale Ungerechtigkeit zu mehr Konflikten und Gewaltausbrüchen führen, ist plausibel; empirisch belegt ist diese Annahme für die aktuelle Krise allerdings noch nicht. Trotzdem ist sie ernst zu nehmen.“[7]

---

[7] Institut für Entwicklung und Frieden, INEF; Forschungsstelle der Evangelischen Studiengemeinschaft, FEST; Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg, IFSH; Hessische Stiftung für Frieden- und Konfliktforschung, HSFK; Bonn International Center for Conversion, BICC; Friedensgutachten 2009, Berlin 2009, S. 19.

Besonders gefährlich und potenziell gewalt- und konfliktträchtig ist die intensive Wechselwirkung der verschiedenen Komponenten der globalen Krise. Am deutlichsten wird das in Ländern, in denen soziale Klüfte die Gesellschaften so zerreißen, dass ein Staatenzerfall die Folge ist. Die Staatsmacht verliert, wie zum Beispiel in Somalia, im Sudan oder in großen Teilen des Kongo, jede Kontrolle. Sie versinkt selbst in Korruption und Machtkämpfe um Pfründe. Warlords, einander bekämpfende Milizen, private Kampfverbände, marodierende Banden und die Beteiligung von Nachbarstaaten an den Kämpfen um Ressourcen und Territorien sind die Folgen. Zu den so genannten Failing States rechnet der *Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen* in seinem Bericht *Welt im Wandel: Sicherheitsrisiko Klimawandel* gegenwärtig etwa 30 Staaten. Auf diesem Boden gedeiht Krieg. Militärökonomien entstehen, in denen die beteiligten Kombattanten Konflikte um die Beherrschung von Ressourcen austragen, um mit den Erlösen aus ihrer Ausbeutung auf den internationalen Märkten das Andauern der so genannten Neuen Kriege zu finanzieren.

Zu den Profiteuren kriegerischer Ressourcenaneignung durch die Kriegsparteien gehören Unternehmen der Industrieländer, die die gewonnenen Rohstoffe aufkaufen, oft strategische Materialien wie beispielsweise das im Kongo gewonnene Erz Coltan, aus dem das für die Elektronikindustrie eminent wichtige Metall Tantal gewonnen wird. Die so genannten Private Military Companies vor allem in den USA betreiben Krieg als ihr Kerngeschäft. Sie stellen beliebigen staatlichen oder privaten Kriegsparteien private Kampfeinheiten für direkte Militäreinsätze zur Verfügung, stellen Lufttransportkapazitäten, Kommunikations- und Satellitensysteme bereit, betreiben Militärberatung und -ausbildung. Sie bauen Militäranlagen vor allem für US-Truppen rund um die Erde bis zur Errichtung des berüchtigten Gefängnisses im US-Militärstützpunkt Guantanamo Bay durch Kollogg Brown & Root, eine Tochter des US-Konzerns Halliburton Co. Der Umsatz der privaten Militärunternehmen der USA wird auf rund 100 Milliarden US-Dollar im Jahr geschätzt.[8]

Zu erwarten ist, dass transnationale Unternehmen und Staaten als Reaktion auf die Krise ihre Anstrengungen verstärken werden, um die Krise als erfolgreiche Konkurrenten zu überstehen. Die Konkurrenz wird sich verschärfen. Nichts anderes bedeutet die wiederholte Beschwörung der Kanzlerin Merkel, Deutschland wolle gestärkt aus der Krise hervorgehen.

---

[8] Siehe B. Kanzleiter, Krieg & Frieden GmbH. Privatarmeen und private Militärunternehmen als Akteure der Neuen Kriege, in: D. Azzellin, B. Kanzleiter (Hrsg.), das Unternehmen Krieg, Berlin, Hamburg, Göttingen 2003; D. Klein, Milliardäre-Kassenleere. Rätselhaftes Verschwinden des anschwellenden Reichtums, Berlin 2006, S. 99 ff.

Für eine solche Verschärfung der globalen Verdrängungskonkurrenz sprechen verschiedene Umstände. Seit mehr als vier Jahrhunderten setzt sich in den Industrieländern eine Tendenz zur Wachstumsverlangsamung durch. Sie war bereits durch John Maynard Keynes vorausgesehen worden.

Absoluter Zuwachs des realen Bruttosozialprodukts (in Millionen US-Dollar auf Preisbasis 1990)			
	Bundesrepublik	EU 15	USA
1950 bis 1960	225.187	784.856	590.811
1960 bis 1970	254.609	1.254.050	1.035.173
1970 bis 1980	222.546	1.189.926	1.148.658
1980 bis 1990	235.543	1.218.724	1.572.642
1990 bis 2000	234.580	1.340.904	2.321.178

Quelle: Groningen Growth and Development Centre, Januar 2005, Total Economy Date Base, Berechnungen: Ingo Stützle, Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Der langfristige Trend zur Verlangsamung des Wirtschaftswachstums könnte nun damit zusammenfallen, dass auch die Erholung von der Weltwirtschaftskrise nach der Erwartung vieler Wirtschaftsexperten nur langsam erfolgen wird. Paul Volcker beispielsweise, der frühere US-Notenbankchef, erklärte: „Die Weltwirtschaft erholt sich nur sehr langsam. Die Lage wird nicht über Nacht besser, sie bleibt auch in Zukunft schwierig. Einen Rückfall würde ich auf keinen Fall ausschließen.“[9]

Die USA hatten lange Zeit ein stärkeres Wachstum als andere Länder. Eine Grundlage dafür ist ihre extreme Verschuldung. „Für das Land ergibt sich für alle staatlichen und staatsnahen Einheiten eine Verschuldung von 424 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Sie setzt sich zusammen aus 60 Prozent an offiziellen Staatsschulden, 81 Prozent an Schulden anderer Körperschaften und 283 Prozent an ungedeckten Verpflichtungen. Unter Berücksichtigung der Verschuldung der privaten Haushalte (99 Prozent) und aller Unternehmen (317 Prozent – ohne außerbilanzielle Titel) beträgt die Gesamtschuld sogar 840 Prozent.“[10] Allein im Ausland sind die USA in Höhe von 3.086 Billionen Dollar verschuldet, darunter gegenüber China mit 681,9 Milliarden

[9] Der Spiegel vom 14.12.2009.

[10] J. Bischoff, Von der geplatzten Finanzblase zum Staatsbankrott?, in: Sozialismus, Heft 01/2010.

(März 2009). Es ist äußerst unwahrscheinlich, dass sich das amerikanische Wirtschaftswachstum weiter so auf Pump wie in der Vergangenheit steigern lässt. Ausländische und inländische Gläubiger samt der privat verschuldeten Haushalte sind durch das folgenreiche Platzen der jüngsten Schuldenblase alarmiert und vorsichtiger geworden. Die USA werden ihre Rolle als globaler Nachfrager auf dem Weg der Verschuldung und als Wachstumsmaschine kaum wie bisher wahrnehmen können.

Ferner ist auch die Staatsverschuldung vieler anderer Länder in der Folge von Bankenrettungspaketen und Konjunkturförderungsprogrammen in Billionenhöhe stark angestiegen. In Deutschland ist für die Jahre 2009 bis einschließlich 2013 ein Gesamtdefizit bei Bund, Ländern, Kommunen und Sozialversicherungen von mehr als 500 Milliarden Euro vorauszusehen. Wenn nicht eine machtvolle Formierung von Gegenkräften erfolgt, werden die Herrschenden darauf setzen, die permanente Haushaltskrise vorrangig durch die Senkung von Sozialleistungen, durch höhere Umsatzsteuern, Beiträge und Abgaben zu Lasten der ohnehin sozial Schwächeren, aber auch großer Teile der gesellschaftlichen Mitte zu überwinden. Das wird die Massennachfrage begrenzen und das Wachstum dämpfen. Die allmähliche Verknappung von wichtigen Energieträgern wie Öl und andere Rohstoffe sowie die Grenzen des Wachstums durch die Zerstörung der Natur werden diese Tendenz noch verstärken.

Vieles deutet auf das nahende Ende des gewohnten kapitalistischen Wachstumstyps hin. Das Resultat wird voraussichtlich eine außerordentliche Verschärfung der internationalen Verdrängungskonkurrenz sein.

Wie werden diese gedämpften Wachstumsaussichten und die sich auf diesem Hintergrund verschärfende Konkurrenz auf die wettbewerbsschwächeren Entwicklungsländer wirken? Durch die Krise werden eine Reihe von Mechanismen verstärkt, die in Zukunft destabilisierend auf viele Entwicklungsländer wirken, die Armut dort vergrößern und damit Bedingungen für vermehrte Gewalt und militärische Konflikte schaffen:

- Nach den jüngsten Erschütterungen des internationalen Bankensystems werden Kredite an angeschlagene Länder in der Regel zu schlechteren Konditionen und durch den Internationalen Währungsfonds nur bei Auflagen im Rahmen von Strukturanpassungsprogrammen gewährt. Das war jedenfalls die Voraussetzung für jüngste Kredite des IWF an Lettland, die Ukraine, Weißrussland und Serbien. Zu den Auflagen gehören die Öffnung der Märkte der betroffenen Länder für Importe aus den Industrieländern mit oft verheerenden Folgen für die einheimische Wirtschaft, die Sanierung von deren Staatshaushalten vor allem durch den Abbau der ohnehin geringen sozialen Leistungen, wie zum Beispiel der Subventionierung von Lebensmittelpreisen, und die Privatisierung öffentlicher Unter-

nehmen. Schon in der Vergangenheit führte das zu Hungeraufständen in den betroffenen Ländern.

- Die besonders hohe Staatsverschuldung der USA wird den US-Dollar weiter schwächen. Das heißt aber, ausgedrückt in anderen Währungen, werden die Exportgüter der USA auf den Weltmärkten billiger. Die Konkurrenz wird dadurch härter. Das trifft die ohnehin wettbewerbsschwächeren Entwicklungsländer besonders hart. Besonders problematisch ist diese Entwicklung für rohstoffarme Entwicklungsländer. Wenn der Dollar schwächer wird und der Handel mit Rohstoffen überwiegend in Dollar fakturiert wird, führt das zu sinkenden Einnahmen der Rohstoffproduzenten. Zum Ausgleich werden sie versuchen, unterstützt durch die tendenzielle Verknappung strategisch wichtiger Ressourcen, die Energie- und Rohstoffpreise nach oben zu treiben. Das wird wiederum in Entwicklungsländern, die vom Energie- und Rohstoffimport abhängig sind, die Armut vergrößern.

Dazu kommt, dass nach dem Platzen der Spekulation mit so genannten Finanzprodukten eine Tendenz zur Verlagerung von Spekulationsgeschäften auf Rohstoffe und Nahrungsgüter wirkt. Allein zwischen Ende 2006 und März 2008 stieg der Preisindex für die wichtigsten Nahrungsgüter nach Angaben der FAO um 71 Prozent. Bei Reis und anderen Getreidearten stiegen die Preise um 126 Prozent. Wie oben bereits erwähnt, sind schätzungsweise zwischen 20 und 40 Prozent dieser Steigerungen durch Spekulation verursacht. Seit Mitte 2008 wirkt, zwar bedingt durch die Krise, eine rückläufige Kaufkraft preissenkend auf dem Nahrungsgütermarkt. Doch mit der Erholung von der Krise wird sich dieser Trend voraussichtlich wieder umkehren. Insgesamt vergrößert die jüngste Krise, vermittelt durch verschiedene Wirkungsmechanismen, vor allem in vielen Entwicklungsländern, die Armut. Diese bleibt ein Hintergrund für die Gefährdung des Friedens und für ein Andauern militärischer Konflikte.

Folgen einer Konzentration von Treibhausgasen bei 550 ppm CO2-Äquivalenten und mehr, einsetzend bereits ab etwa 450 ppm CO2e	
Nahrung	• Sinkende Ernteerträge in vielen Entwicklungsregionen. • Eine steigende Anzahl von Menschen wird von Hunger bedroht. Nach einer der Studien für den Stern-Bericht 25 bis 60 Prozent der Erdbevölkerung in den 2080er Jahren. Die Hälfte des Anstiegs von Hunger wird in Afrika und Westasien stattfinden.
Wasser	• Erhebliche Änderungen in der Wasserverfügbarkeit. Eine Studie prognostiziert Wasserknappheit für zusätzlich mehr als 1 Mrd. Menschen in den 2080er Jahren. Besonders betroffen wird Afrika sein, bei Wasserzunahme in anderen Regionen. • Über 30 Prozent Ablaufabnahme in der Mittelmeerregion und in Südafrika.
Ökosysteme	• Möglicher Kollapsbeginn des Amazonas-Regenwaldes im Ganzen oder zumindest in Teilen. • Ein großer Teil der Ökosysteme kann seine derzeitige Stabilität nicht halten. • Viele Arten sterben aus, nach einer der Studien für den *Stern*-Berichtes 20 bis 50 Prozent.
Extreme Wetterereignisse	• Steigende Intensität von Stürmen, Waldbränden, Dürren, Überflutungen, Hitzewellen.
Risiko von rapidem Klimawandel und großen irreversiblen Einflüssen	• Risiko einer Schwächung der natürlichen CO2-Absorbtion, evtl. Anstieg oder Freisetzung von natürlichem Methan oder Schwächung von Atlantik-THC. • Beginn des irreversiblen Schmelzens von Grönlandeis. • Beginn eines erhöhten Risikos von abrupten, großen Verschiebungen des Klimasystems, zum Beispiel Kollaps von Atlantik-THC und der Eisscholle in der Westantarktis.

Quellen: N. Stern, Nicholas, 2006, The Economics of Climate Change. Cambridge MA; Edenhofer, Ottmar, 2006, Warum der Klimawandel ein moralisches und ökonomisches Problem ist, Potsdam.

Friedensgefährdende Wirkungen der Klima- und Umweltkrise

Kriege und Umwelt stehen in einem engen Wechselverhältnis. Kriege sind immer auch gegen die Natur und ihre Kreisläufe gerichtet. Umgekehrt bergen Umweltkrisen, die vor allem in armen Ländern die Lebensbedingungen der Menschen untergraben und ihrer Unsicherheit eine neue Dimension geben, dadurch die Tendenz zu Gewalt und militärischen Konflikten. Der Wirkungszusammenhang von Kriegen und Umweltkrisen könnte in Zukunft zu einer Hauptursache für die Gefährdung des Friedens werden.

Durch Krise und Rüstung werden der Natur riesige Mengen an Ressourcen für zerstörerische Zwecke entzogen. Ihre Überausbeutung wird verstärkt. Die teils reale, teils behauptete Tendenz zur Ressourcenverknappung wird zur Motivation imperialer Herrschaftsansprüche und militärischer Präsenz der USA und ihrer Verbündeten in vielen Regionen der Erde. Dies hat u.a. in den Sicherheitsdoktrinen der USA, der Europäischen Union, Deutschlands und – jüngst erneut bekräftigt – Russlands Eingang gefunden, als Anspruch, sich Ressourcen auch militärisch zu sichern.

Durch den Klimawandel wird – wenn die Klimapolitik weiter so desaströs wie auf dem Weltklimagipfel in Kopenhagen versagt – vor allem die Armut in der Dritten Welt als Nährboden für Gewalt und Kriege dramatisch vergrößert werden.

Nach der Einschätzung Joseph Schellnhubers, des Direktors des Potsdam Instituts für Klimafolgenforschung, ist im Lauf der kommenden Jahrzehnte eine Erderwärmung von 3,5 Grad Celsius im Vergleich zur vorindustriellen Zeit zu erwarten, statt der für die Abwendung größter Klimakatastrophen notwendigen Begrenzung auf eine Erwärmung von höchsten 2 Grad Celsius. Wenn diese Entwicklung nicht in kürzester Zeit durch eine einschneidende Veränderung der Weltklimapolitik korrigiert wird, werden Hunderte Millionen Menschen ins Elend gestürzt werden: durch regionale Wasserknappheit, die die Landwirtschaft extrem schädigt; durch Dürren mit dem gleichen Effekt; durch Überschwemmungen im Gefolge des ansteigenden Meeresspiegels, durch Versalzung von Flüssen und durch eine Reduzierung der Artenvielfalt, die die Ernährungsgrundlagen erheblicher Teile der Erdbevölkerung untergräbt.[11]

Wenn nicht innerhalb von ein bis eineinhalb Dekaden, so die Einschätzung der angesehensten Klimaforscher, umwälzende Schritte zur Begrenzung des Klimawandels erfolgen, werden Armut, vermehrte soziale Zerklüftung vieler Gesellschaften, Gewalt und Staatenzerfall rasch eskalieren. Das *US-Center for*

[11] Siehe S. Kaufmann, T. Müller, Grüner Kapitalismus. Krise, Klimawandel und kein Ende des Wachstums, Berlin 2009.

Strategic and International Studies hält bewaffnete Konflikte im Gefolge des Klimawandels für 46 Staaten mit 2,7 Milliarden Einwohnern schon um das Jahr 2040 für „eher wahrscheinlich". Sicher wird der Klimawandel nicht isoliert als Ursache gewaltsamer Konflikte wirken, wohl aber eine wachsende Bedeutung in der Wechselwirkung mit anderen Kriegsursachen gewinnen. Schon jetzt zeichnet sich diese Tendenz im Sudan ab.[12] Im nördlichen Sudan weitete sich die Wüste in den letzten 40 Jahren um rund 100 Kilometer nach Süden aus. Die Getreideernten werden in den nächsten Jahren voraussichtlich weiter schrumpfen, um etwa 70 Prozent. Die katastrophalen Dürren der letzten Jahre haben erheblich zu Flüchtlingsströmen von etwa 7 Millionen Menschen beigetragen. Die nomadischen Viehzüchter verlieren im Norden Weidegründe für ihr Vieh. Sie drängen nach Süden auf das Land der Feldbauern vor. So verbinden sich gewaltsam ausgetragene Konflikte um Landnutzung mit anderen Kriegsursachen. Allein in der Provinz Darfur wurden bisher 200.000 bis 500.000 Menschen getötet.[13]

Der Sudan ist nur eines der Beispiele dafür, dass der Klimawandel schon längst dazu geführt hat, große Migrationsströme auszulösen. Schon heute kann die Frontex, die Europäische Agentur für operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, 20 Flugzeuge, 30 Hubschrauber und über 100 Schiffe zur Abschottung Europas gegen Flüchtlinge aus Afrika einsetzen. Allein 2006 kamen rund 3.000 Bootsflüchtlinge aus Nordafrika zu Tode. Inzwischen hat die Radikalität europäischer Abgrenzung gegen den Zustrom von Migranten dazu geführt, dass die Zahl der Opfer gesunken ist. Doch im Fall rasch fortschreitender Klimadestabilisierung könnten sich die Dramen an den Grenzen Europas als winziges Vorspiel der dann zu erwartenden Konflikte erweisen.

Die Drohung einer auch den Frieden gefährdenden Klimakatastrophe ist in letzter Instanz das Resultat einer Verbindung von Profitdominanz und Fossilismus. Die Energiebasis des Kapitalismus beruht überwiegend auf fossilistischen Energieträgern. Aber gerade die fossilen Energiequellen, vor allem Öl und Gas, gehen ihrer Erschöpfung entgegen. In wichtigen ölfördernden Ländern, zum Beispiel in den USA, ist der Höhepunkt der Ölförderung (Peak Oil) bereits überschritten oder steht in den nächsten Jahren bevor. Die End-

---

[12] Siehe A. Weber, Die langen Kriege im Sudan - Keine (schnelle) Lösung in Sicht, in: Institut für Entwicklung und Frieden, INEF; Forschungsstelle der Evangelischen Studiengemeinschaft, FESD; Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg, IFSH; Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung, HSFK; Bonn International Center for Conversion/BICC; Friedensgutachten 2009, Berlin 2009.

[13] Siehe H. Welzer, Klimakriege. Wofür im 21. Jahrhundert getötet wird, Frankfurt a.M. 2008, S. 23 ff.

lichkeit dieser Basis ist eine Bedrohung von kapitalistischen Grundstrukturen, die mit dem Fossilismus verbunden sind. Mit einer Erschöpfung der Ressourcen wird für Öl in rund 40 Jahren, für Erdgas in 57 bis 64 Jahren, für Kohle nach unterschiedlichen Schätzungen in 123 bis 169 Jahren und für Uran in rund 40 Jahren gerechnet.

Die größten Reserven an Öl und Erdgas sind jedoch nicht in den Hauptverbraucherländern lokalisiert, sondern in anderen Regionen, die im Fokus geostrategischer Anstrengungen, insbesondere der USA, der EU, Russlands, Chinas und Indiens stehen, die auf den Zugang zu diesen Ressourcen zielen. 70 Prozent der fossilen Energieträger sind in der so genannten strategischen Ellipse von Westsibirien bis zum Nahen Osten konzentriert. Die OPEC-Staaten und Russland verfügen über drei Viertel der nachgewiesenen Ölreserven. Russland, Iran und Katar vereinen mehr als die Hälfte der Erdgasreserven auf sich.

Die mächtigen Verbraucherländer wollen sich den Zugang zu diesen Quellen sichern, als sie ihn für sehr unsicher halten. Der Eigenbedarf der Förderländer könnte steigen. Mögliche Kriege, innere Veränderungen in den Lieferländern und die Versuchung, das Produktions- und Liefermonopol über Energieressourcen politisch zu nutzen, werden von den großen Energieimportländern als Gefährdungen der eigenen Energiebasis betrachtet. Zbigniew Brzezinski, der frühere Chef des Nationalen Sicherheitsrates der USA, schrieb daher in seinem Buch *The Grand Chessboard*, dass die Ressourcen im Inneren Asiens für die globale Vormachtstellung der USA von entscheidender Bedeutung seien.[14]

Die Asienerweiterung der NATO erhält damit einen alarmierenden Charakter. Hermann Scheer, Präsident von Eurosolar, schrieb: „Mit ihrem auf die kaukasischen und transkaukasischen Ressourcen fixierten Blick begibt sich die NATO in ein schon brodelndes Konfliktfeld.“[15] Zu den NATO-Kooperationsländern zählen nicht zufällig allein die Ukraine und Moldawien, sondern auch Georgien, Kasachstan, Aserbaidschan und sogar die zentralasiatischen Staaten Kirgistan, Usbekistan, Turkmenistan und Tadschikistan. Dies tendiert zu einer NATO-Ausweitung bis an die innerasiatischen Grenze Chinas. Das hat nichts mehr mit einem Verteidigungsbündnis zu tun, sondern mit einer militärisch getragenen Geostrategie. Damit kollidiert die NATO mit Interessen Russlands, Chinas und Indiens.

---

[14] Siehe Z. Brzezinski, Die einzige Weltmacht, Hamburg 1997, S. 277.

[15] H. Scheer, Kein friedliches Europa ohne solare Revolution, in: T. Roithner, Die Weltordnung von Ökonomie und Krieg, Wien 2006, S. 142.

Wie sehr die potenziell durch Knappheit gekennzeichnete Energiekrise mit militärischen Gefahren und Explosionen verknüpft ist, zeigen nicht nur die Golfkriege und nicht allein die Szenarien in den USA zur Bombardierung iranischer Atomanlagen. Die militärische Sicherung der Ölquellen im Nahen Osten kostet nach Angaben des Department of Energy/Office of Fuels Development selbst in *Friedenszeiten*, umgerechnet auf jedes Barrel in die USA gelieferten Öls, rund 100 Dollar. Je mehr sich die Kurven stagnierender oder abnehmender Förderung fossiler Energieträger und der steigenden oder nicht genügend fallenden Energienachfrage annähern, desto brisanter wird die Lage auch militärisch werden, wenn sie nicht durch eine radikale sozialökologische Transformation entschärft wird: durch enorme Erhöhung der Energieeffizienz; durch die Ersetzung fossiler Energieträger mit erneuerbaren Energien und durch einschneidenden Rückbau des Ressourcenverbrauchs im Verlauf der Veränderung der Lebensweisen.

Als ein Zwischenfazit ergibt sich: Konflikte als Folgen von Umwelt- und Klimaveränderungen und der Energiekrise betreffen mit besonderer Härte vor allem Entwicklungs- und Schwellenländer und verbinden sich mit bereits wirkenden anderen Konflikten.[16] Beispielsweise betrifft die Trinkwasserknappheit in der Sahelzone so schwache Staaten wie Somalia oder den Tschad ohnehin schon besonders schmerzlich. Sie ist ein wachsendes Problem für Länder, die von Bürgerkriegen betroffen sind (Sudan, Niger) oder in denen große Flüchtlingsströme mit dem Zerfall der Staaten zusammentreffen (Sudan, Somalia). Zum Beispiel bedrohen Wirbelstürme in Indien, Pakistan und Bangladesch Regionen, in denen grenzüberschreitende Konflikte (Indien, Pakistan) wirken und instabile Regionen (Bangladesch, Pakistan), in denen islamistische Bewegungen stark sind.

Die Sicherheitslage wird durch Umwelt- und Klimaveränderungen vorwiegend außerhalb der OECD-Welt bedroht. Aber in diesen Regionen haben große Mächte geostrategische und andere Interessen. Sie sind deshalb mit betroffen oder Hauptakteure im Hintergrund und ohnehin Hauptverursacher der Klimaveränderungen. Die friedensgefährdenden Krisenfolgen betreffen also die globale Sicherheitssituation. Sollten alternative Akteure nicht in der Lage sein, eine genügend starke internationale Gegenmacht aufzubauen, wäre die Entwicklung zu einem entzivilisierten, militarisierten Kapitalismus in wichtigen Ländern (Szenario IV) nicht ganz ausgeschlossen.

---

[16] Siehe Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen, Welt im Wandel: Sicherheitsrisiko Klimawandel, Berlin, Heidelberg 2007, S. 3 ff.

Friedensfördernde Tendenzen im Gefolge der Krise

Der Wahlsieg Barack Obamas hat trotz der inzwischen wieder zunehmenden Stärke und Aggressivität der konservativsten Kräfte in den USA eine Art geistigen Aufbruch eingeleitet, dessen Ausgang allerdings offen ist. Der Schock der Krise hatte erheblich zur Delegitimierung der Bush-Administration und ihrer neoliberal-imperialen Politik beigetragen. Er hatte den Boden für Obamas *Change* vorbereitet. Obama hat das öffentliche Bewusstsein eines Teils der amerikanischen Bevölkerung und selbst von Fraktionen der US-Machteliten und der politischen Klasse anderer Länder für die Abkehr von ausgeprägt imperialistischen Positionen mobilisiert. In Frage gestellt wurde das Freund-Feind-Denken, die Einteilung der Staatenwelt in gut und böse, der Unilateralismus der USA und die kaum eingeschränkte Priorität des Militärischen in der Außenpolitik der USA und der NATO.

Obama hat eine Reihe von Gegentendenzen angestoßen: den Übergang von einer Weltordnung der Konfrontation zu einem System internationaler Zusammenarbeit; einen neuen Multilateralismus, ohne Verzicht allerdings auf Machtpotenziale im Interesse der Herrschenden der USA; eine Politik des Dialogs und der Toleranz zwischen den Kulturen, auch im Verhältnis zum Islam.

Obama hat eine vollständige atomare Abrüstung und eine Wiederbelebung der Rüstungskontrolle auf die langfristige Tagesordnung gesetzt und versucht, eine Neuorientierung der US-Klimapolitik zur Geltung zu bringen – bisher allerdings mit nur sehr geringen Fortschritten. Immerhin wurden trotz des heftigsten Widerstands der Konservativen auch praktische Schritte durchgesetzt. Die Stationierung von Komponenten eines US-Raketenabwehrsystems in Polen und Tschechien wurde zunächst gestoppt. Verhandlungen über ein Nachfolgeabkommen des ausgelaufenen START-Vertrages zur Verringerung der strategischen Offensivwaffen wurden aufgenommen. Im Irak hat der Abbau von US-Truppen begonnen. Wie weit Obama seine Ziele gegen eine Front der Neokonservativen, der christlichen Fundamentalisten, der Marktliberalen und der rassistischen Rechten durchsetzen kann, ist offen. So konnte das Wahlversprechen Obamas, das berüchtigte Gefangenenlager Guantanamo binnen eines Jahres zu schließen, nicht eingelöst werden. Ebenso konnte die Obama-Administration einen Beitritt zur Ottawa-Konvention über die Ächtung von Landminen im eigenen Land nicht durchsetzen. Obamas Gegner können sich auf einen mächtigen militärisch-industriellen Komplex, auf das Finanzkapital, das 35 Prozent der Gesamtgewinne der USA realisiert, auf die Ölwirtschaft und – zum Beispiel in den Kämpfen um eine Gesundheitsreform – auf die Versicherungskonzerne stützen.

In dem hier behandelten Zusammenhang kommt es jedoch auf den Geist eines kulturellen Aufbruchs an, der von Barack Obama verkörpert wird, sich aber auch im globalen Maßstab in den Zeitgeist hineinschiebt. Zu dem noch dominanten Festhalten an neoliberalem Denken tritt mit medialer Unterstützung ein anschwellender Strom von mehr oder weniger diffusen Bekundungen für eine bessere, gerechtere, menschliche Welt, für eine umweltpolitische Wende und für internationale Verhältnisse der Kooperation und Solidarität. Ein bürgerlicher „Erdenrettungsgeist" durchweht die Welt[17] Darin äußern sich ganz unterschiedliche Interessen, Motivationen, Strategien, geistige Strömungen und individuelle Positionen. Nach den Niederlagen des Wirtschaftsliberalismus wirken Tendenzen zum Wiedererstarken eines Gesinnungs- und Verantwortungsliberalismus und verbinden sich mit dem Aufstieg eines gewachsenen Umweltbewusstseins. Als Gegenreaktion auf die imperiale und arrogante Politik der Bush-Administration gewinnt die von Barack Obama vertretene Idee globaler Kooperation und Kommunikation Gewicht. Der bürgerliche Humanismus wird durch akute Großgefahren herausgefordert und mischt sich mit dem allerdings geschwächten sozialdemokratischen Reformismus, mit der Suche nach neuen, insbesondere grünen Feldern der Kapitalakkumulation und mit der Mobilisierung der dem Kapital eigenen Fähigkeit, Bewegungen und Strömungen von unten aufzunehmen und in seinen Herrschaftsmechanismus zu integrieren.

Vieles spricht dafür, dass das Gesamtergebnis dieser unterschiedlichen Anstöße für eine globale Renaissance des Prinzips Verantwortung (Hans Jonas) eher eine größere Anpassungsfähigkeit der Machteliten sein könnte. Doch dieser neue Trend in der geistig-politischen Arena könnte auch Chancen für transformatorisches Handeln zunächst im Rahmen des Kapitalismus und vielleicht darüber hinaus bergen. Das Resultat wird in starkem Maße von der Entwicklung der Kräfteverhältnisse zwischen den herrschenden Klassen und eines erst in Ansätzen erkennbaren Blocks für eine solidarische nachhaltige Gesellschaft, von der Differenzierung zwischen den Fraktionen der herrschenden Eliten selbst, aber vor allem vom Druck linker Gegenmacht auf sie abhängen.

Doch hier ist festzuhalten, dass sich in erstarkenden Diskursen ein friedensoffener kultureller Wandel abzeichnet und dass dies für die künftige Entwicklung vielleicht unschätzbare Bedeutung gewinnen kann. Es sind die Menschen, die die Gesellschaft verändern können, wenn ihre konkreten Interessen, ihre Emotionen und ihr Verstand zu einem Strom des Umbruchs zusammenfinden. Auch wenn es dazu kollektiver Akteure bedarf, schließt dies

[17] Siehe Der Spiegel, Heft 30/2007.

doch die innere Entscheidung von Millionen Individuen ein, die Erneuerung der Gesellschaft in die eigenen Hände zu nehmen. Erich Fromm schrieb in seinem Werk *Haben und Sein* sogar, die Vorbedingung einer besseren Welt sei, dass sich „die heute vorherrschende Charakterstruktur des Menschen grundlegend wandelt".[18] Rudolf Bahro formulierte knapp, dass es „nur so viel Umkehr geben wird, wie Individuen umkehren".[19] Talcott Parsons betrachtete einschneidenden gesellschaftlichen Wandel als das Resultat fundamentalen Wertewandels in der kulturellen Sphäre der Gesellschaft und der Verinnerlichung dieses kulturellen Wertewandels durch die Individuen.[20] Nach Günter Anders' Überlegung müssen die kulturellen Veränderungen dazu führen, dass sich ein politisch relevanter Teil der handelnden Menschen unvergleichlich viel mehr Gefühls- und Mitgefühlstiefe aneignet. Nur so könnten sie die „prometheische Lücke" zwischen ihrer an die kühne Tatkraft des Prometheus gemahnenden Veränderungsmacht und der Begrenztheit menschlicher Verantwortungsfähigkeit für die Folgen ihres Handelns schließen.[21] Douglass North hat argumentiert, die ungeheure Unterschiedlichkeit in den Wandlungsprozessen von Gesellschaften mache deutlich, dass die kulturelle Komponente zusammen mit der Veränderung von Institutionen auch für den Wandel von Ökonomie und Politik im Lauf der Zeiten zentral sei.[22]

Immer ist in den zitierten Überlegungen die Rede von einschneidenden Veränderungen in der soziokulturellen Grundsituation von Gesellschaften und Individuen unter dem Druck von extremen Spannungen und Gefahren. In solchem Fall kann für einen historischen Moment die kulturell-geistige Verfasstheit der Gesellschaft entscheidend für große transformatorische Fortschritte werden. Dem Historiker und Revolutionsforscher Manfred Kossok gilt „der Umbruch im philosophischen Denken (als Kernstück der allgemeinen Kulturrevolution) als eine von drei entscheidenden Ebenen revolutionärer Umwälzungen".[23]

---

[18] E. Fromm, Haben und Sein. Die seelischen Grundlagen einer neuen Gesellschaft, München 1976, S. 20.

[19] Siehe R. Bahro, Logik der Rettung. Wer kann die Apokalypse aufhalten?, Stuttgart, Wien 1989, S. 464.

[20] Siehe T. Parsons, Das Problem des Strukturwandels, in: W. Zapf, Theorie des sozialen Wandels, Köln 1969.

[21] Siehe G. Anders, Die Antiquiertheit des Menschen, Bd. 1, Über die Seele im Zeitalter der zweiten industriellen Revolution, 1985, S. 266.

[22] Siehe D. North, Understanding the Process of Economic Change, Princeton, New Yersy 2005, IX.

[23] M. Kossok, 1989–Versuch einer Positionsbestimmung, in: IMSF, Die Französische Revolution. 1789-1989. Revolutionstheorie heute, Frankfurt a.M. 1988, S. 44.

In solchen Zusammenhängen gewinnt Obamas auf Verständigung und Kooperation orientierte Denkweise eine Bedeutung, die den Hintergrund für die viel diskutierte Verleihung des Friedensnobelpreises an ihn bildet. Dies gilt, obwohl der Widerstand großer Teile der Machteliten der USA gegen einen solchen geistigen und realpolitischen Wandel stark anwächst.

Auf einer anderen Ebene liegt, dass die Krise die finanziellen Kapazitäten der USA für die gegenwärtigen Kriege und für neue Kriege erheblich untergraben hat. Im Jahre 2000, dem letzten Jahr der Clinton-Administration, erreichen die US-Militärausgaben rund 300 Milliarden Dollar. Die Staatsschulden betrugen bei einem Bruttoinlandsprodukt von 10,2 Billionen Dollar 5,8 Billionen. Das entsprach 56,9 Prozent des jährlichen Bruttoinlandsprodukts. Im Jahr 2008 hatten sich die Militärausgaben auf 607 Milliarden verdoppelt. Bei einem Bruttoinlandsprodukt von 14,3 Billionen Dollar waren die Staatsschulden auf rund 10 Billionen angestiegen, das heißt auf 70,7 Prozent des BIP. 2009 lagen die Staatsschulden im Ergebnis der staatlichen Anstrengungen zur Dämpfung der Krise bei 12 Billionen Dollar.

Da die USA riesige soziale Defizite, nicht zuletzt Infrastrukturdefizite, haben und Obama gegen allen Widerstand soziale Reformen anstrebt, wird es schwierig, die Militärausgaben weiter zu steigern. Das könnte ein Zurückdrängen konfrontativer, imperialer und imperialistischer Politik begünstigen.

Friedensfördernd könnte ferner wirken, dass die Schwächung der USA in der jüngsten Krise der gefährlichen Tendenz zu absoluter Übermacht der Vereinigten Staaten mit ihren globalen Herrschaftsansprüchen entgegenwirkt. Der Unilateralismus weicht dem Multilateralismus. China und Indien sind zu Machtzentren geworden, die den USA im Verein mit Brasilien und Russland Grenzen setzen. Deutlichen Ausdruck hat dies in dem Übergang von dem Macht-Klub der G8 zu größerem Einfluss der G20 gefunden. Zwar ruft auch dieser Block Kritik nicht einbezogener Länder hervor, ist aber per Saldo ein Fortschritt gegenüber dem Weltherrschaftsanspruch einer einzigen Supermacht oder der G8.

Die BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China) haben ihre Schulden beim Internationalen Währungsfonds abgebaut, haben eigene riesige Währungsreserven angelegt und ermöglichen anderen Staaten durch Kredite, sich unabhängiger vom IWF zu machen. Die Ölexportländer, die im Golf-Kooperationsrat zusammengeschlossen sind, bilden ein weiteres Kraftzentrum, das globalen Herrschaftsansprüchen eines mächtigen Teils der US-Eliten entgegensteht.

Eine offene Situation

Welche Tendenz könnte sich in den gegenläufigen Wirkungen der jüngsten Gesellschafts- und Zivilisationskrise auf die Sicherheitslage durchsetzen? Die Situation ist offen. Neue oder wachsende Gefahren für den Frieden entstehen aus stärkerer sozialer Polarisierung, Armut und Demontage von Menschenrechten, besonders in Entwicklungsländern, und aus Konflikten zwischen manchen von ihnen. Qualitativ neue Gefahren für die menschliche Sicherheit gehen von Umweltzerstörungen und besonders von der Destabilisierung des Klimas aus. Sie bedrohen Hunderte Millionen Menschen in ihrer Existenz und könnten im Verein mit anderen Ursachen für gewaltsame Konflikte zu Kriegen führen.

Besonders konfliktträchtig, und dadurch friedensbedrohend, ist die Wechselwirkung zwischen andauernden imperialen Bestrebungen und Armut bei einem Wachstum der Weltbevölkerung auf rund neun Milliarden Menschen bis 2050, Ernährungs- und Energiekrisen, Klimawandel und zunehmende Konkurrenz um Ressourcen.

Aber die Ablösung der Bush-Administration hat die Katalysatorfunktion der USA bei der Bündelung und Verdichtung aller dieser Tendenzen bis zu Aggressionskriegen in Frage gestellt. Die Präsidentschaft Obamas hat das Tor zu einer Renaissance Neuen Denkens, einer kooperativen internationalen Politik und für Gemeinsame und Komplexe Sicherheit geöffnet. Atomare Abrüstung in einem längeren Prozess und die Wiederaufnahme von Verhandlungen über Rüstungskontrolle, Rüstungsbegrenzung und Abrüstung sind in den Bereich des Möglichen gerückt. Zugleich ist in den USA selbst jedoch die Gefahr gewachsen, dass dieser Ausbruch gestoppt und sogar zurück gerollt wird. Deshalb gewinnt die internationale Unterstützung der verantwortungsbewussten Teile der US-Machteliten größte Bedeutung. Insbesondere Europa fällt dabei Verantwortung zu. Walter Stützle nennt es in einem unveröffentlichten Papier „geradezu erstaunlich, wie wenig Widerhall die Zielvorstellung Obamas bei seinen Amtskollegen und -kolleginnen gefunden hat, auch in Deutschland. Dafür mag es vielfältige Gründe geben – die Gewaltwirkung der international angezettelten Finanz- und Wirtschaftskrise ist der vermutlich wichtigste Grund.“ Ein weiterer Grund käme auch in Deutschland hinzu, „der Irrtum nämlich, das Atomwaffenthema hätte sich für uns mit dem Ende des kalten Krieges und dem Ende der Ost-West-Gegnerschaft klammheimlich erledigt; das aber ist ein großer Irrtum.“ Die europäische Linke hat allen Anlass, auf eine demokratische, sozialökologische und friedensorientierte Erneuerung der Europäischen Union hinzuwirken. Notwendig sind auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene darüber hinaus Anstrengungen in folgenden Richtungen:

Erstens hängen alle Schritte in die Richtung einer großen Transformation zu einer Welt des Friedens, der Demokratie und der sozialökologischen Umwälzung von einschneidenden Veränderungen der Kräfteverhältnisse ab. Dringlich ist, dass die Linke ihre reformerischen und ihre revolutionsorientierten Kräfte in dem Bewusstsein zusammenführt, dass Protest und Widerstand, Reformschritte zur Verbesserung der Lage in den gegebenen Verhältnissen und deren Öffnung über den Kapitalismus hinaus, dass außerparlamentarische Kämpfe, parlamentarisches Wirken und Regierungsbeteiligungen der Linken als verschiedene Elemente einer emanzipatorischen Alternative zusammengeführt werden.

Zweitens geht es dabei um ein breites Mitte-Unten-Bündnis. Lohnabhängige, ob in Beschäftigung oder arbeitslos, Menschen in prekären Lebenslagen und Ausgegrenzte einerseits und libertär Denkende und aus humanistischer Verantwortung Handelnde andererseits, die in Milieus der gesellschaftlichen Mitte leben, sollten ihre gemeinsamen Interessen an guter Arbeit und sozialer Gerechtigkeit, an individueller Freiheit, Geschlechteremanzipation und sozialökologischem Umbau gegen alle dagegen stehenden Herrschaftsverhältnisse zur Geltung bringen.

Drittens müssen dabei konkrete, konstruktive Politikangebote als Antwort auf die alltäglichen Sorgen von Bürgerinnen und Bürgern entwickelt und in Bündnissen durchgesetzt werden. Doch dürfen entsprechende Forderungen nicht vereinzelt und nebeneinander vertreten, sondern müssen durch eine realitätsnahe Vision verbunden werden. Der Maßstab für das einzelne Machbare ist, dass es auf dem Weg zu einer Gesellschaft der Freiheit für jede und jeden Einzelnen liegt, das eigene Leben selbst zu bestimmen – gestützt auf sozial gleiche Teilhabe an den dafür erforderlichen elementaren Lebensbedingungen und in Solidarität mit den anderen in der Gesellschaft.

Die Arbeit an den vielen einzelnen Lösungen vor Ort und alltäglich muss mit dem Wirken für die Lösung der großen Überlebensfragen der Menschheit verbunden werden. So wie Erich Fried schrieb: „Wenn wir nicht aufhören, uns mit unseren kleinen täglichen Sorgen und Hoffnungen, unserer Liebe, unseren Ängsten, unserem Kummer und unserer Sehnsucht zu beschäftigen, dann geht die Welt unter. Und wenn wir aufhören, uns mit unseren kleinen täglichen Sorgen und Hoffnungen, unserer Liebe, unserem Kummer und unserer Sehnsucht zu beschäftigen, dann ist die Welt untergegangen."

Autor: Prof. Dr. Dieter Klein,

Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin.

Horst-Dieter Strüning

Die globalen politischen Veränderungen infolge der gegenwärtigen Finanz- und Weltwirtschaftskrise und ihre friedensgefährdenden Aspekte

Kritische Anmerkungen zu einer Studie des BND

Problemformulierung

Der deutsche Auslandsgeheimdienst BND hat für die Bundesregierung der großen Koalition im Februar 2009 eine vertrauliche Studie angefertigt, die ihr seit dem Frühjahr 2009 zur Lektüre und Diskussion vorgelegen hat. Auszugsweise sind Teile an die Presse lanciert worden. Gewisse Aussagen des Geheimpapiers wurden insbesondere in der Juni-Ausgabe der Zeitschrift Internationale Politik referiert[24], um die Öffentlichkeit auf mögliche globale Metamorphosen und Umwälzungen vorzubreiten. Aufgrund seiner intensiven ökonomischen und finanziellen Analysen, die von einem zahlenmäßig vergrößerten Team von Finanz- und Wirtschaftsexperten innerhalb des BND[25] produziert worden sind, sieht sich der deutsche Auslandsspionage-Dienst in der Lage und kompetent genug, massive Verschiebungen im weltweiten Machtgefüge vorauszusagen in der Absicht, von Regierung und Öffentlichkeit eine „geostrategische Debatte" in unserem Lande[26] einzufordern.

Das bislang nicht absehbare mögliche Ende westlicher Volkswirtschaften könnte, wie der Geheimbericht urteilt, den Aufstieg der Volksrepublik China einerseits zeitigen, andererseits aber den Abstieg des Hauptverbündeten von Deutschland, der USA, auf dramatische Art und Weise beschleunigen. Das vom BND entworfene Krisenszenario schließt eine „lang anhaltende globale Krise" nicht aus und rechnet mit „Massenarbeitslosigkeit", Migrationsbewegungen nie gekannter Art, enormen chauvinistischen Erscheinungen und er-

---

[24] Siehe A. Rinke, Metamorphose der Geopolitik, in: IP, Juni 2009, in: http://www.internationalepolitik.de/ip/dossiers/g20/download/1dea90afeca3658a90a11dea7cef161632830783078/original_ip_06_rinke_neu.pdf.

[25] Nach Angaben des BND-Präsidenten Ernst Uhrlau (siehe Interview vom 25.05.2009 im Handelsblatt, Der Präsident des Bundesnachrichtendienstes über die Weltwirtschaftskrise) hat sein Nachrichtendienst in den letzten zehn Jahren nahezu ein Drittel seiner über 6000 Mitarbeiter ausgewechselt. Gegenwärtig besitzt der deutsche Auslandsgeheimdienst Mitarbeiter aus 60 Disziplinen, insbesondere Ökonomen, Soziologen, Kultur- und Religionswissenschaftler, Informatiker, Computer-Technologen, Sprachwissenschaftler und Übersetzer für Arabisch, Chinesisch, Russisch, Türkisch usw. Die Annahme, der BND rekrutiere sich nur aus Soldaten und Juristen, sei immer schon falsch gewesen.

[26] Siehe A. Rinke, a.a.O.

heblichen internationalen Spannungen. Ein entscheidendes Problem, sagt der Geheimbericht, liegt darin, ob es der EU und den USA gelinge, Russland an sich zu binden, um so zu verhindern, dass es im Verein mit China die zukünftige globale Konstellation zum Nachteil Europas und der USA wende.

Der BND hat im letzten Drittel des vergangenen Jahres erstmalig die Perspektive politischer Folgen der Finanz- und Weltwirtschaftskrise in seine Agenda aufgenommen und in relativ kurzer Zeit die besagte vertrauliche Studie, die inzwischen den Spitzen der Berliner Regierung und dem Bundespräsidenten Horst Köhler präsentiert worden ist, entstehen lassen. Wir können zu Recht annehmen, dass dieses Verhalten des BND und der bundesrepublikanischen Spitzenpolitiker aus eigener Einsicht in die prekäre politische Interessenlage erwachsen ist, dass im Hinblick auf die Analyse komplexer globaler Phänomene eine gegenseitige Abstimmung des Außen-, Innen-, Verteidigungs- und Entwicklungsministeriums bisher unzureichend sei.

Zum Verständnis der globalen Entwicklung und der weltweiten Kräfteverschiebungen bedarf es in krisenhaften, unübersichtlichen und risikoreichen Zeiten notwendigerweise der ökonomischen und finanziellen Expertise. Diese Einsicht zeitigte organisatorische und personelle Veränderungen beim BND und auch in den Berliner Ministerien. Zunächst ist die Zeit der einfältigen Schlapphüte und nicht multidimensional denkenden Geheimdienstler weitgehend vorbei. Stattdessen sind primär hochqualifizierte Experten auf dem Gebiet der Weltwirtschaft und der globalen Finanzen gefragt. Zum anderen beginnen sich die nach relevantem Orientierungswissen dürstenden Ministerien in der Krise langsam anders aufzustellen. So hat der ehemalige Bundesaußenminister F. W. Steinmeier am 18 März 2009 einen abteilungsübergreifenden *Arbeitsstab Wirtschafts- und Finanzkrise* einrichten lassen, und zwar mit ausdrücklicher Akzentuierung der ökonomischen Expertise.

Dieses strategisch-methodische Umdenken der politischen Klasse in unserem Lande dürfte wohl auch aus der Erfahrung vergangener Jahre resultieren. Denn die Erfahrung aus dem Bereich der internationalen Beziehungen, nämlich der Tendenzen, Energieressourcen als politische Waffe zu gebrauchen, sowie die Erfahrung einer wachsenden internationalen Konkurrenz um Rohstoffe haben den ehemaligen deutschen Außenminister und seine Chefin Frau Merkel dazu gebracht, die Energiepolitik als wichtiges Element deutscher Außenpolitik und vitaler Interessen zu verankern. Nur langsam fangen Regierungen in Europa und den USA an zu realisieren, dass ihnen die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise mehr als die Rettung von nationalen Banken und Unternehmen, mehr als die Gewährung von Bankbürgschaften und die Erstellung nationaler Konjunkturprogramme abverlangt.

Ebenso können aber auch internationale Abstimmungen auf fiskalischem und wirtschaftlichem Gebiet, zum Beispiel allgemeine Regeln für die Finanzmarktaufsicht oder ein nachhaltiges Vorgehen gegen die pekuniäre nationale Interessen verachtenden Steueroasen, der Schwere und Tiefe der globalen Krise nicht vollends gerecht werden. Demgegenüber sollen die Herrschenden und auch die Öffentlichkeit dem BND entsprechend das Defizit einer „gemeinsamen, systematischen Betrachtung der politischen Folgen der Krise" durch kritisches Hinterfragen ausgleichen. Vor allem geostrategische Fragen sind zu stellen, zum Beispiel: Wie wird sich die globale Machtverteilung verschieben, wem schadet sie, wem nutzt sie und wo droht durch einen ökonomischen Zusammenbruch politische Destabilität?

Die globale Krise lehrt im Sinne des BND, nicht wie die hartgesottenen Börsenchart-Techniker wieder zur Tagesordnung überzugehen und mit anderen Börsianern zu diskutieren, ob sich die Weltwirtschaft in einer Krise der Form V, U oder L befinde, um dann eventuell herauszufinden, ob nach Bullenart ein Aufschwung oder mehr in skeptischer Manier ein bärenstarker Abschwung zu erwarten sei. Der BND will nach Art politischer fundamentaler Analysten die ökonomischen Faktoren als ein weiteres Kriterienset in seine systematische Betrachtung der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise eingefügt wissen.

Was geschieht nun aber, wenn der Einsatz staatlich gewährter Bürgschaften und nationaler Konjunkturpakete in der globalen Krise keine nachhaltige Wirkung zeigt? Im Hinblick darauf hat der BND in seiner vertraulichen Studie drei mögliche Szenarien konstruiert.

Das erste Szenario zielt auf ein langsames Wachstum und eine Verlängerung der Pax americana ab. Die zweite Option betrifft eine mögliche Vorherrschaft der Volksrepublik China. Und die dritte Option handelt von einem Abgleiten der westlich dominierten globalen Ordnung in eine instabile Welt. Unabhängig von der Frage, ob die einzelnen Details der Studie ihre Richtigkeit haben, geht es dem BND darum, mit dieser Studie einen Beitrag zum Verständnis der großen Komplexität der weltweiten Entwicklung zu leisten, indem er durch Präsentation der ganzen Bandbreite der weltweiten Entwicklungen eine öffentliche geostrategische Debatte in Deutschland entfacht.

Die Weltwirtschaftkrise dürfte mit ihren globalen Konsequenzen den Beginn des „asiatischen Zeitalters" beschleunigen[27]. Sie ist, wie der Präsident des BND, Ernst Uhrlau, in einem Interview im Handelsblatt versichert, „ein unvergleichbares Ereignis in der Geschichte" der BRD. Und dabei gibt es ein

[27] Siehe Die Neuvermessung der Welt, Internationale Politik, Juni 2009.

weltweites Blackbox-Problem, insofern niemand genau wissen kann, „wie auch sehr starke Volkswirtschaften von der Krise getroffen werden. Wenn sogar die Supermacht USA derart getroffen wird, hat dies Auswirkungen für die kommenden Jahre. Wir erleben möglicherweise eine Metamorphose der Geopolitik“. [28]

Drei Szenarien der globalen Entwicklung

Erstes Szenario: Verlängerung der Pax americana

Das erste Szenario des BND-Analysten[29] geht von einer Beruhigung an den Märkten und von einer Rückkehr des Vertrauens seitens der Marktteilnehmer und der Öffentlichkeit aus. Diese optimistische Option ermöglicht der Weltwirtschaft keine enormen Wachstumssprünge, aber eine langsame und stetige Aufwärtsentwicklung. Entsprechend dieser Option könnten die USA ihre Vormachtstellung noch eine Zeit lang halten. Jedoch wäre der kontinuierliche Aufstieg der Volksrepublik China unaufhaltsam. Denn seit langem tragen Entwicklungen, zum Beispiel die demographischen Veränderungen in China und Indien, die systematisch betriebene technologische Aufholjagd seitens Chinas und die wachsende finanzielle Abhängigkeit der USA von anderen Ländern, vor allem von China, dazu bei, dass sich die Gewichte zwischen den drei großen Machtzentren, USA, Europa sowie China langsam und stetig gen Osten verschieben.

Doch ungeachtet der wahrscheinlichen Machtverschiebung untereinander, könnte es auch reaktionäre Politiker geben, die in denselben ökonomischen Bahnen weiterzudenken trachten, wie sie es aus der Zeit vor der Krise gewohnt waren, und zwar zum Schaden der gesamten Menschheit. Denn ein gleichmäßiger weltweiter Aufschwung dürfte zum Beispiel die Energiepreise wieder in schwindelerregende Höhen treiben, zumal mit anziehender Produktion die Nachfrage ebenfalls steigt. In der Konsequenz könnten Rohstoffexportländer, zum Beispiel Russland, die arabischen Staaten oder Venezuela, erneut frisches Kapital anhäufen, mit allen strategischen Vor- und Nachteilen.

Zweites Szenario: Hegemonie Chinas

Viel unangenehmer verliefe die Entwicklung aus der Sicht des BND, wenn das zweite, das so genannte China-Szenario[30] einträte. Die Option geht davon aus, dass die staatlicherseits getätigten nationalen Finanzspritzen und die weltweit aufgelegten Konjunkturprogramme nicht gleichmäßig anschlagen. Angesichts der recht unterschiedlichen Ansätze zur Rettung und Ankurbelung der durch faule Kredite fundamental erschütterten Finanzwelt sowie der

---

[28] Die Terrorgefahr steigt vor den Wahlen, in: Handelsblatt vom 01.06.2009.

[29] Siehe A. Rinke, a.a.O.

[30] Siehe ebenda.

realen, teils eingebrochenen, Volkswirtschaften und angesichts der jeweiligen lokalen Voraussetzungen dürfte dieses Szenario recht realistisch sein. Demnach wäre es nicht ausgeschlossen, dass aufgrund der Schwere der Krise, der partiell nicht mehr konkurrenzfähigen US-Industrie und der immer noch nicht beherrschten US-Überschuldung das immense Konjunkturprogramm in den USA weitgehend verpuffen könnte.

Darüber hinaus halten es Finanzexperten für möglich, dass nach der Immobilienblase bald noch eine weitere, zum Beispiel das aufgeblasene Kreditkarten-Unwesen, platzen könnte. Denn die erhebliche private Überschuldung der US-Amerikaner über eine Vielzahl leicht zu erwerbender Kreditkarten gilt als unbewältigt. Hierbei wird leicht übersehen, wie der BDN meint, dass sich die US-Regierung große Konjunkturprogramme auf Pump nur schwerlich leisten kann. Denn sie ist heute bereits – wie der Deutsche Auslandspionage-Dienst ironisch vermerkt – eine „Supermacht von Chinas Gnaden", weil und insofern sich die USA dort über den Verkauf von langjährigen Auslandsanleihen in gigantischem Ausmaße Geld leihen müssen. Die Auswirkungen dieses finanziellen Abhängigkeitsverhältnisses auf die US-amerikanische Politik sind in den Augen des BND bedenklich, was nicht zuletzt die zurückhaltenden Töne im Hinblick auf das Thema Menschrechte beim Antrittsbesuch der Außenministerin Hillary Clinton in Peking dokumentiere.

Das gleichermaßen immense Konjunkturprogramm Chinas könnte trotz der wirtschaftlichen Zusammenbrüche im Westen zu einer beschleunigten Aufholjagd auf dem Gebiet der Technologie führen. Die Folgewirkungen einer so unterschiedlichen Entwicklung würden offensichtlich. China würde in sehr kurzer Zeit zur dominierenden Macht aufsteigen, während die USA allein aus Kostengründen ihren Aktionsradius einschränken müssten. Ungeachtet Europas stünden sich schließlich zwei Supermächte gegenüber. Dabei könnte China mit seiner ökonomischen Potenz die Rolle von Dollar und Euro als Leitwährungen in Frage stellen und selbstbewusster den Yuan ins Spiel bringen. Außenpolitisch wird es dann wohl seine eigenen Konzepte nicht defensiv in internationale Gremien einbringen, und als klare Hegemonialmacht Asiens dürfte es wohl darauf dringen, die westliche Vorherrschaft in der Weltbank und im IWF zu beenden.

Für die Europäische Union wäre diese Entwicklung nicht minder dramatisch. Da viele europäische Ökonomien sich stärker an den USA orientieren und die dortigen Konsumenten brauchen, dürfte wohl Europa geschwächt werden. Je stärker China und je schwächer die USA erscheinen, desto mehr dürften sich andere Akteure politisch nach Osten orientieren. Sie würden, wie der Präsi-

dent des BND Ernst Uhrlau es einschätzt, in den „Sog Chinas“ geraten[31]. Mit der Verstärkung der Ungleichgewichte in Asien würde auch Indien zurückfallen. Da im zweiten Szenario in China die Nachfrage steigt und in den USA eher stagniert, würden auch die Rohstoffströme stärker nach Asien fließen. Entscheidend in diesem Falle ist die Frage, wohin sich Russland richten würde. Der BND hofft, Russland werde sich nach dem Westen ausrichten, um der Rolle als Juniorpartner des aufsteigenden Chinas zu entgehen. Denkbar sei aber auch, dass sich Russland offensiv an China anlehne. Der letzte Fall hat schon länger die *Strategic Community* in Berlin beschäftigt. Im Jahre 2008 hat die Bundesakademie für Sicherheitspolitik bereits offen über einen drohenden Krieg zwischen West, das heißt den USA und der Europäischen Union einerseits, und Ost, das heißt China und Russland andererseits, nachgedacht.[32]

Entsprechend dem zweiten BND-Modell dürfte China große Teile seines gigantischen Konjunkturprogramms zur Modernisierung der Infrastruktur nutzen, aber auch zum Ausbau seiner militärischen Kapazitäten. Seit Jahren schon beobachtet der BND mit Interesse, dass China seine militärischen Ambitionen steigert und sich durch Investitionen weitweite Stützpunkte sichert. Wenngleich sie noch ziviler Natur sind, könnte sich daraus aber später, so wird befürchtet, aufgrund eines gewachsenen Vertrauensverhältnisses und größerer wirtschaftlicher Abhängigkeit auch eine militärische Nutzung entwickeln.

Drittes Szenario: Instabile Welt

Das düsterste, dritte Szenario des BND betrifft ein allgemeines „Abgleiten in eine instabile Welt“[33] mit der Herausbildung eines „Weltkriegspotenzials“.[34] Dem liegt die Annahme zugrunde, dass Finanzspritzen und Konjunkturpakete weltweit unwirksam sind. Stattdessen bringt ein anhaltendes Misstrauen im Wirtschaftsprozess eine lang anhaltende globale Krise hervor mit einer Abschottungspolitik bewusster oder unwillkürlicher Art und einer weitreichenden Renationalisierung der Weltwirtschaftspolitik sowie einer massiven Entglobalisierung. Damit kommt es zu einer neoliberalen Trendwende. Die Ströme ausländischer Direktinvestitionen, die in den Schwellenländern das Wirtschaftwachstum bislang erheblich antrieben, könnten dauerhaft versiegen. Daher würden sich die Entwicklungsperspektiven vieler Nationen än-

---

[31] Siehe Interview mit dem Präsidenten des BND, E. Uhrlau, über die Wirtschaftskrise, in: Handelsblatt vom 25.05.2009.

[32] Siehe http://bibelnachrichtendienst.optirank.de/?p‘*=500.

[33] Siehe A. Rinke, a.a.O.

[34] Siehe http://bibelnachrichtendienst.a.a.O.

dern. In der Tat hat sich eine zumindest vorübergehende Entglobalisierung infolge der einknickenden Import- und Exportzahlen im Hinblick auf Deutschland, China und Japan bereits angedeutet.

Zurückhaltend und in der Regel nicht vorschnell, wie die BND-Experten naturgemäß nun einmal sind, gestehen sie ihr relatives prognostisches Unvermögen ein, die genauen Folgen einer solchen dramatischen Entwicklung, wie es ihr drittes Modell nahelegt, nicht wirklich vorhersagen zu können. Die relative Stärke der USA angesichts der Probleme anderer großer, mit ihnen symbiotisch zusammenhängenden Export- und Handelsnationen steht in Frage und zwar im Kontext einer zunehmend instabileren Welt mit wachsender Massenarbeitslosigkeit, dem Schwinden sozialer Sicherungssysteme und den daraus resultierenden sozial-politischen Spannungen in den USA und Europa.

Den DGB veranlasst das, im Hinblick auf Deutschland von möglichen sozialen Unruhen zu sprechen. Besorgniserregend könnte sich bei einer solch dramatischen Entwicklung die Lage in den Atommächten China, Russland und Pakistan ändern. Kommen die jetzt noch einigermaßen laufenden Exporte Chinas zum Stillstand, drohen Massenarbeitslosigkeit und Migrationsbewegungen bisher nicht bekannten Ausmaßes. Aufgrund der Sorge vor sozialen Unruhen müsste die KP Chinas fürchten, ihre Vormachtstellung im Reich der Mitte zu verlieren. Andererseits könnte sie versucht sein, mit nationalistischen Parolen Aggressionen nach außen zu lenken, etwa nach Taiwan oder gegen den Westen als spiritus rector der Finanzkrise.

Sollte die Weltwirtschaft in eine lang anhaltende Rezession schlittern, dürften die Energiepreise fallen, und das hätte erhebliche Wirkungen auf die Einnahmen der Öl und Gas exportierenden Länder und riefe eine politische Instabilität in den Rohstoffländern hervor. Da bereits heute die russische Wirtschaft recht anfällig ist, fehlte es ihr – laut Szenario drei – an Geld, um soziale Konflikte auszugleichen oder Staat und Ökonomie zu modernisieren. Nähmen die internen Spannungen zu, könnte die herrschende politische Klasse in Russland – wie der BND annimmt – versucht sein, sich öffentlichkeitswirksame Sündenböcke außerhalb ihrer eigenen Grenzen zu suchen.

Die Atomacht Pakistan, die schon gegenwärtig am Rande des Staatsbankrotts steht und völlig auf internationale Hilfszahlungen und Kredite angewiesen ist, ist dabei, ein failed state zu werden, insofern sie nicht einmal imstande ist, grundlegende Funktionen einer staatlichen Entität, wie Schutz seiner Bürger vor feindlicher Bedrängnis und soziale Absicherung, zu erfüllen. Dies hätte, befürchtet der BND, katastrophale Folgen für einen erfolgreichen Kampf gegen die Islamisten und gegen die Pazifizierung Afghanistans. Nicht nur Pakistan, sondern alle von ausländischer Staatshilfe abhängigen Schwellen- und Entwicklungsländer würden ins Wanken geraten, weil bei einer tiefen Rezes-

sion absehbar wäre, dass die westlichen Regierungen ihre Hilfszahlungen reduzieren müssten, aber auch die privaten Investitionsmittel ausblieben. Viele Regierungen verlören dadurch die Möglichkeit, durch Subventionen interne Konflikte zu dämpfen oder das eigene Militär zu besänftigen. In der EU wäre – nach Ansicht des BND – das düstere dritte Szenario besser zu verkraften, während im unmittelbaren Umfeld Europas sich immer mehr Krisen vertiefen, was zu größeren Wanderungsbewegungen aus Afrika führen könnte.

Frieden gefährdende Aspekte der globalen Krise

Sucht nun der Leser der BND-Studie nach einer konkreten, eindeutigen Antwort, welches der Szenarien am wahrscheinlichsten sei, so wird er sie in diesem Planspiel nicht finden. Dennoch gehen die Analysten des BND nach einer internen Einschätzung der drei Krisen-Optionen davon aus, dass eine Kombination aus dem ersten und zweiten Szenario wahrscheinlich sein könnte. Darüber hinaus schließen sie aber die dritte Option als Worst-case-Szenario aus dem realen Möglichkeitsfeld ihrer Planung nicht aus. Mit seiner verschämten Thematisierung eines „Weltkriegspotenzials" als Möglichkeit dürfte der BND allerdings einen zukünftigen Weltkrieg, infolge erheblicher finanzieller und ökonomisch globaler Verwerfungen oder drohender Machtverschiebungen, für denk- und machbar antizipieren.

Was ist nun eigentlich Sinn und Zweck der drei vom BND erstellten Optionen? Interpreten der BND-Studie[35] meinen, sie skizzierten die „Grundlinien der Debatte", welche in Berlin über die weltpolitischen Entwicklungen kommender Jahre und Jahrzehnte geführt werde. Dabei blendeten jedoch die nur wenigen Elemente der geheimen Studie, die der Öffentlichkeit zugänglich waren, zweierlei aus: zum einen ökonomische „Krisentendenzen" und ihre politischen Folgen innerhalb Deutschlands und zum anderen das wachsende „außenpolitische Aggressionspotenzial" der Berliner Republik.

Dass der BND auf Analysen der absehbaren Krisenerscheinungen im Inland in seiner für die Bundesregierung verfassten quasi esoterischen Studie verzichtet hat, halten wir eher für unwahrscheinlich. Es dürften wohl äußerst delikate Notstandsvorkehrungen gegen destabilisierende Folgen der globalen Krise im Innern in dem nicht öffentlichen Teil der Studie zur Debatte stehen, die den BND veranlasst haben, die Studie als Ganze einer kritischen, demokratischen Öffentlichkeit vorzuenthalten. Für diese Vermutung spricht eine parallele Vorsichtsmaßnahme der politischen Klasse in den USA im Hinblick auf mögliche interne, mit der globalen Krise zusammenhängende Volksaufstände. Am 24. März 2009 vermerkt der kanadische Politologe Michel

---

[35]Siehe http://bibelnachrichtendienst.optirank.de/?p‘*=500.

Chossudovsky[36] auf seiner Web-Seite *global research*, er finde es extrem beunruhigend, dass die US-Regierung das Kampfteam der ersten Infanteriebrigade der dritten Armee seit einigen Monaten aus dem Irak in die USA zurückbeordert habe; denn diese Kampfeinheit könnte nach offiziellen Berichten mit herangezogen werden, um zivile Massenunruhen in den Vereinigten Staaten wegen der weitreichenden Auswirkungen des Finanzkollapses auf die Ersparnisse, die Rentenkassen und den Hausbesitz niederzuschlagen. Allerdings findet sich für ein solches Szenario in den USA keine Rechtsgrundlage, denn das Posse-comitatus-Gesetz aus dem Jahre 1978 verbietet den innenpolitischen Einsatz regulärer Truppen bei massiven zivilen Aufständen strikt und eindeutig. Allerdings dürfte das nationale Interesse zur Aufrechterhaltung der systemischen Machtverhältnisse in der US-Herrschaftslogik in der Regel Vorfahrt vor der Herrschaft des Rechtes haben.

Darüber hinaus gibt es in punkto interner Repression noch ein weiteres Zeugnis, das Nathan P. Freier verfasst und bereits im November 2008 vom Institut für strategische Studien der US-Armee unter dem Titel *Bekannte Unbekannte: Unkonventionelle Strategische Schocks in der Entwicklung der Verteidigungsstrategie* herausgegeben wurde.[37] Danach sollte sich die US-Armee auf unkonventionelle strategische Schocks vorbereiten. Im Zuge dessen müssten sich die Streitkräfte auf gewaltige Unruhen strategischen Ausmaßes in den USA einstellen, welche der unvorhergesehene wirtschaftliche Einbruch und der entschlossene Widerstand der Bevölkerung im Inland auslösen könnten.

Die Ausblendung des außenpolitischen Aggressionspotenzials der BRD in der BND-Studie ist ebenfalls unverkennbar. Auch hier erscheint es erklärungsbedürftig, warum der BND die Konsequenzen aus der für den Westen prekären geopolitischen Lage nicht veröffentlicht hat.

Ich habe dafür folgende Erklärung: Die politische Klasse der BRD dürfte ihre mit den USA, der EU und NATO geteilten Pläne zur Aufrechterhaltung der globalen westlichen Hegemonie verheimlichen, um nach innen und außen maßvolles Verhalten, guten Willen und Friedfertigkeit zu simulieren. Es gibt jedoch andere Quellen, die eine klare Sprache in brutaler Offenheit und Normalität sprechen und insbesondere unmissverständlich die militärischen Folgen einer bedrohten westlichen Dominanz thematisieren. Es ist hier nur an das Strategiepapier der NATO zu erinnern, das Anfang April 2008 auf ihrem Bukarester Gipfeltreffen zur Debatte gestanden hat, den Titel *Zu einer Ge-*

---

[36]Siehe http://www.uni-protokolle.de/foren/viewt/228573,0html.

[37]Siehe N. P. Freier, 2008, in: Fußnote 13.

samtstrategie für eine unsichere Welt trägt und eine radikale Umorientierung des Bündnisses, einschließlich atomarer Erstschläge, fordert.[38]

Fünf ehemalige Stabschefs des Militärbündnisses, der deutsche General a. D. Klaus Naumann, US-General John Shalikashvili, der britische Feldmarschall Lord Peter Inge, der französische Admiral Jacques Lanxade und der niederländische Genral Henk van den Breemen, haben das Strategiepapier verfasst und wollen die NATO an der Seite der USA und der EU ganz und gar zu einer offensiv ausgerichteten Militärallianz umformen. Das 152-seitige Papier enthält neben früher geäußerten Ideen, wonach die NATO Pipelines und Energieressourcen sichern soll, weitere brisante Vorschläge. Danach soll das bisherige Völkerrecht, insbesondere das staatliche Souveränitätsprinzip, beiseite geschoben und durch ein vom Westen definiertes Gewohnheitsrecht (customary law) ersetzt werden. Es verschieben sich darüber hinaus auch die Gründe für den NATO-Einsatz. So soll die Bedrohung der geopolitischen Vorherrschaft der USA und EU und ihrer westlichen Kultur (way of live) zukünftig ebenso als Kriegsgrund dienen wie die Sicherung von nichteinheimischen Energieressourcen. Die Autoren der Bukarester NATO-Studie bestehen schließlich im Falle kriegerischer Auseinandersetzungen auf den Einsatz von Atomwaffen im Rahmen einer Erstschlagsstrategie bzw. präventiven Strategie.

Abschließend noch eine letzte kritische Anmerkung zur Autorenschaft der BND-Studie. Es ist sicherlich als ein Politikum zu bewerten, dass gerade der deutsche Auslandsspionage-Dienst die Studie über die zu erwartenden Verschiebungen im globalen Machtgefüge der Bundesregierung vorgelegt hat. Es hätte doch näher gelegen, sich einer privaten Expertise, wie es gegenwärtig bei etlichen Berliner Ministerien nicht selten der Fall ist, zu bedienen und eine der etablierten Berliner Think-Tanks oder eine der großen Stiftungen privater Konzerne mit der Erstellung dieser Studie zu beauftragen.

[38]Siehe H. Neuber, Die Nato im Kampf um die Welt, in: http: //www.heise.de/bin/tp/issue/r4/dl-artikel2.cgi?artikelnr=27573&mode=print.

Da es aber nicht so ist, kann das ein Indiz sein, dass der politische Einfluss des BND in der ersten Dekade dieses Jahrhunderts erheblich gewachsen ist. Als „zentraler Stichwortgeber“ für die deutsche Politik fungiert hier nicht, wie A. Rinke[39] in der Zeitschrift Internationale Politik treffend bemerkt, das „zivile Berliner Establishment“, sondern ein Spionage- und Repressionsapparat mit problematischer Vergangenheit.

Autor: Dr. Horst-Dieter Strüning,

Philosophielehrer und Friedensforscher.

[39]Siehe A. Rinke, a.a.O.

Siegfried Schönherr

Weltwirtschaftskrise, Rüstung und Rüstungsfinanzierung

Einleitung

Es war weitsichtig, als wir im Frühjahr vergangenen Jahres das Thema *Die Weltwirtschaftskrise und der Frieden* zum Gegenstand unseres Symposiums gemacht haben. Es ist auch gegenwärtig noch brennend aktuell. Täglich erleben wir, wie eine schwarz-gelbe Regierungskoalition mit fast schon chaotischem Regierungshandeln die Folgen dieser Krise in eine Einbahnstraße schieben möchte: einseitig kapitalmarktorientierte Rettungspakete, die zu weiterem Sozialabbau und stärkerer Militärpräsenz führen.

Es war auch klug, als wir zur Jahresmitte 2009 noch einmal präzisierten: Die Weltwirtschaftskrise ist vor allem in ihren Auswirkungen auf die weltweite Sicherheitslage zu untersuchen. Da gibt es Defizite. Und wenn wir uns das vornehmen, kommen wir an Rüstung und Rüstungsfinanzierung nicht vorbei. Ende 2009 haben die USA den größten Rüstungshaushalt ihrer Geschichte verabschiedet. Von allen Politikbereichen der Obama-Administration weisen Außen- und Sicherheitspolitik die größte Kontinuität zur Vorgängerregierung auf. Allein für die Kriege im Irak und in Afghanistan sind fast 130 Milliarden Dollar vorgesehen. Auch die Bundesregierung sendet keine Signale zum Abbau des militärischen Faktors. Im Gegenteil. Zurzeit übt man sich in einer angeblich unvermeidlichen Kriegsterminologie, die den tatsächlichen Verhältnissen in Afghanistan entsprechen soll, um dann mit einer perspektivisch klingenden Friedensrhetorik die bundesdeutsche Öffentlichkeit zu besänftigen. So glaubt man begründen zu können, dass dafür zunächst einmal entsprechende personelle, materielle und auch finanzielle Voraussetzungen zu schaffen sind. Das spiegelt sich auch im Einzelplan 14 wieder. Er stieg 2009 auf 31 Milliarden Euro, also um etwa 5 Prozent. Der *Verteidigungshaushalt* ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich angewachsen.

Es war schließlich auch aus einem anderen Grund noch notwendig, sich einer solchen Problematik zuzuwenden: In der Medienwelt von heute mit den schier unerschöpflichen Möglichkeiten der Nachrichten- und Informationsverbreitung versuchen die neoliberalen Denkfabriken über alles, was Krise und Krisenbewältigung anbelangt, Deutungshoheit zu erlangen und diese zu sichern. Ihre Praktiken, die Wirtschafts- und Finanzkrise nur als eine Art Naturkatastrophe, lediglich als Konsequenz einer Fehlerorgie von Wenigen oder

bestenfalls als Resultat auswuchernder Gier von Bankern und Anlegern umzudeuten und zu vermarkten, nehmen allmählich schon peinliche Züge an. Viel zu Wenige können sich Gehör verschaffen um nachzuweisen, dass die oft selbst ernannten Krisenmanager einer bestimmten politischen Klasse doch eigentlich den Krisenverursachern zuzuordnen und in ihrem politischen Handeln demzufolge auch so zu beurteilen sind. Stellt sich bei der gigantischen Staatsverschuldung, jeder vierte Euro des Bundes wird auf Pump ausgegeben und damit der finanzielle Spielraum künftiger Bundesregierungen über Jahrzehnte drastisch eingeschränkt, auch nur einer von der konservativen oder liberalen Politikerelite eigentlich die Frage: Was käme auf unser angeblich so fest gefügtes Staatswesen zu, wenn diese Weltwirtschafts- und Finanzkrise in einer lang anhaltenden Depression ausklingen würde? Das wäre für eine Krise solcher Dimension nicht untypisch, wenn freilich auch nicht sehr wahrscheinlich. Auch anderen Fragen weicht man aus: Welche finanziellen Spielräume hätte denn Politik, wenn es unter den gegenwärtigen fragilen sozialen, sicherheitspolitischen, geopolitischen und ökologischen Bedingungen zu andern krisenhaften Zuständen oder gar zu weiteren Katastrophen, welcher Art auch immer, käme?

Auch wenn unser Symposium nicht auf alle diese Fragen ausreichend antworten kann und die Medienwirksamkeit unserer bescheidenen *Denkfabrik* mit ihren eher konservativen Verbreitungsmöglichkeiten begrenzt bleibt, soll der Versuch gemacht werden, Denkanstöße zu geben.

Zum Charakter der Wirtschafts- und Finanzkrise und ihren Auswirkungen auf Sicherheit und Rüstung

Bevor nach den Auswirkungen der gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzkrise auf Rüstung und Rüstungsfinanzierung gefragt werden kann, muss noch einmal auf den besonderen Charakter dieser Krise verwiesen werden.

Sie hat zunächst innere ökonomische Ursachen. Von einer dominierenden neoliberalen Wirtschaftskonzeption ausgehend, kam es in der kapitalistischen Weltwirtschaft zu einem Marktradikalismus besonders intensiver Ausprägung, sowohl in der so genannten realen Wirtschaft als auch im abgeleiteten Finanzsektor, die es den Herrschenden der heute ja global existierenden kapitalistischen Wirtschaftordnung zunächst lange Zeit erlaubte, solche Bedingungen für die Kapitalverwertung zu schaffen, die eine entsprechende Profitmaximierung gestatteten. Wir haben es also mit einer neuen Krise eines alten Systems zu tun, auch wenn es sich um den so genannten neuen Imperialismus handelt.[1] In dieser Hinsicht hat sie alle klassischen Funktionen einer zyklischen

[1] Neuer Imperialismus – neue Formen der Rüstungsfinanzierung, in: DSS-Arbeitspapiere, Heft 82, Dresden 2007.

Überproduktionskrise zu erfüllen, wie sie Krisen des kapitalistischen Wirtschaftssystems auch bisher zu erfüllen hatten: Marktbereinigung auch auf dem Wege der Ressourcenvernichtung mit dem Ziel künftiger Profitmaximierung.

Es kommt aber etwas hinzu, was zyklische Krisen der Vergangenheit zwar auch schon aufzuweisen hatten, aber nicht in den Dimensionen von heute: Diese vierte Weltwirtschaftskrise[2] ist zugleich eine umfassende Strukturkrise – und zwar in mehrerer Hinsicht, sozusagen komplex und global.

Zu einem ersten Gesichtspunkt: Es ist der politischen Klasse trotz tief greifender Reformen, wie etwa den Hartz-Gesetzen, bisher nicht gelungen, den Arbeitsmarkt so an die veränderten Kapitalverwertungsbedingungen anzupassen, wie es die neoliberalen Denker und Politiker schon seit Jahren fordern. Der Faktor Arbeit, wie es in der bürgerlichen Wirtschaftstheorie heißt, ist angeblich immer noch viel zu teuer. Er ist noch nicht *systemisch* angepasst. Beschränkte man sich früher vor allem auf die Forderung nach so genannter Deregulierung, vor allem bei den Arbeitnehmerschutzgesetzten, so ist gegenwärtig immer mehr von einer Neuordnung der gesamten Arbeitswelt, einschließlich einer entsprechenden Reformierung der Sozialsysteme, die Rede. Erst wenn Arbeitswelt und Sozialstaat entsprechend rekonstruiert worden seien, könne die Gesellschaft sowohl in politischer als auch in ökonomischer Hinsicht wieder krisenfest gemacht werden, so der neoliberale Grundtenor. Wir sollten uns dabei immer bewusst sein, dass diese *Rekonstruktionsvorhaben* heute eine ungewöhnlich große Bandbreite haben. Sie reichen von verschiednen einzelnen sozialpolitischen Maßnahmen, etwa einer so genannten Kopfpauschale in der gesetzlichen Krankenversicherung, bis zu tief greifenden politischen Veränderungen, wie sie beispielsweise in der Forderung zum Ausdruck kommt, die Bundeswehr ohne jede Einschränkungen auch im Inneren einsetzen zu können. Die losgetretene Debatte über Hartz-IV-Empfänger, die unter der demagogischen Losung geführt wird, dass sich Arbeit wieder lohnen müsse und ein entsprechenden Lohnabstandsgebot zwischen Erwerbstätigen und Transferleistungsempfängern bestehen müsse, ist eine tagespolitische Bestätigung dieses strategisches Zieles der herrschenden Polit-, Finanz- und Wirtschaftseliten.

Zu einem zweiten Gesichtspunkt: Auch bei den anderen Produktionsfaktoren, also bei Kapital und Boden, besteht nach neoliberaler Denkart Reformbedarf, was ihre Strukturierung anbetrifft. Ab den 1970er Jahren bot der Dienstleistungssektor, in dem gegenwärtig etwa 70 Prozent des Bruttoinland-

[2] In der wirtschaftsgeschichtlichen Literatur wird davon ausgegangen, dass es von 1857 bis 1858 eine erste, von 1873 bis 1886 ein zweite und in den Jahren von 1929 bis 1932 eine dritte Weltwirtschaftskrise gegeben hat.

produktes erzeugt werden, lange Zeit gute Kapitalverwertungsbedingungen. Dieser Umwandlungsprozess der Industrie- in eine so genannte Dienstleistungsgesellschaft ist relativ abgeschlossen und bietet nur noch normale Wachstumschancen. Die Neue Ökonomie (New Economy), also die Informations- und Kommunikationstechnologien, die ab Mitte der 1990er Jahre als eine Querschnittstechnologie alle Wirtschaftsbereiche revolutionierte und angeblich dazu führen sollte, dass der Wirtschaftskreislauf nun nicht mehr den gesamten Konjunkturprozess in allen seinen Phasen, also auch bis zur Rezession, zu durchlaufen brauche, und zu einer hemmungslosen Aufblähung des Finanzsektors mit hochspekulativen Finanzprodukten führte, hinterließ ein konjunkturelles und strukturelles Fiasko. Auch diese Wachstumspotenziale schrumpften auf Normalmaß.

So wird gegenwärtig nach neuen Kapitalverwertungsbedingungen gesucht, die ähnliche spektakuläre Möglichkeiten der Gewinnmaximierung erschließen sollen, wie es früher die Ausweitung des Dienstleistungssektors oder die New Economy waren. Sie glaubt man in den Sozialsystemen und bei der Privatisierung öffentlicher Aufgaben gefunden zu haben. Unter dem Deckmantel von Modernisierung, sozialer Gerechtigkeit, Eigenverantwortung oder Transparenz wird gegenwärtig eine kaum mehr verschleierte Klientelpolitik betrieben, um endlich eine umfassende Kapitalisierung der sozialen Sicherungssysteme auf den Weg zu bringen. Gesundheit, Rente oder Altersvorsorge sollen mehr und mehr von einem bisher einigermaßen funktionierenden solidarischen System in ein so genanntes umlagefinanziertes System überführt werden, das über die renditeträchtigen Kapital- und Finanzmärkte abzuwickeln wäre. Öffentliche Aufgaben von Bund, Ländern und Kommunen wie Bildung, Wohnen, Hochschulen, Gesundheit, Infrastruktur, innere Sicherheit, ja selbst Aufgaben der Landesverteidigung, sollen endlich umfassender und in profitträchtigen Größenordnungen über die Geld- und Finanzmärkte finanziert werden. Entsprechende ordnungspolitische Konstrukte und Finanzprodukte, wie etwa öffentlich-rechtliche Partnerschaften, setzen sich, bis hin zu den Kommunen, immer mehr durch. Wenn in der westlichen Welt Politik je ein Primat über die Wirtschaft gehabt haben sollte, so droht das durch solche Praktiken endgültig verloren zu gehen. Staatliche Machtausübung gerät immer stärker in Geiselhaftung der Wirtschaftseliten. Der ehemalige *Rheinische Kapitalismus*, also die oft zitierte *Deutschland AG*, soll auch in der BRD vollends durch den amerikanischen Finanzkapitalismus ersetzt werden.

Zu einem dritten Gesichtspunkt: Diese inneren ökonomischen oder strukturell bedingten Krisenursachen wirken heute bekanntlich weltweit, also global. Der gegenwärtige Kapitalismus wird durch das internationale Wirken großer Monopole und Oligopole geprägt, die alle Phasen des Reproduktionsprozes-

ses beherrschen. Die klein- und mittelständigen Unternehmen haben darin zwar einen festen Platz, aber nur bedingten Einfluss auf die wirtschaftspolitischen Grundentscheidungen. Wir haben es, wie die gegenwärtige Krise sehr deutlich zeigt, mit umfassenden Weltkapital-, Weltrohstoff- und Weltarbeitsmärkten zu tun. Die Regularien aber, diese Märkte politisch in den Dienst einer zeitgemäßen Kapitalverwertung zu stellen, existieren entweder noch nicht oder sind ineffizient bzw. vorwiegend national und regional ausgerichtet. Alle Staaten sind heute, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß, von der Wirtschafts- und Finanzkrise erfasst. Weder die Dritte-Welt-Länder noch die Schwellenländer bleiben verschont. Ausmaß und Dauer krisenhafter Erscheinungen sind dabei aber äußerst unterschiedlich, wie auch die Wege der Krisenbewältigung. Trotzdem verstärken sich die Abhängigkeitsverhältnisse der Wirtschaftsakteure, und der Konkurrenzdruck nimmt bisher nicht gekannte Ausmaße an. Mächtige Verteilungskämpfe spielen sich ab, neue Rivalitäten bilden sich heraus, alte prägen sich weiter aus. Die Einflussmöglichkeiten der Weltwirtschaftszentren auf das globale Wirtschaftsgeschehen verschieben sich, wie es sich zwischen den USA und China besonders deutlich zeigt.

Deshalb fordern die politischen Akteure, dass Krisenmanagement in den nationalen Volkswirtschaften oder den verschiedenen Wirtschaftsregionen (EU, USA, Fernost), was immer man auch darunter verstehen mag, weit über die nationalen oder regionalen Grenzen hinausreichen muss, also weltweit zu erfolgen hat. Krisenmanagement erlangt immer mehr geostrategische Dimensionen. Man kann es auch anders formulieren: Geostrategie, wie sie etwa von den kapitalistischen Weltmächten im Nahen und Mittleren Osten betrieben wird, ist unter den Bedingungen der Globalisierung zu einem direkten Instrument der Krisenbewältigung geworden.

Solche geostrategische Konzeptionen umzusetzen, das beweisen der Irak oder Afghanistan, ist aber ohne entsprechende militärische Macht und ohne militärische Präsenz nicht möglich. Sie bleibt eine unerlässliche Seite der Außen-, Sicherheits- und Militärpolitik der imperialistischen Hauptmächte, um mindestens drei Aufgaben im Interesse der Kapitalverwertung im Allgemeinen und der Krisenbewältigung im Besonderen erfüllen zu können: Sicherung der Rohstoffquellen, vor allem der Öl- und Gasvorkommen; Aufrechterhaltung der bisherigen Außenhandelspraktiken, die die großen Mächte bevorteilen und Ausbau von politischen und Wirtschaftsbeziehungen zu den Ländern der Dritten Welt, die deutliche Züge von Neokolonialismus tragen.

Man könnte es in einem Satz sagen: Die Aufrechterhaltung bzw. die Anpassung der bisher bestehenden ungerechten Weltwirtschaftsordnung als längerfristiges Ziel soll den imperialistischen Hauptländern auch als aktuelles Instrument der Krisenbewältigung dienen. Ausbau und Nutzung der Militär-

macht, wie etwa die so genannten Auslandseinsätze der Bundeswehr, erlangen somit unmittelbare wirtschaftspolitische Bedeutung. Was in der Vergangenheit mitunter erst durch Kriege, Kriegsbeteiligung oder nachträgliche Konfliktregulierung erreicht werden konnte, soll gegenwärtig schon unter der Maske der Friedenssicherung und der Gewährleistung von Freiheit und Menschenrechten in den verschiedenen Einsatzgebieten unter der Losung *Kampf gegen den Terror* erreicht werden.

Unter diesem Gesichtspunkt ist es durchaus berechtigt zu formulieren: Krisenmanagement in den imperialistischen Hauptländern, auch in der BRD, ist gegenwärtig ein Politikfeld mit äußerst großer Bandbreite. Es reicht von neuen Regelungen zur Kurzarbeit bis hin zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr. So komplex wie die Krisenerscheinungen im Wirtschafts- und Finanzsektor sind, genau so umfassend wird das Instrumentarium bestimmt, um ihnen zu begegnen. Der Stellenwert des militärischen Faktors wird dabei nicht ab-, sondern ausgebaut. Auch im Instrumentenkasten der Bundesregierung wird sie, trotz anders lautender Beteuerungen, immer noch priorisiert. Unter dem Gesichtspunkt der Krisenregulierung bestätigt sich also wiederum: Kapitalakkumulation in diesem späten Kapitalismus will sich nach wie vor der Mittel der Destruktion, der Gewalt, auch der militärischen Gewalt, bedienen. Dabei soll keineswegs geleugnet werden, dass dieser neue Imperialismus auch zur Friedenssicherung gezwungen werden kann, wenngleich ein solcher Frieden auch fragil und noch viel zu stark bewaffnet ist.

Zur Dialektik zwischen Wirtschafts- und Finanzkrise und ihren Auswirkungen auf die Rüstung

Um die zu erwartenden Folgen der heute noch längst nicht überwundenen Krisenerscheinungen in fast allen Volkswirtschaften der Erde sowie die Wirksamkeit und die Konsequenzen der praktizierten Krisenbewältigung bzw. Konjunkturförderung beurteilen zu können, ist es zunächst notwendig, noch einmal auf eine wirtschaftstheoretische Grunderkenntnis hinzuweisen, die von keiner ernst zu nehmenden ökonomischen Denkschule bestritten wird: Auch in der Krisenanalyse ist in betriebs- und volkswirtschaftlicher Hinsicht zwischen den Entwicklungen in der so genannten realen Ökonomie und im monetären Bereich, also den Geld- und Finanzkreisläufen, zu unterscheiden. Letztere widerspiegeln die Vorgänge in der realen Ökonomie und üben eine unverzichtbare Steuerungsfunktion aus, die zu einem wesentlichen Teil über den Staat erfolgt.

Dabei gibt es zwischen Realökonomie und Finanzbereich nie eine völlige Übereinstimmung. Das ist uns spätestens seit der Einführung des Wechsels oder der Aktie bekannt. Die Abbildung der realen ökonomischen Vorgänge durch die Finanzen und die damit verbundene relative Selbständigkeit des

monetären Bereiches war nie spiegelbildlich, sie wies immer Besonderheiten auf. Das ist auch gegenwärtig so, aber in einer neuen Qualität. Die heute üblichen Finanzierungsmöglichkeiten und -mittel, etwa im Kredit- oder Wertpapiergeschäft, haben mit der Entwicklung und ordnungspolitischen Sanktionierung hochspekulativer Finanzmarktprodukte zu Finanzblasen bisher nicht gekannten Ausmaßes geführt. Sie werden mittlerweile auch in der BRD immer mehr in Anspruch genommen, selbst von Privatanlegern, in viel größerem Umfang aber von den institutionellen Anlegern. Dazu zählt auch der Staat. Die Geschäftspraktiken einiger Landesbanken bestätigen das in erschreckender Weise.

Durch das so entstandene Spekulationskapital wurde die Widerspiegelungs- und Steuerungsfunktion der Finanzen entscheidend gestört. Durch Hegdefonds, Derivate, Optionsscheine oder Zertifikate unterschiedlichster Art nahm dieses fiktive Kapital Dimensionen an, die unbeherrschbar wurden. Einige dieser Finanzprodukte sind ihrem Wesen nach eigentlich nur Wetten auf zu erwartende Entwicklungen in Wirtschaftsbranchen oder auf Rohstoffmärkten. Nicht zu Unrecht ist von einem Casino-Kapitalismus die Rede. Diese Finanzblasen mussten irgendwann platzen. Sie barsten logischerweise dort, wo sie am meisten aufgebläht waren, wie die Entwicklung in den USA, vor allem durch die Kreditierungspraxis von Hypothekenbanken, zeigte.

Ungeahnt hohe Spekulationsgewinne auf der einen führten zu größten Finanzverlusten und erheblichen Finanzierungsstörungen auf der anderen Seite. Die Finanzmärkte, die die Voraussetzung für die Entwicklung der Gütermärkte sind, versagten. Die reale Ökonomie hat in den Kapital- und Finanzmärkten keine reale Entsprechung mehr. Es verwundert demzufolge keineswegs, dass auch diese gegenwärtige Weltwirtschaftskrise zunächst im monetären Bereich sichtbar wurde – und durch die Globalisierung natürlich weltweit. Die Realwirtschaft, die natürlich am Entstehen dieses Spekulationskapitals keineswegs unschuldig war, wurde mit in den Strudel der Finanzkrise gezogen. Es kam zu den üblichen sozialen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt oder die Steuereinnahmen.

Was sind die Folgen? Erstens: Durch das Platzen der Finanzblasen und die vorher abgeschöpften Spekulationsgewinne entsteht im Bankensektor ein enorm hoher neuer Finanzbedarf, um seine systembedingte Funktion im Wirtschaftskreislauf erfüllen zu können. Banken sind in ihrer heutigen Größe und Machtfülle aber häufig systemisch, wie es auf Neudeutsch heißt. Aus dem privaten Bereich ist wegen der hohen Risiken keine zusätzliche Liquidität zu erwarten. Die Gläubigerpflichten der Kreditinstitute bleiben aber bestehen. So *hilft* der Staat, um eine politische Destabilisierung zu vermeiden, wie es die Bundesregierung mit ihren Bankenrettungs- und Konjunkturförderungspro-

grammen getan hat. Es kommt zu klammen Staatskassen und zu einer riesigen Neuverschuldung, die ihresgleichen in der Geschichte sucht.

Zweitens: Diese Umverteilungsprozesse des stark gesunkenen bzw. immer noch stagnierenden oder nur gering wachsenden Bruttoinlandsproduktes führen dazu, dass die schon bisher bestehende ungerechte Verteilung weiter ansteigt und die Binnennachfrage stagniert. Und wenn es zu einer nachfrageorientierten Konjunkturförderung kommt, ist sie oft einseitig auf Klientelpolitik ausgelegt, wie das so genannte Wachstumsbeschleunigungsprogramm der Bundesregierung zeigt. Gegenwärtige Konjunkturförderung bzw. Krisendämpfung führt also vor allem dazu, dass durch die enorme Verschuldung der öffentlichen Haushalte und die wachsenden Finanzierungsanforderungen an die öffentliche Hand die politischen Gestaltungsmöglichkeiten immer geringer werden. Gleichzeitig kommt es zu einer weiteren Anhäufung von Liquidität in bestimmten privatwirtschaftlichen Bereichen, in Großkonzernen, mittlerweile auch schon wieder bei einigen Banken, vor allem aber bei Fondsgesellschaften. Die Suche nach renditeträchtigen und sicheren Anlagemöglichkeiten beginnt von neuem.

Wirtschaftskrise und neue Formen der Rüstungsfinanzierung

Halten wir also fest: Die imperialistischen Hauptmächte, auch die Bundesrepublik, halten nach wie vor an einer militärdominierten Außen- und Sicherheitspolitik fest. Durch die gegenwärtige weltweit wirkende Wirtschafts- und Finanzkrise und ihrer kapitalistischen Bewältigung verstärkt sich diese Tendenz. Militärmacht wird zu einem Mittel des Krisenmanagements. Gleichzeitig werden der haushaltsgestützten Finanzierung einer solchen Politik immer engere Grenzen gesetzt. Es kommt auch in diesem Bereich zu einer chronischen Unterfinanzierung von Aufgaben der öffentlichen Hand, die freilich durch eine Zivilisierung der Sicherheitspolitik vermieden werden könnte und müsste.

Die entstehenden Finanzierungslücken nehmen in dem Maße zu, wie die *Verteidigung der Bundesrepublik auch am Hindukusch* immer komplexer wird. Es geht heute sowohl um den Aufbau und Unterhalt eigener Streitkräfte auf zeitgemäßem technischem Niveau als auch um den Transport des Militärs und der sie unterstützenden Kräfte in die betreffenden Krisenräume; die Gewährleistung des militärischen Einsatzes zur Krisenbewältigung selbst; die Beherrschung der unmittelbaren sozialen Folgen des militärischen Einsatzes wie humanitäre Hilfe gegenüber der Zivilbevölkerung; den Aufbau und die Unterhaltung einer aufwändigen Logistik und Infrastruktur zwischen dem heimatlichen Stationierungs- und dem Einsatzgebiet. Es geht aber auch um die Versorgung von Flüchtlingen auf ihren Fluchtwegen bzw. im Territorium; um

die Rückführung der eigenen Streitkräfte und der sie unterstützenden Einrichtungen aus den Einsatzgebieten oder die Errichtung und den Unterhalt von Verwaltungsstrukturen bzw. die Gewährleistung einer Art Besatzungsmacht im Einsatzgebiet mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen. Den Bundesbürgern erwuchsen allein von 2002 bis 2007 für die Auslandseinsätze Zusatzkosten von 10,5 Milliarden Euro.

Bei der Bewältigung dieser *Finanzierungsnöte* der Bundeswehr zeigt sich nun, dass die öffentliche Hand immer mehr auf ähnliche Instrumentarien zurückgreift wie bei der Erfüllung anderer Staatsaufgaben auch. Je geringer die finanziellen Spielräume über die Budgets werden, umso mehr weicht der Staat auf die Kapitalmärkte aus, in denen sich, auch durch Krisengewinne, viel zusätzliche Liquidität angehäuft hat. Die sich schon seit Jahren abzeichnende Tendenz, dass private Investments nicht nur in der staatlicher Infrastruktur, der Wohnungswirtschaft oder im Gesundheitswesen ihre *Heuschreckenpolitik* betreiben, sondern mehr und mehr auch im Sicherheits- und im Streitkräftebereich, verstärkt sich.[3]

Es treffen also zwei Entwicklungstendenzen des modernen Imperialismus aufeinander: forcierte Militarisierung der Außen- und Sicherheitspolitik mit einem enormen Bedarf an ökonomischen Ressourcen auf der einen und Drang nach profitabler Verwertung von überschüssigem Kapital der weltweit tätigen Fonds- oder Beteiligungsgesellschaften u.a. Institutionen des Finanzkapitals auf der anderen Seite. Diese Tendenzen verstärken sich, wenn der Konjunkturzyklus in Richtung Depression zeigt oder sich in dieser Phase befindet, wie wir gegenwärtig beobachten können.

Das führt dann zu einem Verflechtungsgefüge, dem mit alten Untersuchungs- und Erklärungsmustern nicht immer beizukommen ist. So, wie wir berechtigterweise von neuen Finanzierungspraktiken der öffentlichen Hand mit nicht immer kalkulierbaren politischen und sozialen Folgen sprechen, die sich neben der Haushaltsfinanzierung etablieren, können wir auch neuartige Seiten der Rüstungsfinanzierung und des gesamten Sicherheitsbereiches beobachten. Es sei an dieser Stelle nur auf Folgendes verwiesen:[4]

Ein Weg, der Kapitalknappheit bei der Streitkräftefinanzierung zu begegnen, wird in neuen Beschaffungsmethoden und den sich daraus ergebenden alternativen Finanzierungsmöglichkeiten gesehen, wie sie teilweise schon seit längerem im Ausland erprobt worden sind. Eine dieser Methoden ist das Rüs-

---

[3] Siehe S. Schönherr, Neuer Imperialismus – neue Formen der Rüstungsfinanzierung, in: DSS-Arbeitspapiere, Heft 82, Dresden 2007.

[4] S. Schönherr, Militärökonomie. Rückblicke für die Gegenwart, Ausblicke für die Zukunft, Bd. 2, Eigenverlag, Dresden 2007, S. 106 - 158.

tungs-Leasing. Bewegliche und unbewegliche Kampfmittel sollen gegen Entgelt gemietet, statt gekauft werden. Langfristige Nutzung von Fremdeigentum als Ersatz für Vermögen, das aus öffentlichen Geldern nicht mehr beschafft werden kann, ist angesagt. Für die großen Leasing-Gesellschaften ergeben sich daraus profitable Kapitalanlagemöglichkeiten.

Während Rüstungs-Leasing weltweit und in der Bundeswehr schon in größerem Umfang praktiziert wird, ist die Forderung nach börsengängiger Finanzierung von Streitkräfterüstungen noch ein Diskussionsthema. Die Vordenker auf diesem Gebiet favorisieren zum Beispiel Staatsanleihen für konkrete militärische Unternehmungen, die nach Abschluss zu Renditezahlungen führen, oder Sponsoring bestimmter Branchen (Ölindustrie) gegenüber Streitkräfteeinrichtungen. Aber auch Betreiberfonds, zum Beispiel militärische Investmentfonds für Depots, Kasernen, Flugplätze u.ä., stehen hoch im Kurs oder werden in einigen Ländern schon praktiziert.

Seit Jahren schon sieht die politische und militärische Führung der Bundeswehr, assistiert von Parlamentariern, Funktionären der tonangebenden Parteien und großen Teilen der zuständigen Wissenschaft, ein umfangreiches Einspar- und Effektivitätspotenzial bei der Ressourcenbereitstellung und -verwendung für sicherheitspolitische Zwecke in der Privatisierung nicht unmittelbar militärisch relevanter Einrichtungen der Streitkräfte und anderer Sicherheitsbereiche. Eine neue Qualität erreichten diese Bestrebungen bekanntlich in der Amtszeit des ehemaligen Bundesverteidigungsministers Scharping, etwa ab 1999, der mit der Einrichtung der GEBB (Gesellschaft für Entwicklung, Beschaffung und Betrieb mbH) dafür sorgte, dass viele PPP (Public Private Partnerships) im Bereich der Bundeswehrverwaltung, zum Beispiel im Beschaffungswesen, entstanden und zu einer gewissen Neuorientierung und konzeptionellen Weiterentwicklung dieser klassischen militärökonomischen Aufgabe führten.

Geldmittel in privater Hand – erst recht, wenn sie bei einigen Wenigen konzentriert sind – drängen also auf die Märkte und suchen adäquate Verwertungsbedingungen, die sie auch im Streitkräftebereich finden. Multinationale Konzerne liegen ständig auf der Lauer, um in diese ökonomisch lukrativen und politisch einflussreichen Geschäfte einzusteigen. Der Staat zieht sich damit aus gemeinwirtschaftlicher Verantwortung zurück, und zwar aus Gesellschaftsbereichen und dem Gemeinwohl dienenden Aufgaben, für die es keine echte Alternative gibt. Das hat Folgen im Sozialbereich, die noch keineswegs abzusehen sind.

Für den gegenwärtigen Imperialismus ist also ein immer stärker werdendes Zusammenwachsen der Macht-, Finanz- und Geldeliten typisch. Durch die

Wirtschafts- und Finanzkrise wird das noch verstärkt. In dem Maße, wie nun auch die Außen- und Sicherheitspolitik und eine damit einhergehende Forcierung der ökonomischen Rüstung bei den Supermächten forciert wird, kommt es auch in diesem Bereich immer stärker zu kapitalmarktüblichen Finanzierungsformen. Auch die Eliten des militärischen Machtapparates und der finanzstarken Geldbourgeoisie verbinden sich zunehmend.

Wenn wir über solche Fusions- und Konzentrationsprozesse zwischen Streitkräften und Rüstungswirtschaft im engeren Sinne sprechen, belegen wir das mit dem Begriff Militär-Industrie-Komplex. Wenn wir Kooperations- und Verschmelzungsprozesse zwischen dem militärischen Machtapparat und dem internationalen Finanzkapital im weiteren Sinne beurteilen, müsste man von einem Militär-Finanz-Komplex sprechen. Eine solche begriffliche Unterteilung scheint durch die Entwicklung in den letzten Jahren notwendig und berechtigt zu sein. Beide Komplexe durchdringen sich natürlich und exstieren nur in der Abstraktion als selbständige sozialökonomische Erscheinungen.

Es bilden sich heute also ökonomische, finanzielle, politische und militärische Monopolstrukturen heraus, die ihre außerordentlich starken Machtpositionen unter Ausnutzung der militärischen Machtapparate rücksichtslos in den Dienst zur Schaffung einer ihnen genehmen Weltordnung stellen.

Wenn in diesem Zusammenhang im Konjunktiv gesprochen wird, ist das keine Unterschätzung dieser Gefährdung. Eine solche Lesart resultiert aus dem festen Vertrauen, dass die *Falken* in dieser Szenerie durch eine starke Gegenöffentlichkeit gebremst werden können, nicht zuletzt aus Ursachen heraus, die ebenfalls in der Ökonomie des Imperialismus zu suchen sind. So dominant und systeminhärent das Streben der politischen Eliten in den Supermächten nach totaler und globaler Marktherrschaft – einschließlich des Rüstungsmarktes – auch sein mag, so unterschiedlich sind in ihrem Bewusstsein die Wege dahin ausgeprägt.

In der heutigen Zeit, so scheint es, sind diese militär- bzw. finanzökonomischen Gesichtspunkte bei der Beurteilung von Sicherheits- und Militärpolitik der Großmächte in den Hintergrund gedrängt worden. Und wenn eine regierungskritische Öffentlichkeit davon Notiz nimmt, so betrifft das meist nur einzelne Seiten dieser Prozesse, etwa den Rüstungsexport und seine Finanzierung.

Dadurch berauben wir uns aber einer Informationsmöglichkeit und verzichten auf einen Mobilisierungsfaktor im Ringen um eine gerechte Friedensordnung. Das ist bedauerlich, da heute in der Rüstung und Rüstungsfinanzierung sehr widersprüchliche Tendenzen offen zutage treten und uns gemeinsam vor erhebliche Orientierungsschwierigkeiten stellen. Nicht nur Streitkräfteent-

wicklung und Sicherheitspolitik haben neue, bisher kaum bekannte Gesichter. Auch zu ihrer Finanzierung laufen – neben den herkömmlichen – innovative Prozesse ab, die schwer erkenn- und durchschaubar sind. Sie sollten stärker thematisiert werden, ohne dass das Hauptgeschäft, das Hauptereignis, der Militäreinsatz etwa, aus dem Fokus gerät.

Die subjektive Wahrnehmung dieser neuen qualitativen Rüstung und der modifizierten Finanzierungspraktiken bleibt aber hinter diesen real ablaufenden Prozessen zurück. Es ist, gerade in Zeiten solcher globalen Wirtschaftskrisen, wieder mehr ins öffentliche Bewusstsein zu rücken. Widerstand gegen eine militarisierte Außen- und Sicherheitspolitik hat sich selbstverständlich gegen falsche Sicherheitsstrategien oder -taktiken, gegen unverantwortliche politische oder militärische Aktionen – in welchem Krisengebiet auch immer – zu richten. Aber die Voraussetzungen jeder Sicherheits- und Militärpolitik werden mittels Rüstung und ihrer Finanzierung geschaffen.

Sie sind in der Regel das erste Glied unheilbringender Verkettungen. Wenn schon die politisch gewollte Ursache, nämlich Rüstungsaktivitäten der Verantwortlichen im eigenen Land, in der EU, in der NATO angeprangert wird, können bestimmte Folgen mitunter gar nicht erst eintreten bzw. durch gezielte Aktionen viel planvoller und entschiedener bekämpft werden.

Autor: Prof. Dr. Siegfried Schönherr,

Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK e.V.

Wolfgang Scheler

Über die Wesensmerkmale des Friedens aus dem Blickwinkel der Weltwirtschaftskrise

Im einleitenden Referat hat Dieter Klein sehr eindrucksvoll klar gemacht, dass die außergewöhnliche Weltwirtschaftskrise nur eine der Erscheinungsformen einer komplexen und mehrdimensionalen Krise ist, in die die kapitalistische Gesellschaft von der marktradikalen Entwicklung des Wirtschaftssystems getrieben worden ist. Aus dieser Sicht führte er uns vor Augen, welche friedenspolitischen Implikationen eine solche komplexe und globale Krise hat. Dazu gehören, so habe ich ihn verstanden, nicht nur diejenigen, die ihr objektiv innewohnen, sondern auch jene, die aus den verschiedenen Varianten und Strategien der Krisenbewältigung erwachsen.

Will man diese friedenspolitischen Implikationen bewerten, dann muss man die Krise in der Widersprüchlichkeit ihrer Wirkungen verstehen, ebenso aber auch die widersprüchlichen Auswirkungen verschiedener Versuche, der Krise Herr zu werden. Es sind also, und das wohl in erster Linie, die Gefahren für den Frieden zu erkennen; zugleich aber auch die Möglichkeiten, die sich ergeben können, um sich aus dem durch die Krise erschütterten Alten zu lösen und Neuansätzen zum Besseren Bahn zu brechen.

Deshalb stellt Dieter Klein das Erkenntnisobjekt Weltwirtschaftskrise und ihre Verflechtung mit dem gesamten Krisenkomplex ins Zentrum seiner Analyse. Hieraus ergeben sich Erkenntnisse über den Einfluss des untersuchten Erkenntnisobjektes auf den Frieden. Zum Verstehen des Verhältnisses von Weltwirtschaftskrise und Frieden kann sicher etwas beitragen, wenn man auch den Frieden in seinem Wesen versteht. Erkenntnisse über Wesen und Inhalt des Friedens in der heutigen Welt geben Aufschluss darüber, wie er durch die Weltwirtschaftskrise betroffen sein kann, wodurch er gefährdet ist und wie er sicherer gemacht werden kann. Unter diesem Aspekt möchte ich mich deshalb dem Erkenntnisobjekt Frieden zuwenden.

Bei der Weltfinanz- und Weltwirtschaftskrise ist von vorn herein klar, dass sie aus der gegenwärtig global herrschenden kapitalistischen Wirtschaftordnung hervorgeht und auf sie zurückwirkt und darüber hinaus die Gesamtheit der gesellschaftlichen Verhältnisse und das Mensch-Natur-Verhältnis betrifft. Wie aber ist das beim Frieden? Geht denn auch der Frieden, den wir heute haben, aus den kapitalistischen Verhältnissen hervor? Beantworten wir diese Frage mit Ja, kommen wir mit jenen Ansichten in Konflikt, die eine Friedensfähigkeit des Kapitalismus verneinen. Oder haben wir gar keinen Frieden, der diesen Namen verdient? Eine Meinung, die man in manchen kapitalismuskriti-

schen Strömungen antrifft. Falls wir uns dieser Meinung anschließen, dann stellt sich das Problem, wie wir die Gesellschaftszustände in der heutigen Welt, in denen die Waffen schweigen, nennen wollen, um sie von jenen unterscheiden zu können, in denen Krieg geführt wird.

Nach meinem Verständnis ist in der heutigen Weltgesellschaft, obwohl sie von kapitalistischen Verhältnissen geprägt wird, der Frieden das gegenüber dem Krieg Dominierende. Dieser Frieden ist zwar noch kein ungefährdeter und gerechter Frieden. Aber er ist ein im Vergleich zum Krieg lebenswichtiger und deshalb hoch zu schätzender, und – ich sage das in aller Entschiedenheit – ein verteidigungswerter Frieden.

Wir kommen also auch beim Frieden nicht mit einer allgemeinen Vorstellung aus, sondern brauchen, um ihn zu verstehen, nähere Bestimmungen. Wir brauchen einen Begriff vom Frieden.

Zum Friedensbegriff

Frieden, denke ich, ist nur aus seiner Beziehung zum Krieg zu begreifen. Nur weil es in der menschlichen Gesellschaft auch Krieg gibt, jedoch nicht permanent und überall, ist es notwendig, jenem gesellschaftlichen Zustand, der sich vom Krieg unterscheidet, einen Namen zu geben, eben den Namen Frieden. Gäbe es keinen Krieg, dann wären menschliche Gesellschaft und Frieden identisch und der Begriff Frieden wäre überflüssig. Ich hoffe immer noch, dass das einmal eintreten wird. **Frieden ist also eine von zwei komplementären Existenzformen der Gesellschaft**, und zwar so lange, bis die Gesellschaft die Existenzform Krieg ablegt. Das nehme ich als eine **erste allgemeine Bestimmung des Friedensbegriffs**.

Die **zweite allgemeine Bestimmung** stammt von dem Kriegstheoretiker Clausewitz und ist von Lenin übernommen und vertieft worden. Sie heißt: **Krieg und Frieden sind Formen der Politik**.[1] Das bedeutet, Frieden ist Teil eines übergeordneten Ganzen, der Politik. Beim Übergang der Politik aus der einen Form in die andere ändert sich die Form, nicht aber der Inhalt der Politik. In der Politik wiederum bündeln sich die Interessen von Klassen, Gruppen, Machteliten usw., Interessen also, wie sie aus der Gesamtheit der gesellschaftlichen Verhältnisse hervorgehen und sich entsprechend der Kräfteverhältnisse zwischen den gesellschaftlichen Akteuren durchsetzen.

Daraus können wir zwei wichtige Folgerungen ableiten. **Erstens***:* Frieden ist wie der Krieg eine willentliche Entscheidung gesellschaftlicher Kräfte, ist Er-

---

[1] Siehe C. v. Clausewitz, Vom Kriege, Berlin 1957, S. 728 und W. I. Lenin, Über das „Friedensprogramm“, in: Werke, Bd. 22, S. 166.

gebnis eines im Kampf der Interessen realisierten politischen Willens. Oder wie Kant es sagte: Friede muss gestiftet werden.[2] **Zweitens**: Wenn Frieden eine Form der Politik ist, dann ist er geprägt vom Inhalt dieser Politik, von den Interessen, die sie ausdrückt und folglich von den gesellschaftlichen Verhältnissen, die diese Interessen erzeugen. Das heißt, der Frieden wird von den gesellschaftlichen Verhältnissen bestimmt, er trägt ihren Stempel, und so wie die gesellschaftlichen Verhältnisse sich voneinander unterscheiden, so unterscheiden sich auch die verschiedenen Frieden voneinander. Es gibt Frieden ganz unterschiedlicher Art. Wir müssen daher von Frieden im Plural sprechen.

Aus dem Gesagten ergibt sich eine **dritte** allgemeine Bestimmung: Politik ist Kampf um die stärkste Einflussnahme auf den Gesellschaftsprozess, sie zielt auf Machtausübung, auf Herstellung und Aufrechterhaltung von Herrschaft ab. Politische Herrschaft kann erstrebt beziehungsweise ausgeübt werden in zwei alternativen Formen: in der Form des Krieges oder in Form des Friedens. Deshalb müssen wir wie den Krieg auch den **Frieden als ein Herrschaftsverhältnis** begreifen.

Soweit zu den allgemeinen Bestimmungen des Friedens als Existenzform der Gesellschaft, als Form der Politik und als Herrschaftsverhältnis.

Gegenwärtige Formen des Friedens und ihre besonderen Merkmale

Stellen wir uns nun die Frage, welcher Art in der gegenwärtigen Welt der Frieden ist, den wir in den Blick nehmen müssen, wenn wir beurteilen wollen, ob und wenn ja, wie die derzeitige Weltwirtschaftskrise diesen Frieden beeinflusst, ob sie ihn gefährdet und ob er vielleicht selbst ein Krisenfaktor ist. Zu untersuchen wäre auch, ob die Krise Möglichkeiten eröffnet, den Frieden in eine Richtung zu verändern, wie sie für die Lösung der Großprobleme der Menschheit notwendig ist.

Aus den skizzierten allgemeinen Bestimmungen des Friedens ergibt sich zwingend, dass nicht nur der Krieg, sondern auch der Frieden aus den bestehenden Verhältnissen hervorgeht, auf ihnen beruht und ihnen dient. Und die bestehenden – das sind eben die kapitalistischen Produktionsverhältnisse nebst den ihnen entsprechenden ideologischen Verhältnissen. Infolge der Tatsache aber, dass diese kapitalistische Produktionsweise die schrecklichsten Kriege hervorgebracht hat und immer neue erzeugt, verschwindet in unserer Wahrnehmung eine andere Tatsache. Sie besteht darin, dass gerade die kapita-

---

[2] Siehe I. Kant, Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf, in: Ewiger Friede? Dokumente einer Diskussion um 1800, Leipzig und Weimar 1989, S. 87.

listische Produktionsweise friedliche Bedingungen für ihr normales Funktionieren braucht. Frieden ist eine notwendige Geschäftsbedingung für die Kapitalverwertung.

Rosa Luxemburg unterschied zwei Seiten der kapitalistischen Akkumulation. Über die eine Seite, die der Produktion und des Warenmarktes, sagt sie, dass hier Friede herrsche als Form. Den Krieg verweist sie auf die andere Seite der Akkumulation, die außerhalb der rein ökonomischen Sphäre auf der Weltbühne liege.[3] Wir kennen auch den Satz von Marx, wonach der Krieg „unmittelbar ökonomisch dasselbe ist, als wenn die Nation einen Teil ihres Kapitals ins Wasser würfe".[4] Mittelbar jedoch soll der Krieg ökonomisch Gewinn bringen, indem er in der Konkurrenz zum Friedensdiktat anderer Mächte einen neuen Frieden schafft, Frieden zu den eigenen Bedingungen, vor allem zur besseren Kapitalverwertung.

Den Frieden in der heutigen Welt in seinem Wesen zu erfassen und seinen Inhalt zu bestimmen kann nur gelingen, wenn er in seinen verschiedenen Erscheinungsformen verstanden wird. Nur in dieser Verschiedenheit existiert er wirklich. Die dominanten kapitalistischen Verhältnisse und in untergeordneter Weise die noch vorhandenen vorkapitalistischen Verhältnisse, die aber auch von den entwickelten kapitalistischen Gesellschaftsformen überlagert und verformt werden, erzeugen notwendigerweise verschiedene Konfliktfelder, auf denen die Interessen der Akteure aufeinander treffen. Dementsprechend haben wir es mit ganz unterschiedlichen Inhalten der Politik und verschiedenen Herrschaftsverhältnissen zu tun, die in ebenso verschiedenen Arten von Frieden in Erscheinung treten, wie sie auch in verschiedenen Arten von Krieg erscheinen können.

Es gibt den globalen, den regionalen oder lokalen Frieden, es gibt Frieden zwischen Staaten mit übereinstimmenden Interessen oder zwischen solchen mit gegensätzlichen Interessen, es gibt Frieden als Form der Politik entwickelter oder rückständiger Gesellschaften usw.

Erstens: Der heutige Weltfrieden

Fangen wir mit dem in unserer Zeit wichtigsten Frieden an, mit dem Weltfrieden. Unter der Kategorie Weltfrieden verstehe ich das Gegenteil der Kategorie Weltkrieg. Nur als komplementärer Begriff zum Weltkrieg macht der Begriff Weltfrieden Sinn, denn dann, wenn nicht Weltkrieg ist, gibt es an verschiedenen Orten in der Welt gleichzeitig Frieden und Kriege. Der Weltfrie-

---

[3] Siehe R. Luxemburg, Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus, in: Gesammelte Werke, Bd. 5, Berlin 1975, S. 397.

[4] K. Marx, Grundrisse der Politischen Ökonomie, Berlin 1953, S. 47.

den unserer Tage ist geprägt durch den Kapitalismus in seiner neuen Entwicklungsform. Dieser unterwirft die Welt seinem Gesetz, der Tendenz des Kapitals zur Totalität und globalen Ausdehnung seiner Herrschaft. Die wirkt heute in einer von der Globalisierung bestimmten Weise. Davon werden die Wesensmerkmale des heutigen Weltfriedens geprägt. Er ist wesentlich eine Form der Politik der herrschenden Staaten, jener Staaten, in denen sich die Kapitalmacht konzentriert. Anders gesagt, der gegenwärtige Weltfrieden ist eine Herrschaftsform dieser dominanten Mächte.

Der heutige Weltfrieden muss meiner Meinung nach verstanden werden als Frieden zwischen den dominanten Weltmächten. Er beruht auf einem geopolitischen Konfliktfeld. Auf diesem geht es um Macht und Einfluss in den Interessensphären, um Vormachtstellung und Rangordnung der dominanten Staaten. Vor allem werden hier die Positionen der Weltmächte im Nord-Süd-Konflikt abgesteckt, umkämpft und behauptet. Der Frieden zwischen den Weltmächten wird charakterisiert durch die Rivalität und gegenseitige Abhängigkeit der mächtigsten Staaten. Aus diesem Grund wird er konstituiert durch Konkurrenz und Kooperation.

Wie stark die Konflikte sind, die hier durch einen Frieden im Zaum gehalten werden müssen, zeigt die Tatsache, dass in ihm mächtige Mittel für die militärische Abschreckung der Rivalen sorgen, nämlich die Vernichtungskapazität der atomaren Schlagkräfte. Das gilt so zwar nicht für den Sonderfall der geopolitischen Rivalität und Kooperation zwischen den USA und der EU, um so mehr aber für den Sonderfall der geopolitischen Rivalität USA – Russland. Der Frieden zwischen diesen beiden Rivalen wird noch immer gestützt durch das System der garantierten gegenseitigen Vernichtung.

Das wichtigste Wesensmerkmal des gegenwärtigen Weltfriedens aber ist, dass er bei Strafe des Untergangs nicht gebrochen werden kann. Er ist überlebenswichtig für alle Seiten und für die gesamte Menschheit. Es ist ein Frieden, bei dem die Politik nicht mehr die Freiheit besitzt, von der einen Form zur anderen, zur kriegerischen Form zu wechseln. Im Konflikt zwischen den Weltmächten ist die Politik zum Frieden verdammt.

In Bezug auf diese Form des Friedens könnte ich mir vorstellen, dass die Weltwirtschaftskrise zu einer Machtverschiebung zwischen den Weltmächten beitragen wird. Sie könnte die momentane balance of power, die eine tragende Säule dieses Friedens ist, verändern und möglicherweise auch der bislang einzigartigen Militärmacht der USA Grenzen setzen.

Für den Weltfrieden gilt, dass es sich um bewaffneten Frieden handelt, ausgestattet mit den modernsten Waffen und Systemen zur Führung des bewaffneten Kampfes. Man kann daher sagen: Der Weltfrieden, den wir heute haben,

ist seinem Wesen nach eine Form des Militarismus, sogar des Militarismus in seiner schlimmsten Gestalt, in der des atomaren Militarismus. Dieses Problem haben wir auf dem vorangegangenen Symposium näher erörtert.[5]

Eine auf die Spitze getriebene Kriegsmaschine wird aufgeboten, um Macht zu projizieren. Und das wird mit ungeheurem personellen, geistigen, finanziellen und materiellen Aufwand immer weiter getrieben, ungeachtet der Gefahren, die damit heraufbeschworen werden, und ungeachtet dessen, dass es der internationalen Gemeinschaft die Kraft für die Lösung der dringenden Menschheitsprobleme raubt.

Kann die Weltwirtschaftskrise ein Innehalten erzwingen und einen Anstoß zur Umkehr geben? Oder ist das Wunschdenken?

Zweitens: Der Frieden zwischen den Metropolen der Kapitalherrschaft und der Peripherie

Das geopolitische Feld dieses Friedens ist der Nord-Süd-Konflikt. Ich denke, dass wir diesen Frieden, obwohl er eine globale Dimension hat, dennoch deutlich vom Weltfrieden unterscheiden müssen. Er ist ein Frieden, in dem auch Kriege geführt werden können und tatsächlich geführt werden, ohne dass der Nord-Süd-Konflikt in Totalität aus der Form des Friedens in die Form des Krieges übergeht. Der Krieg bleibt lokal begrenzt, wird nicht zum Weltkrieg. Ein charakteristisches Merkmal dieses Friedens ist, dass die Staaten aus den Kapitalmetropolen in der Fremde Krieg führen, während die Gesellschaft zu Hause weiter im Frieden lebt.

Der Frieden zwischen Metropolen und Peripherie ist vor allem Produkt und Instrument des neuen Imperialismus und seinem Wesen nach ein imperialistischer Frieden. Zum Imperialismusbegriff sei eine Anmerkung und Klarstellung angefügt: Imperialismus verstehe ich im Unterschied zu früher nicht als eine Entwicklungsstufe des Kapitalismus, wie Lenin den Begriff definiert hatte: ich verstehe ihn wie Luxemburg als „eine Art der auswärtigen Politik“[6]. Natürlich hat diese Art der auswärtigen Politik einen ökonomischen Inhalt, und der wird bestimmt von spezifischen Entwicklungsformen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und den aus ihnen entspringenden Interessen.

Im Frieden zwischen Metropolen und Peripherie tritt am deutlichsten in Erscheinung, dass er seinem Wesen nach ein Herrschaftsverhältnis ist. Mit die-

---

[5] Siehe W. Scheler, Der atomar bewaffnete Frieden als eine Form des Militarismus, in: Atomwaffen und Menschheitszukunft, DSS-Arbeitspapiere, Heft 93, Dresden 2009, S. 33 ff.

[6] R. Luxemburg, Imperialismus. Rede am 19. Mai 1914 in einer Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins Charlottenburg, in: Gesammelte Werke, Bd. 3, Berlin 1973, S. 451.

sem Diktatfrieden sichern die Metropolen die Ausbeutungsbedingungen in der ungleichen Weltwirtschaftsordnung, ihren Zugriff auf die Ressourcen, die Handelswege usw.

Das Friedensdiktat wird aufgrund ökonomischer, diplomatischer und militärischer Macht ausgeübt. Es handelt sich wesentlich um einen Gewaltfrieden, aufrechterhalten mit der Fähigkeit, überall an der Peripherie militärisch zu intervenieren. Eine Fähigkeit, die mit einem System von Militärstützpunkten, Beherrschung der Weltmeere und des erdnahen Weltraums, mit Informations- und Führungssystemen sowie Präzisionswaffen aufrechterhalten wird. Es handelt sich auch bei diesem um einen militarisierten Frieden.[7]

Zu befürchten ist, dass vor allem dieser imperialistische Frieden am meisten von der Weltwirtschaftskrise betroffen sein wird, und zwar zum Nachteil jener, die seiner Herrschaft unterworfen sind. Es könnte aber auch sein, dass er an mancher Schwachstelle gebrochen wird, von den Beherrschten oder den Herrschenden.

Drittens: Ein regionaler Frieden als Beispiel für dauerhaften Frieden

Abschließend möchte ich einen aus der Gruppe der verschiedenen regionalen Frieden betrachten, den Frieden der Europäischen Union. Die in der Europäischen Union verbundenen Staaten, die früher zahlreiche Kriege gegeneinander geführt haben, und deren Konflikte in den furchtbarsten Kriegen der bisherigen Geschichte ausgefochten worden sind, haben dauerhaft Frieden geschlossen.

Sie haben die Entscheidung getroffen, ihren gemeinsamen Interessen den Vorrang zu geben und die Konflikte ihrer divergierenden Interessen ausschließlich in friedlichen Formen zu regeln. Das ist nicht bloß ein momentaner politischer Wille, der, wie es früher war, auch wieder in sein Gegenteil umschlagen kann. Nein, dieser Wille ist politisch, wirtschaftlich und rechtlich institutionalisiert und hat kulturell feste Wurzeln geschlagen. Es ist ein Grad gegenseitiger Bindungen und Abhängigkeiten erreicht, der es unnötig machen, den Frieden in der Union mit militärischen Mitteln zu sichern. Er hat in dieser Hinsicht schon aufgehört, ein bewaffneter Frieden zu sein.

Frieden in der Europäischen Union ist meines Erachtens irreversible gesellschaftliche Praxis. Alles das bedeutet, dass er ein Frieden auf eigener Grundlage geworden ist. Das heißt doch, er ist nicht mehr bloß ein negativer Frieden, sondern hat im Prozess der Entwicklung und Festigung der Union die

---

[7] Siehe W. Scheler, Wesenszüge und Erscheinungsformen des heutigen Militarismus, in: Militarismus und Antimilitarismus heute, DSS-Arbeitspapiere, Heft 89, Dresden 2008, S. 13 ff.

Qualität eines positiven Friedens erlangt. Und das, obwohl die Staaten, zwischen denen er besteht, kapitalistisch sind.

Warum also kann die Welt nicht zu einem solchen Frieden gelangen? Unsere Welt braucht keinen hoch gerüsteten, keinen militarisierten Frieden, der, weil er in Waffen geht, jederzeit brechen kann. Was sie braucht, ist ein Frieden, der wie der in der Europäischen Union ohne Androhung militärischer Gewalt und militärische Verteidigung auskommt. Das zu verwirklichen würde jedoch verlangen, dass die Europäische Union die Läuterung im Innenverhältnis ihrer Mitglieder auch auf das Außenverhältnis der Union zur übrigen Welt zur Geltung bringt und von der Militarisierung zur Entmilitarisierung übergeht.

Sie brauchte dazu nur das friedenspolitische Konzept wieder aufgreifen, das am Ende des Kalten Krieges im Schwange war, das Konzept, die bestehende konfrontative Sicherheit durch kooperative oder gemeinsame Sicherheit zu ersetzen. Der russische Vorschlag für einen neuen europäischen Sicherheitsvertrag weist in diese Richtung. Er stieß im Westen nicht auf Gegenliebe. Seit dem 29. November 2009 liegt er als Projekt eines Vertrages über europäische Sicherheit vor und erstreckt sich auf den euroatlantischen Raum. Seine Grundidee ist die gleiche Sicherheit und Unverletzlichkeit der Sicherheit der Teilnehmer, also das Prinzip der gegenseitigen Sicherheit. Offizielle Reaktionen darauf blieben bisher aus, und in den Medien herrscht Schweigen. Meines Wissens ist der Vertragstext nur in einer deutschen Tageszeitung veröffentlicht und kommentiert worden.[8]

Von einem entmilitarisierten Frieden, dessen tragende Säule die Zusammenarbeit und der Verzicht auf Krieg und Gewalt als Mittel der Politik ist, sind wir in der heutigen Weltgesellschaft noch weit entfernt. Aber der Frieden in der Europäischen Union beweist gerade, dass Frieden nicht gebunden ist an das Aufbieten von militärischer Macht, sondern dass es auch anders geht. Es ist der praktische Beweis dafür, dass ein kooperativer und in der Tendenz unbewaffneter Frieden sicher und dauerhaft begründet werden kann, und das sogar auf Grundlage kapitalistischer Produktionsverhältnisse in der bürgerlichen Gesellschaft.

---

[8] Siehe Unteilbare Sicherheit. Dokumentiert. Russlands Vorschlag für ein europäisches Sicherheitskonzept. Übersetzt und kommentiert von Egbert Lemcke, Mitglied der Dresdener Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik e.V., in: junge Welt vom 03.02.2010, S. 10 ff.

Und das widerlegt die so genannten politischen Realisten, für die es unvorstellbar ist, dass die Politik entwaffnet werden kann und aufhört, wie Clausewitz es ausdrückte, die Feder mit dem Degen zu vertauschen.

Autor: Prof. Dr. Wolfgang Scheler,

Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK e.V.

Ernst Woit

Globale Friedensordnung oder Ressourcenkriege

Konsequenzen aus dem Erreichen der globalen Wachstumsgrenzen

In der theoretischen und politischen Auseinandersetzung mit der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise wird – wie Karl Georg Zinn zu Recht kritisiert – weitgehend die Tatsache verkannt, „dass die gegenwärtig noch im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stehende Finanzkrise nur die *Folge* der seit etwa drei Jahrzehnten ablaufenden *realwirtschaftlichen* Fehlentwicklung darstellt".[1] Zinn verweist dabei vor allem auf die für den Kapitalismus charakteristische Tendenz zur Überakkumulation, die sich permanent aus unrealistischen Absatzerwartungen ergibt und zu entsprechenden Überkapazitäten führt. Für den globalen KFZ-Sektor nennt Zinn etwa 20 Millionen Produktionseinheiten pro Jahr, was über 20 Prozent der Produktionskapazität entspricht.[2] Im Jahre 2009 wurden weltweit bei einer Produktionskapazität von 86 Millionen Fahrzeugen tatsächlich 56 Millionen Fahrzeuge produziert, was eine Überkapazität von 30 Millionen Fahrzeugen ausweist.[3]

Elmar Altvater warnt vor den katastrophalen Folgen einer Politik, die diese Überproduktion, zum Beispiel durch Steigerung entsprechender Staatsausgaben zur Förderung des privaten Konsums (Abwrackprämie), noch zu steigern versucht: „Denn wir befinden uns mittlerweile an den Grenzen des der Menschheit verfügbaren Umweltraums des Planeten Erde und daher auch an den Grenzen des Wachstums, die die Neoliberalen nicht sehen können und folglich schnöde ignorieren, und die Keynesianer mit Investitionsanreizen zu überwinden trachten …"[4]

Es handelt sich um jene *Grenzen des Wachstums der Menschheit*, auf die Dennis Meadows und seine Forschungsgruppe 1972 mit damals sensationeller weltweiter Wirkung hingewiesen hatten. 1992 forderte Dennis Meadows angesichts einer inzwischen weitgehenden Ignorierung dieser Erkenntnisse eine „Revolution in den Köpfen", die er so begründete: „Wir behaupteten 1972,

---

[1] K. G. Zinn, Krisenerklärung: Drei verlorene Jahrzehnte, in: E. Altvater u.a., Krisen, Analysen, Hamburg 2009, S. 120.

[2] Siehe ebenda, S. 129.

[3] Siehe Der Spiegel, Nr.46/2009, S. 21.

[4] E. Altvater, Über vielfältige Ursachen der kapitalistischen Krisen und einfältige Politik, in: E. Altvater u.a., Krisen, Analysen, Hamburg 2009, S. 22.

dass das Wachstum in den nächsten sechzig Jahren gestoppt sein wird, entweder weil die Menschen die Probleme dieses Wachstums verstehen und es deshalb beenden oder weil sie diese Schwierigkeit ignorieren und alles zusammenbricht … Das Leben geht weiter. Es wird nicht wie bei einer Atombombe die ganze Menschheit auf einen Schlag vernichtet sein. Die Frage ist nur, wie vielen Menschen wird es gut gehen, wie viele werden verhungern? An erster Stelle müsste eine konsequente Bevölkerungspolitik stehen. Sehr viel mehr Menschen als heute erträgt die Erde nicht."[5]

Tatsächlich ist die Weltbevölkerung inzwischen geradezu explosionsartig angewachsen, von 3 Milliarden Menschen 1960 auf 5 Milliarden 1987. Gegenwärtig gibt es 6,5 Milliarden Menschen. Für 2050 erwartet die UNO eine Weltbevölkerung von 10,6 Milliarden, wobei derzeit 95 Prozent des Wachstums in den armen Ländern stattfindet. Damit verbunden ist eine historisch völlig neuartige Ressourcen- und Klimaproblematik. Nach Aurelio Peccei verbrauchten bereits die zu Beginn der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts auf dem Planeten Erde lebenden ca. 4,5 Milliarden Menschen „in ihrem Leben mehr natürliche Ressourcen als alle ihre Vorfahren zusammen verbraucht hatten".[6]

Nach Johann-Günther König nimmt der globale Ressourcenverbrauch generell „so gewaltige Dimensionen an, dass weltweit gewaltige Verteilungskämpfe drohen". Denn dieser Ressourcenverbrauch erfolgt bekanntlich durch die einzelnen Völker in extrem unterschiedlichen Dimensionen. „Ein Europäer verbraucht gegenwärtig im Durchschnitt rund 75 Tonnen Natur pro Jahr, ein Ostasiate dagegen kaum mehr als zwei. … Bisher verbraucht ein Fünftel der Menschheit vier Fünftel der Ressourcen. Aber diese Zeit wird bald enden und sich allenfalls mit militärischen ‚Auslandseinsätzen' ein wenig verlängern lassen."[7]

Tatsächlich aber sind die USA und ihre Verbündeten als *kollektiver Imperialismus* – wie Samir Amin völlig zu Recht einschätzt – bereits 1990, unmittelbar nach ihrem Sieg über die von der Sowjetunion geführte sozialistische Staatengemeinschaft im Kalten Krieg – dazu übergegangen, durch neokolonialistische Aggressionskriege „den Zugang zu den natürlichen Reichtümern des Planeten derart zu beschränken, dass allein sie diese nutzen können".[8] Wie Samir Amin schon früher betonte, stützen sich die von den USA geführten

---

[5] Die Zeit, Nr. 24, vom 05.06.1992, S. 29.

[6] A. Peccei, Die Zukunft liegt in unserer Hand. Wien, München, Zürich, New York 1981, S. 59.

[7] J.-G. König, Wer benötigt ein eigenes Auto?, in: Ossietzky, Nr. 14-15/2009, S. 535.

[8] S. Amin, Überwindet den Krisenkapitalismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 01/2010, S. 92.

Staaten in ihrer neokolonialistischen Globalstrategie auf jene fünf Monopole, „die die polarisierende Globalisierung des heutigen Imperialismus prägen: 1. das Monopol der neuen Technologien; 2. das der Kontrolle über die globalen Finanzströme; 3. die Kontrolle des Zugangs zu den Bodenschätzen des Planeten; 4. die Kontrolle der Kommunikationsmittel und Medien; 5. das Monopol der Massenvernichtungsmittel“.[9]

Neokolonialistische Ressourcenkriege des kollektiven Imperialismus

Ihrer entscheidenden strategischen Zielsetzung nach waren und sind die von den USA und der NATO seit der Implosion des Staatssozialismus geführten Kriege – trotz aller Versuche, sie als *Anti-Terror-Kriege* oder *humanitäre Interventionen* zu rechtfertigen – neokolonialistische Ressourcenkriege. Sie waren und sind letztlich durch die Konsequenzen bestimmt, die die Politiker und Ideologen des kollektiven Imperialismus aus dem Erreichen der globalen Wachstumsgrenzen gezogen haben. Diese imperialistische Strategie ist von dem Anspruch bestimmt, dass 20 Prozent der Weltbevölkerung auch weiterhin 80 Prozent der Weltressourcen verbrauchen und 80 Prozent sich mit den restlichen 20 Prozent zu begnügen haben.

Nach Dieter Klein sind die konfliktären und kriegerischen Wirkungen dieser Politik des heutigen Imperialismus „ein besonders zugespitzter Ausdruck der systemischen Widersprüche und Schranken des neoliberalen Kapitalismus insgesamt, der die Großprobleme der Menschheit – die Bewahrung ihrer Naturgrundlagen, die Herstellung von Freiheit in Frieden, die Überwindung von Hunger und Elend, die Erneuerung der Arbeitswelt – nicht zu lösen vermag“.[10]

Der CDU-Politiker Kurt Biedenkopf hat diese Strategie mit bemerkenswerter Offenheit in seinem politischen Tagebuch am 31. Mai 1990 so begründet: „Zunehmend habe ich den Eindruck, dass unsere Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung im Zenit ihrer Entwicklung angelangt ist. Im Grunde hat sie damit keine Zukunftsperspektive mehr. Die Art, wie wir leben, ist nicht verallgemeinerungsfähig. Wir können unsere materiellen Ansprüche an die Erde und ihre Ressourcen nicht auf die große Mehrheit der Menschheit übertragen. China und Indien mit der gleichen PKW-Dichte und dem gleichen Verbrauch von Energie wie in einer hochentwickelten Zivilisation wären undenkbar. Das heißt aber, dass die Fortführung unserer eigenen Lebensweise nur möglich ist, wenn sie auch in Zukunft einer privilegierten Minderheit, den hochentwickel-

---

[9] S. Amin, Kapitalismus, Imperialismus, Globalisierung, in: Marxistische Blätter, Heft 04/1998, S. 48.

[10] D. Klein, Krisenkapitalismus. Wohin es geht, wenn es so weitergeht?, Berlin 2008, S. 159.

ten Industrienationen, vorbehalten bleibt."[11] Nicht weniger offen als Biedenkopf über das grundlegende ökonomische Ziel der Geopolitik des kollektiven Imperialismus hat sich Wolfgang Schäuble über die Mittel zur Erreichung dieses Zieles 2002 in einem Interview mit den Worten geäußert: „Die Möglichkeiten, mit militärischen Mitteln politische Ziele zu erreichen, bergen sehr viel begrenztere Risiken als vor zehn Jahren."[12]

Dementsprechend war bzw. ist die NATO bisher an der Führung von drei Kriegen beteiligt, bei denen es sich ausnahmslos um von den USA geplante und geführte, geltendes Völkerrecht verletzende Angriffskriege handelt, die nicht das Geringste mit Landesverteidigung zu tun haben, sondern Zug um Zug eine neue Weltordnung unter Führung der USA durchsetzen sollen: 1999 gegen Jugoslawien, seit 2001 gegen Afghanistan und seit 2003 gegen den Irak.

Als beispielhaft für die strategische Vorgehensweise zur Durchsetzung der Weltherrschaft der USA kann die Tatsache gelten, dass der USA-Kongress am 19. März 1999 – fünf Tage vor Beginn der Bombardierung Jugoslawiens – das so genannte Seidenstraßenstrategiegesetz (*Silk Road Strategy Act*) beschloss, das die umfassenden wirtschaftlichen und strategischen Interessen der USA in einer riesigen Region definierte, die sich vom Mittelmeer bis nach Zentralasien erstreckt. Auf die Schwächung und schließliche Destabilisierung Russlands, des Iran und Chinas zielend, sollte diese Strategie die gesamte Region, die bis vor kurzem noch zur wirtschaftlichen und geopolitischen Sphäre Moskaus gehört hatte, „in einen Flickenteppich amerikanischer Protektorate verwandeln".[13]

Mit der Zerschlagung der Bundesrepublik Jugoslawien begannen die USA und die NATO faktisch die Seidenstraßenstrategie konkret umzusetzen. Heute sind Bosnien und der Kosovo Protektorate der NATO, werden faktisch als Kolonien verwaltet. Und im Kosovo haben die USA inzwischen mit Bondsteel ihre größte europäische Luftwaffenbasis errichtet. „Es gibt dort zwar keine Ölquellen, dafür aber liegt Bondsteel direkt an der Öl-Trasse, die vom Kaspischen Meer zur Adria führen wird."[14]

Im Rahmen ihrer auf weltweite Ressourcenbeherrschung zielende Strategie stellt der Krieg gegen den Irak in mehr als einer Hinsicht einen Präzedenzfall dar. Die USA haben diesen Krieg außerordentlich langfristig geplant und intensiv vorbereitet, indem sie den Irak zehn Jahre lang durch Wirtschaftssank-

---

[11] K. H. Biedenkopf, 1989 - 1990. Ein deutsches Tagebuch, Berlin 2000, S. 224.

[12] Die Zeit, Nr. 10, vom 28.02.2002, S. 5.

[13] M. Chossudovsky, GLOBAL BRUTAL, Frankfurt a.M. 2002, S. 393.

[14] M. Achenbach, Der rote Faden. Bosnien-Kosovo-Irak, in: Freitag, Nr.15, vom 04.04.2003, S 4.

tionen mit Hilfe der UNO und systematische Bombardements seiner Infrastruktur faktisch entwaffneten, bevor ihre Truppen am 20. März 2003 einmarschierten.

Bereits am 28. September 1998 hatte der USA-Kongress den *Iraq Liberation Act* beschlossen. Die von Spitzenpolitikern der USA bis vor den UN-Sicherheitsrat vertretenen Lügen über irakische Massenvernichtungswaffen sollten die Weltöffentlichkeit für diesen Krieg gewinnen. Inzwischen sind diese Lügen längst weltweit als solche erkannt, was es den USA immer schwerer macht, ihr Kriegsbündnis zusammenzuhalten. Tatsächlich handelt es sich beim Krieg gegen den Irak vor allem um einen neokolonialen Ressourcenkrieg. Im Januar 2003 erklärte James Woolsey (1993/94 Chef der CIA) in einem Interview: „Wir müssen dem Nahen Osten die Ölwaffe wegnehmen. … Man braucht eine langfristige Strategie. … Wir fangen jetzt mit dem Irak an, weil Saddam am tückischsten und gefährlichsten ist."[15]

Sehr präzise und offen charakterisierte in Deutschland eine konservative Zeitung die neokolonialistische strategische Zielsetzung des Überfalls der USA auf den Irak unmittelbar am Tage des Aggressionsbeginns: „Der Irak soll als Feind verschwinden, indem die Amerikaner ihn mit imperialen Mitteln neu gründen. Die Verwerfungen der postkolonialen Zeit werden durch einen neuen demokratischen Kolonialismus zugeschüttet."[16] Der konservative deutsche Ideologe Richard Herzinger sah im Irakkrieg sogar den Beginn einer ganzen „neokolonialistischen Epoche", die erst enden könne, wenn die Prinzipien dieses „demokratischen Neokolonialismus" weltweit durchgesetzt sind. „Nur dann kann von einer globalen Ordnung im eigentlichen Sinne die Rede sein. Ohne sie ist eine Zukunft der offenen Gesellschaften des Westens nicht vorstellbar."[17]

In ihren neokolonialistischen Aggressionskriegen ignorieren die Politiker des kollektiven Imperialismus auch ganz offen die wachsende Ablehnung dieser Kriege durch die Bevölkerung ihrer Staaten. Besonders zynisch vertrat SPD-Fraktionschef Peter Struck diese zutiefst undemokratische Position im März 2008 mit den Worten: „Es ist völlig klar, dass die SPD, aber auch die Union, die FDP und weite Teile der Grünen mit der klaren Unterstützung des Afghanistan-Einsatzes gegen den Mehrheitswillen der Bevölkerung stehen. Dennoch bleibe ich dabei: Die Interessen Deutschlands werden auch am

---

[15]Der Spiegel, Nr. 04/2003, S. 109.

[16]Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20.03.2003, S. 37.

[17]R. Herzinger, Wo Demokraten schießen, in: Die Zeit, Nr. 25, vom 12.06.2003, S. 8.

Hindukusch verteidigt."[18] Dass es auch beim Afghanistankrieg um Ressourcen geht und nicht etwa darum, Osama bin Laden zu fangen, womit die USA den Krieg zunächst zu begründen versuchten, war schon dem Vorgänger Strucks als Bundesverteidigungsminister, Rudolf Scharping, so selbstverständlich, dass er am 21. Januar 2002 auf dem Programmforum der SPD *Sicherheit für Deutschland* erklärte: „In 25 Jahren ist das Gas in der Nordsee alle, aber in der Region um Afghanistan und im Kaukasus ist alles vorhanden. Und ob dort regionale Sicherheit entsteht, ist im Interesse aller, die in Zukunft aus der Region Energie beziehen wollen."[19]

Für eine Alternative zu den neokolonialistischen Ressourcenkriegen

Inzwischen wird immer deutlicher, dass die neokolonialistische Kriegführung des von den USA geführten kollektiven Imperialismus nicht nur verbrecherisch gegenüber der absoluten Mehrheit der Menschheit, sondern angesichts des sich verändernden internationalen Kräfteverhältnisses auch perspektivlos ist. Nach Joachim Hirsch könnte gerade auch die derzeitige Krise des neoliberalen Kapitalismus „den Schlusspunkt unter ein ‚amerikanisches' Jahrhundert setzen, das mit Roosevelts New Deal in den dreißiger Jahren des letzten Jahrhunderts begann. Die ganze Welt ordnet sich neu".[20]

Vor allem aber ist inzwischen klar geworden, dass USA und NATO weder den Krieg gegen den Irak noch den gegen Afghanistan gewinnen können. Und das trotz ihrer historisch beispiellosen militärischen Stärke und Rüstungsausgaben. Nach wie vor aktuell ist die Einschätzung, die Robert Cooper, Bürochef Javier Solanas, bereits 2004 über die Chancenlosigkeit eines durch militärische Intervention angestrebten Neokolonialismus traf, als er betonte: „Ein Jahrhundert nationaler Befreiungsbewegungen und nationaler Selbstbestimmung kann nicht einfach rückgängig gemacht werden."[21]

Zbigniew Brzezinski war und ist ein ziemlich nüchterner und illusionsloser imperialistischer Stratege. Bereits in seinem 1997 erschienenen Buch *Die einzige Weltmacht* hatte er geschrieben: „Amerika als führende Weltmacht hat nur eine kurze historische Chance" und dann von den US-Politikern gefordert, „die beherrschende Stellung Amerikas für noch mindestens eine Generation

---

[18] Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 16.03.2008.

[19] Junge Welt vom 23.01.2002.

[20] J. Hirsch, Die Krise des neoliberalen Kapitalismus - welche Alternativen?, in: E. Altvater u.a., a.a.O., S. 78.

[21] R. Cooper, Wenn Staaten zerfallen, droht Terror, in: Die Zeit, Nr. 05, vom 22.01.2004, S. 17.

und vorzugsweise länger zu bewahren.“[22] Im März 2005, zwei Jahre nach der Besetzung des Irak, zieht er in einem der Wochenzeitung Freitag gewährten Interview eine schonungslose Bilanz des Krieges gegen den Irak, die bereits andeutet, dass die Epoche globaler Vorherrschaft der USA zu Ende geht: „Wer behauptet, dass unsere Erfahrung im Irak ganz und gar ein Erfolg war, ist offensichtlich dem Wahn nahe. Wenn die Iraker klug sind und unseren Abzug verlangen, und wir unsererseits so intelligent sind, dass wir das dann tun, bleibt dennoch die Tatsache, dass die ‚Operation Irak‘ die weltweite Glaubwürdigkeit Amerikas erheblich unterminiert hat. Sie hat uns die Grenze der Fähigkeit gezeigt, mit politischen Konflikten militärisch umzugehen.“[23]

Für noch bedeutsamer halte ich, welche Schlussfolgerungen Brzezinski aus dieser Entwicklung für eine grundlegende Veränderung der Politik der USA gegenüber den Entwicklungsländern zog, damit dort, wie er das formulierte, „die Wut der Verzweiflung nicht weiter wächst. … Wichtig wäre zunächst eine größere Bereitschaft, sich von unberechtigten Privilegien zu verabschieden und sowohl in den ökonomischen Beziehungen als auch im Verhalten gegenüber den Arbeitern der Dritten Welt menschlicher aufzutreten. Die Globalisierung darf nicht länger missbraucht werden, immer wieder ökonomische Vorteile aus den Menschen herauszupressen. Im Gegenteil: Globalisierung muss Teil einer weltweiten Sozialpolitik werden, die sich mit den Herausforderungen beschäftigt, denen ein wachsender Teil der Weltbevölkerung offensichtlich ausgesetzt ist“.[24]

Verbal hat US-Präsident Obama inzwischen – besonders in seiner Kairoer Rede vom 4. Juni 2009 – Positionen vertreten, die ein strategisches Umdenken zu signalisieren scheinen. So, wenn er dort eingestand: „Es ist einfacher, Kriege zu beginnen, als sie zu beenden. Es ist einfacher, die Schuld auf den anderen zu schieben, als sich selbst zu betrachten. Es ist einfacher zu sehen, was uns von jemand anderen unterscheidet, als die Dinge zu finden, die wir gemeinsam haben.“ Und weiter: „Es gibt auch eine Regel, die jeder Religion zugrunde liegt – dass man andere behandelt, wie man selbst behandelt werden möchte.“[25] *Real* hat US-Präsident Obama trotz dieser Bekenntnisse bisher die von seinen Vorgängern begründete imperialistische Strategie einer Kriegführung zur neokolonialistischen Beherrschung der Weltressourcen nur fortgesetzt.

---

[22]Z. Brzezinski, Die einzige Weltmacht, Weinheim, Berlin 1997, S. 303 u. 306.

[23]Freitag, Nr. 09, vom 04.03.2005, S. 7.

[24]Ebenda.

[25]B. Obama, Der Kreislauf der Verdächtigungen und Zwietracht muss enden, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 07/2009, S. 123.

Ernst zu nehmen wären Friedens- und Gerechtigkeitserklärungen eines US-Präsidenten erst, wenn die USA nicht mehr, wie 2008, mit 711 Milliarden Dollar 48 Prozent der weltweiten Rüstungsausgaben realisieren würden und dazu übergingen, ihre in 31 Ländern unterhaltenen über 700 Militärbasen aufzulösen. Zusammen mit ihren europäischen NATO-Verbündeten bestreiten die USA sogar 68 Prozent der weltweiten Rüstungsausgaben. Dem gegenüber beträgt zum Beispiel der Anteil Russlands 5 Prozent und der Chinas 8 Prozent.[26]

Tatsächlich hat inzwischen das Erreichen der globalen Wachstumsgrenzen der Menschheit die Verwirklichung einer auf nachhaltige Entwicklung und gerechte Verteilung der Ressourcen dieser Erde orientierten globalen Friedensordnung zur letztlich entscheidenden Voraussetzung für ihre Zukunft gemacht. Diese Konsequenz ergibt sich auch immer zwingender aus dem nicht mehr zu bestreitenden und von der bisherigen Menschheitsentwicklung verursachten Klimawandel des Planeten Erde.

Wenn dem nicht sehr schnell durch entschlossenes globales Handeln, vor allem der reichsten Staaten, entgegengewirkt wird, droht vielen Völkern, besonders der armen Länder, eine historisch beispiellose Beeinträchtigung ihrer Lebensvoraussetzungen durch Flutwellen, Dürren und dem Anstieg der Meeresspiegel. Harald Welzer bezeichnet die aus diesem Konfliktpotenzial resultierenden Kriege als Klimakriege und hat unter diesem Titel ein Buch veröffentlicht, mit dem er die Frage zu beantworten sucht: „Wofür im 21. Jahrhundert getötet wird?“[27] Aus den sozialen Folgen des Klimawandels ergeben sich nach Welzer zahlreiche Konfliktszenarien, von denen er vor allem auf folgende verweist: Lokale und regionale Gewaltkonflikte, um die Nutzung von Boden und den Zugang zu Trinkwasser; wachsende transnationale Migration; grenzüberschreitende Ressourcenkonflikte durch das Schrumpfen von Seen, Versiegen von Flüssen, Verschwinden der Wälder und Naturreservate; Konflikte im internationalen Handel mit Ressourcen und Energiequellen wie Diamanten, Holz, Öl oder Gas. „Da Gewaltkonflikte … die Tendenz haben, eigene Dynamiken zu entfalten und zu eskalieren, werden wiederum Folgeprobleme hervorgerufen, die ihrerseits nur durch den Einsatz von vermehrter Gewalt zu bewältigen zu sein scheinen. Der Umfang der daraus resultierenden Flüchtlingsströme lässt sich gegenwärtig nicht genau voraussagen – die Prognosen schwanken zwischen 50 und 200 Millionen, gegenwärtig sind es nach Schätzungen des Roten Kreuzes schon etwa 25 Millionen.“[28] Immer

---

[26]Nach Die Zeit, Nr. 15, vom 02.04.2009, S. 26.

[27]H. Welzer, Klimakriege. Wofür im 21. Jahrhundert getötet wird, Frankfurt a.M. 2008.

[28]Ebenda, S. 115 f.

mehr bestätigt sich damit die Richtigkeit der Warnung Dennis L. Meadows aus dem Jahre 2003, dass die Menschheit schon 30 Jahre verloren hat und dass wir dabei sind, „die Erde unbewohnbar (zu) machen." Denn: „Solange die Kluft zwischen Arm und Reich so immens wie heute ist, wird es keine nachhaltige Entwicklung geben."[29]

Damit aber hat die Menschheit nur eine Zukunft, wenn sie es endlich lernt, die vom kollektiven kapitalistischen Imperialismus unter Führung der USA versuchte kriegerische Sicherung ihres bisherigen Monopols an der Nutzung der Ressourcen unseres Planeten durch eine auf tatsächlich gerechter Ressourcennutzung für alle Menschen beruhende globale Friedensordnung zu ersetzen.

Autor: Prof. Dr. Dr. Ernst Woit,

Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK e.V.

[29]D. L. Meadows, Wir haben 30 Jahre verloren, in: Die Zeit, Nr. 2, vom 31.12.2003, S. 20.

Endre Kiss

Die Philosophie der Krise

Ein Beitrag zu einer Theorie der Globalisierung[1]

Es mochte scheinen, der Ausgang des sowjetischen Imperiums sowie Gorbatschows Verzicht auf die imperialen, aber auch auf die weltanschaulichen Aspirationen der Sowjetunion wird eine letzte Tatsache der von unserer Perspektive aus einsehbaren Weltgeschichte sein. Diese Wende erschien als *ultima ratio*, welche zwar in den aufeinanderfolgenden Interpretationen stets anders erscheinen mag, deren für sich sprechende letzte welthistorische Geltung jedoch kaum zu weiteren Prozessen führen kann, die als effektiver und entscheidender als sie erscheinen mögen.

Für das Ende des ersten Dezenniums des neuen Jahrtausends hat zwar diese letzte Tatsache der Geschichte ihre welthistorische Geltung zweifellos nicht verloren, es scheint jedoch, dass dieses makroskopische Ereignis nicht die letzte Tatsache von universalgeschichtlicher Bedeutung ist. Sie selbst wiederum erscheint von mehreren Perspektiven aus als Bestandteil eines noch umfassenderen Prozesses. Auf den September des Jahres 2001 warf sich der Schatten des Septembers 2008.

Die rasende Aufhebung der zweigeteilten Welt, das blitzschnelle Verschwinden ideologischer Vokabularien projiziert heute vor unseren Augen die ersten Entwicklungen einer neuen Welt, die Vision der selbstdestruktiven Gesellschaft. Während die Gorbatschowsche Variante des *Endes der Geschichte* vor allem für das System des realen Sozialismus den Augenblick der Wahrheit mitbrachte, konfrontierte der ironische Gestus der Geschichte auch die westliche Welt mit neuen Wahrheiten. Der Ausfall der großen Gegnerin hätte es stellenweise beinahe bewirkt, dass das Bild der westlichen Gesellschaft aus jenem Rahmen der so lange bestimmenden Bipolarität herausfällt, der ja die ewige und beruhigende Überlegenheit so stabil ausstrahlte.

Die unmittelbar nahe Vergangenheit der selbstdestruktiven Gesellschaft wurde von der generellen guten Absicht und von einem umfassenden Vertrauen in die Zukunft bestimmt, ferner auch von Elementen eines konsensuellen Humanismus, der zum Teil aus der kommunikativen Essenz der ausgehenden Wohlstandsgesellschaft, zum anderen Teil von dem allgemein gewordenen

[1] Dieser Vortrag gründet sich auf die Ergebnisse einer langjährigen Forschungsarbeit. Siehe dazu die Referenzen mit Hinweisen auf die Fachliteratur: www.pointernet.pds.hu/kissendre.

Optimismus in Hinsicht auf die alles lösende Potenz des menschenrechtlichen Neoliberalismus zusammengesetzt war. Unter philosophischen, geschweige denn unter ethisch-moralischen Aspekten, ließe sich dieser Tatbestand verschiedentlich ausdeuten. Die historische Distanz zu diesen philosophischen oder ethischen Fragestellungen ist heute so gut wie überhaupt nicht vorhanden. Zu den Problemen der historischen Distanz gehört es, dass wir selbst den Begriff und den Terminus der selbstdestruktiven Gesellschaft als wertungsneutral gebrauchen wollen, indem das Attribut einer konkreten Art der Autodestruktion in der Struktur der globalen Gesellschaft(en) immanent enthalten ist.

Die eigentliche – und wert- und wertungsfreie – Bestimmung der selbstdestruktiven Gesellschaft besteht in einem kritischen Ausmaß der Verschuldung des Staates. Dieses Ausmaß macht es für die Wirtschaft unmöglich, die Schulden des Staates selbst bei der optimalen *normalen* konjunkturellen Situation begleichen zu können. *Achill holt die Schildkröte nicht ein*. Dieses Grundkriterium konstituiert die im wahren Sinne des Begriffes genommene selbstdestruktive Gesellschaft, deren Vorgängerin in der historischen Folge jener Wohlstandsstaat war, der sich auf einem hohen Niveau der zivilisatorischen Entwicklung anschickte, mit den finanziellen Mitteln und Instrumenten des Staates komplexe zivilisatorische und soziale Aufgaben zu übernehmen bzw. zu lösen. In diesem Zustand bedeutet der Begriff der Selbstdestruktion, dass der Staat wegen seiner notwendig eintretenden Verschuldung seine eigenen Projekte nicht mehr halten kann.

Wenn in einer Kohlengrube wegen nicht rentabler Produktion die Arbeit eingestellt wird, folgt daraus noch keine soziale Autodestruktion. Wenn jedoch der Staat auf dem bereits erreichten Niveau der sozialen Leistungen und der Beteiligung an der sozialen Reproduktion aus dem Schul- oder Gesundheitswesen heraustritt, so werden die selbstdestruktiven Konsequenzen strukturell sichtbar. Solches Heraustreten aus der sozialen Reproduktion als *Reform* zu charakterisieren, die wegen der mangelnden Effektivität auf dem betreffenden Gebiet notwendig wurde, ist zynisch, auch wenn es jeden Tag so geschieht. Das ebenfalls durchwegs akzentuierte Versprechen, „Wo der Staat sich zurückzieht, da wird das private Kapital hineingehen", gilt im besten Fall als naiv.

Aus diesen Gründen gilt nicht immer die wirtschaftliche Lage und die ihren aktuellen Stand vorweisende Statistik als die bestimmende Information über die selbstdestruktive Gesellschaft. Dieses Problem ist aber auch mit der Fragestellung einer gewöhnlichen wirtschaftlichen Rezession nicht identisch. Die Rezession kann von einem Aufschwung abgelöst werden, die Autodestruktion einer kritisch verschuldeten Gesellschaft kann von keinem Aufschwung

direkt aus ihrer Bahn geworfen werden. Es ist kaum eine *gute* Wirtschaft vorstellbar, die eine reale Chance hätte, das Problem der kritischen Staatsverschuldung unmittelbar zu lösen.

Man darf für keinen Augenblick vergessen, was dieses Ausmaß der Staatsverschuldung auch spezifisch mit der Globalisierung zu tun hat. Die beiden Phänomene sind nicht identisch. Es gibt Staatsverschuldung ohne Globalisierung, es dürfte auch Globalisierung ohne Staatsverschuldung geben. Die Globalisierung brachte es aber mit sich, dass das Aktionsfeld der Wirtschaft, vor allem das der multinationalen Konzerne, enorm gestiegen ist und die spezifisch monetaristische Konkretisierung der globalen Tiefenstrukturen eine Wirtschaft auf die Beine stellte, in welcher das Geld als die allerwichtigste Ware fungieren konnte. Dies zog der Handhabbarkeit der wachsenden Staatsverschuldungen den Teppich unter den Füßen weg.

Unter solchen Umständen werten sich Werte um. Weder Staat noch Gesellschaft werden fähig sein, selbst im Modelfall – und noch weniger in der Realität der internationalen Beziehungen, der internationalen Konkurrenz, der universalen Kommunikation und des ungleichen Wettbewerbs – die Reproduktion auf dem Niveau der Zeit durchzuführen und zu managen. Die einzelnen Mitglieder der Gesellschaft werden immer weniger die Möglichkeit haben, ihr eigenes Schicksal oder die Situation der Gesellschaft aus eigener Kraft zum Besseren zu wenden. Die wertproduzierende Arbeit bestimmt das soziale Sein nicht mehr prinzipiell. Die bereits akkumulierten zivilisatorischen und humanistischen Werte werden in einer solchen Situation nicht nur nicht vermehrt, gewöhnlich wird schon die Sicherung ihres Überlebens zum provozierenden Problem.

Das Selbstbild und die Identität des Staates, des Staatsbürgers und des Intellektuellen werden unter diesem Aspekt relativiert. Weder der Staat noch der Staatsbürger oder das Individuum haben also mehr die Möglichkeit, den Bestand der bisher akkumulierten Gattungswerte zu vermehren. Sie konsumieren diese Werte. Aber diese Periode des Wertekonsums dauert nicht lange. Nach einer Zeit müssen sie anfangen, den Bestand der akkumulierten Gattungswerte zu destruieren, zurückzuführen, zu entwerten oder zumindest ihren Geltungsbereich öffentlich und definitiv zu verkleinern. Alle Akteure, der moderne Staat und die moderne Gesellschaft einbegriffen, sehen sich mit einer neuen Situation konfrontiert.

Das Bestimmende dieser neuen Dimension entsteht nicht aus prinzipiellen Gründen, das heißt nicht aus dem Nichtentsprechen der Realität mit irgendwelchen prinzipiellen Erwartungen oder stillschweigenden Vorschriften. Das Bestimmende und daher auch das Dramatische dieser neuen Situation ist Fol-

ge einer historischen Situation. Denn der vollständige Tatbestand erschöpft sich nicht im Faktum der Staatsverschuldung, auch nicht in den weiter notwendigen internationalen, europäischen, globalen und anderswie gearteten Verzweigungen dieser Erscheinung. Die bestimmende Tatsache ist, dass in der kontinentalen Entwicklung es nicht der kommunistische, der faschistische, der konservative oder der liberale Staat ist, über den so genannten Wohlfahrtsstaat ganz zu schweigen, der die gewaltige Belastung der gesamtgesellschaftlichen Reproduktion auf sich genommen hat und diese Verpflichtungen bis heute auch trägt, sondern der mit keinem weiteren Attribut ausgestattete moderne europäische Staat, der mindestens seit Bismarcks Zeit dieses Ausmaß der gesamtgesellschaftlichen Reproduktion sich angeeignet hat.

Eine Wirtschaftskrise, die im Weltmaßstab ausbricht, spitzt die globale Problematik des Staates bzw. die permanent sich reproduzierende Staatsverschuldung wieder dramatisch zu. Dies ist ein Punkt, der diesen Sachzusammenhang vielleicht unter einem meist heruntergespielten Aspekt zeigt. Eine Weltwirtschaftskrise, wie jene, die 2007 bis 2008 ausbrach, ist zunächst selbstverständlich eine der globalen Wirtschaft, die mehrheitlich als private Wirtschaft kategorisiert werden muss – unabhängig von den einzelnen Bedeutungsvarianten dieser Kategorie unter den aktuellen globalen Bedingungen. Die Krise ist demnach, so trivial es klingen mag, eine der mehrheitlich privaten Wirtschaft, die mit vielen Verlusten und Nachteilen zusammengeht. Diese Verluste vermehren aber die Verpflichtungen des schon vor der Krise verschuldeten Staates. Eine Krise der (Welt-)Wirtschaft ist praktisch mit einer potenzierten Krise des (National-)Staates identisch.

Sehr markant manifestiert sich dieser Zusammenhang in der postsozialistischen Welt. Denn diese Staaten, jetzt streng genommen als Staaten, hatten zwei einander fundamental entgegengesetzte Aufgaben zu lösen. Einerseits war es ihre historische Aufgabe, ein solide funktionierendes demokratisches System auszubauen. Andererseits sollten sie versuchen, die vielfachen Unterschiede zu West-Europa zu reduzieren und sie stufenweise zu überbrücken. Die diesen Prozess von Anfang an belastende Staatsverschuldung machte die Lösung der beiden einander entgegengesetzten Aufgaben beinahe unmöglich. Rechnet man die Konsequenzen der Weltwirtschaftskrise noch hinzu, so dürfte man die Metapher in Anspruch nehmen, dass die einmal schon potenzierte Krise des Staates nochmals potenziert wurde, und zwar durch den postsozialistischen Faktor. Stellt die Weltwirtschaftskrise den verschuldeten Staat in jeder Hemisphäre vor ein potenziertes Ausmaß von Herausforderungen, so wird dieses Ausmaß im Falle der postsozialistischen Welt wieder potenziert. Diese Situation entwirft die Umrisse von einem neuen Fokus der condition humaine der globalisierten Welt, des sozialen Überlebens.

Das Aufkommen der gesamten Problematik des sozialen Überlebens stellt den Entwicklungsweg des postsozialistischen Liberalismus in ein ernüchterndes Licht. Wie Michael Polányi es im Kontext des Ungarischen Aufstandes des Jahres 1956 herausgestellt hat, ließ sich eine postsozialistische Umwälzung mit Notwendigkeit – und nicht nur in deren eigener sprachlicher Artikulation – als Wieder-, wenn nicht Neugeburt des demokratischen Liberalismus als neue historische Qualität interpretieren. Die ineinander geschachtelte Linie verschuldeter Staat – postkommunistische Doppelfunktion – Weltwirtschaftskrise verdrehte diese historische Mission der liberalen Wiedergeburt kritisch und verdreht sie auch weiter. Vielleicht ist es tatsächlich so, dass sich der Prächtige Schwan der welthistorischen Wiedergeburt in aller Unmerklichkeit ins Hässliche Entchen des Märchendichters Andersen verwandelte.

Die Momente der Staatsverschuldung, der postkommunistischen Transition und der Weltwirtschaftskrise aktualisieren gleichermaßen die Problematik des modernen Staates. Die Problematik des Staates ist nicht primär theoretisch-präsentistisch, das heißt ihre Lösung ist nicht in der ersten Linie eine Aufgabe für konkurrierende Analysen über den besten aller Staaten. Diese ganze Problematik ist in der Tat eine historische. Zu ihrer Vergegenwärtigung ist eine Portion historischen Denkens unerlässlich notwendig.

Der heutige Staat, der in dreifacher Potenzierung gefährdet ist, erzielte die Vervielfältigung seiner Missionen und Legitimationen im Laufe eines jahrhundertealten historischen Prozesses. Er sammelte Aufgaben, Funktionen, Legitimationen, mit derer Hilfe er nicht nur in der Modernisierung eine entscheidende Rolle spielte, sondern auch praktisch beinahe die ganze soziale Reproduktion kontrollieren konnte. Die Hypertrophierung seiner Funktionen erwies sich einst als zivilisatorisches Ereignis, heute fehlt nicht mehr viel, dass auch sein Abbau zu einem zivilisatorischen Ereignis wird.

Die langfristigen historischen Prozesse und die aktuellen Elemente der Gegenwartsanalyse wachsen vielfältig ineinander über. So dürfte man sagen, dass die 2007 bis 2008 ausbrechende aktuelle Weltwirtschaftskrise die inneren Spannungen der globalen Welt mit den verschuldeten Staaten nur noch zugespitzt hat. Genau wie es in den Realprozessen generell der Fall ist, die Krise wächst von denselben wirtschaftlichen und finanziellen Prozessen aus, die die eigentliche Geschichte der global gewordenen Welt mitsamt der postsozialistischen Transformation ausgemacht haben. Gerade von den Realprozessen aus gesehen, ist die Krise kein selbständiges Phänomen, vielmehr ein provisorischer Endpunkt einer relativ eindeutigen und geradlinigen Entwicklung. Wie es noch thematisiert werden muss, signalisiert die aktuelle Wirtschaftskrise, dass die Wirtschaft nach langer Reise in der Virtualität auf den Wegen der himmlischen Geldströme sich wieder auf die Erde herabgesenkt hat.

Die Krise ist somit letztlich nur eine Steigerung eines langfristigen Prozesses, der während der ganzen Geschichte der bisherigen globalisierten Welt andauert, ohne mit dieser Geschichte voll identisch gewesen zu sein. Es heißt, dass die gewaltige Veränderung im Kontext des Neoliberalismus auch dann hätte wahrgenommen und reflektiert werden müssen, wenn die Weltwirtschaftskrise gegebenenfalls nicht ausgebrochen wäre.

Die Krise ist also nicht das Symptom einer strukturell stark belasteten globalen Entwicklung, sondern im wesentlichen die Fortsetzung und der provisorische Endpunkt dieser Entwicklung, und als solcher mit aller Wahrscheinlichkeit auch noch die Einleitung einer neuen selbständigen Phase der globalen Entwicklung. Nach seinem welthistorischen Sieg stand der Neoliberalismus als Regulator und Motor der globalen Entwicklung allein auf der ideologisch-politischen Weltbühne. Als Hegemon ist er im politischen Bewusstsein mit dem Ganzen des wirtschaftlich-sozialen Weltsystems identisch geworden. Als Hegemon verkörpert er die Mutation des früheren Liberalismus und die Dialektik der früheren Moderne. Gerade als Hegemon kann er aber an der Notwendigkeit und Pflicht der Herausarbeitung von neuen Formen der Emanzipation auch nicht vorbeigehen.

Der Mangel an neuer Emanzipation, sogar derjenigen an qualifizierbaren Anstrengungen für die Herausarbeitung von neuen Emanzipationsformen, ist aber nicht das einzige negative Phänomen in der Weltwirtschaftskrise unserer Tage. Was geradezu auffällt, sind neue Formen von Pseudoemanzipation. Sie spielen eine keineswegs gering zu schätzende Rolle, sogar in der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise. In dieser Krise der Finanzierung und des Kreditwesens trat nämlich auch die Nachfrageseite in den Vordergrund. Diese Dimension lässt sich im Kern als Glücksbedürfnis identifizieren und dieses Bedürfnis lässt sich von der Imitation des ursprünglichen Emanzipationsbedürfnisses kaum wesentlich trennen. Wir erblicken somit im Glücksbedürfnis die Artikulation einer Sehnsucht nach Emanzipation, so unrichtig diese Identifizierung unter einem reflektiven Aspekt auch gewesen sein dürfte.

Dieses Glücksbedürfnis ruft auf der anderen Seite eine regelrechte Glückspolitik von Wirtschaft, Politik und Medien ins Leben. Auf eine fast unübertrefflich triviale Weise steht hier die verteilende Finanzpolitik der Regierungen an der ersten Stelle. Dieses Glücksbedürfnis ist eine der relevantesten Komponenten der populistischen Politik unserer Tage. Das Straßenbild von armen Ländern wird von den vielen modernen PKW geziert, deren Anzahl in keiner Relation zu den entsprechenden statistischen Zahlen dieser Länder steht. Über Konsumhysterie berichtet die Presse auf der ganzen Welt regelmäßig. Man nimmt oft den Kredit für einen begehrten Konsumgegenstand gleich im großen Einkaufszentrum auf.

In dieser Art Konsumrausch lässt zweifellos sich eine verdrehte Form des generellen Emanzipationsbedürfnisses erkennen. Für Einkaufs- und Kreditpanikphänomene lassen sich unter den Bedingungen der modernen Lebenswelt weder die Medien noch die Politiker verantwortlich machen. Die Stärke und die Permanenz dieser Phänomene stehen scheinbar in keiner Relation zu wachsenden Entlassungen und Ausgrenzungen, steigenden Preisen und Inflationsziffern. Die kurzfristige Sehnsucht nach Glück und Bedürfniserfüllung schiebt die Überlegungen des Wirklichkeitssinnes kollektiv beiseite.

Glücksbedürfnis, Glückspolitik, Glückskommunikation oder Glücksmediation verändern die Lebenswelt rasch. Räume für Gesellschaft, Gemeinschaft oder auch Arbeit (!) werden in Räume für Glückserwerb verwandelt. Führende Sportereignisse werden zu multifunktionalen Kulten, die bei jedem Sieg im Fußball ein gewaltiges Kollektivglück generieren und das sofortige Bedürfnis nach Festivals und Karnevals hervorrufen. Nimmt man an, die jetzige Wirtschaftskrise ist eine Krise des Kreditwesens, so muss man hinzufügen, es gab von Glückshunger getriebene Familien und Individuen, die diese Kredite aufgenommen haben, auch wenn ihre finanzielle Lage es eigentlich gar nicht ermöglicht.

In die historische Distanz gestellt, scheint dieses Glücksbedürfnis ein Begleitphänomen eines welthistorischen Überganges zu sein, der von einem generellen Wohlstand in eine generelle Not, wenn nicht Armut führt. Das Bewusstseinsgebilde einer Konsumhaltung ohne realen und kontinuierlichen Konsum scheint in die sich hier auftuende Lücke hineinzupassen. So erweckt die Weltwirtschaftskrise seit 2007 nicht nur wirtschaftsphilosophische oder demokratietheoretische, sondern auch wertphilosophische Probleme.

Globalisierung mit verschuldeten Staaten – postkommunistische Transition – Weltwirtschaftskrise zeichnen eine Linie, die wie selbstverständlich neue Analysen herausfordert. Die Analyse und die Reaktionen auf diese Lage unterscheiden sich je nach den einzelnen großen globalen Polen.

Bei dieser Analyse erweist sich für die USA derzeit der Primat des kurzfristigen Handelns charakteristisch. Selbst der erfolglose George W. Bush passt in diese Linie hinein. Hinter dieser Strategie steht eine Gesellschaft der Evidenz der Unveränderlichkeit der Lebensformen und der Überzeugung von der Optimalität der eigenen Zugangsweise. Die relevante Frage und Herausforderung ist für Amerika die Umstellung auf langfristiges Denken, welches mit der immanenten Langfristigkeit der durch die neue Krise eingeleiteten neuen historischen Phase kompatibel ist. Die eigentliche Schwierigkeit für die USA ist gewiss nicht die intellektuelle oder psychologische Seite dieser potentiellen Umstellung, vielmehr das durchaus pragmatische Moment, dass die USA ständig

deutliche Vorteile gerade aus der Kurzfristigkeit ihrer Politik zog und zieht. Die Fortsetzung oder Nicht-Fortsetzung gewisser Linien konnte hier den kurzfristigen aktuellen Situationen untergeordnet werden. Die Freiheit, eine Kontinuität aufrechtzuerhalten oder sie zu unterbrechen, gewährte überdurchschnittliche Bewegungsfreiheit.

Chinas Strategie weicht von diesem Modell grundlegend ab. Seine Interpretation ist geschlossen, wenn nicht ganz geheim, seine Handlungen sind langfristig, seine Strategie auch in der kommenden historischen Phase scheint konsequent und kohärent zu sein. Die immanente Langfristigkeit experimentiert mit einer Kombination von Isolation und Expansion. Daher entsteht eine gewisse Wahrscheinlichkeit, dass die heutige Krise und die ihr folgende historische Etappe China nicht relevant betreffen wird. Dadurch wird die Chance der Selbstdeklaration der Zielsetzungen für China gewährt.

Das Vermittlungssystem von Situationsanalyse und historischem Handeln erscheint in Europa wieder anders. Europäische Analyse der Situation existiert auf eine gut artikulierte und relativ direkt wahrnehmbare Weise eher nicht. Europa antwortet auf die Krise wie auf jede Herausforderung mit der Losung *Europa*, nicht merkend, dass dieser Aufruf schon tautologisch wirkt. Die funktional-bürokratische Existenzweise setzt sich fort, Europa sagt Europa, neue Ideen und Kriterien treten nicht auf, während dabei die grundsätzliche und schon als ewig angesehene Legitimation von Europa auch erodiert. Die heutige Krise generiert mit elementarer Kraft die Frage: Wozu ein Europa, das nicht in die erste Reihe der globalen Welt aufsteigen kann und das seine Bevölkerung vor keinem Leid der heutigen Umwälzung bewahren kann?

Der wirtschaftliche Kern der heutigen Krise ist die Landung der Wirtschaft auf der Erde, die Begegnung der *normalen* Bank mit den *normalen* Kunden, die ja in vielen Fällen von Glückspropaganda und Glücksbedürfnis geleitet worden sind. Dies ist unter anderem auch ein Kapitel in der sehr komplizierten Geschichte der Dualität virtuelle Geldwirtschaft – Realwirtschaft.

Was die Umgangssprache anlangt, so ist die Bezeichnung Krise nicht unangebracht. Generell, aber auch theoretisch, gilt jedoch die Annahme, dass in der Globalisierung die Grenze zwischen Normalität und Krise viel fließender als in jeder früheren Periode ist. Rein theoretisch gesehen ist die global vernetzte Weltwirtschaft nie in der Krise: Denn was hier als Krise erscheint, erscheint auf der anderen Seite als normale Umverteilung von Ressourcen. Man muss natürlich zwischen dem theoretischen Modell und der sozialen Realität unterscheiden, darf aber nie vergessen, dass selbst die Semantik der Krise in der Globalisierung eine andere geworden ist. Für die weltpolitische und weltwirtschaftliche Realität ist es gewiss nicht gleichgültig, dass heute Banken in den

USA auch staatliche Hilfe erhalten. Dies kann aber auch nicht als theoretisches Kriterium der Weltwirtschaftskrise gelten, denn auch in diesem Kontext stehen Krise und Normalität in einer anderen Relation als in der vorglobalen Welt, in der die Krise mit einem historischen Subjekt, USA oder Europa, perspektivisch verbunden war. So eine ausgezeichnete Perspektive existiert in einer ernst genommenen Globalisierung aber nicht. Jedenfalls ist es durchaus relevant, welche Bedeutung wir dem Subjekt der Krise zuschreiben, um welches herum die Krise thematisiert werden kann.

Gewiss könnte man diese Krisen-Logik sogar noch umkehren. Anstatt als eine Krise könnte man genau die aktuelle Situation als Normalität hinstellen, indem man deutlich unterstreicht, dass es möglicherweise gerade die Normalität von den konkreten globalen Verhältnissen ist, dass die selbstregulierende Macht der Märkte nicht mehr ihre durchschlagende Fähigkeit realisieren kann.

Bei der Landung der virtuellen Weltwirtschaft auf der Erde kann man auch noch einer weiteren Erfahrung gewahr werden. Die Gesellschaft, zu der diese erdnahe Wirtschaft mit Transaktionen zwischen Bankkrediten und jungen Eheleuten zurückkehrt, ist nicht mehr jene Gesellschaft, von der der Höhenflug der globalen Virtualität seinen Anfang nahm. Diese Gesellschaft lebt und handelt nicht mehr so, wie etwa vor zwei Jahrzehnten. Das tätige Glücksbedürfnis ist nur ein Beispiel dafür.

Aber auch das wirtschaftliche System reagiert anders als vor zwei Jahrzehnten. Die monetarische Globalisierung, in der Umgangssprache das Gebäude des Neoliberalismus, hat bis jetzt nicht nur jede Intervention verdammt, die die Wirtschaft, das Wachstum oder den Konsum ankurbeln wollte, schon die pure Idee der Beschleunigung der Wirtschaft forderte eine gesunde Empörung gegen Ketzertum heraus. Heute sind gerade die angelsächsischen Länder die nicht unegoistischen Vorreiter von staatlichen Interventionen für die Sanierung der eigenen Wirtschaft. Eine Dialektik des Neoliberalismus kann einsetzen, in deren Mitte möglicherweise ein neuer Begriff des Überlebens erscheinen wird.

Autor: Prof. Dr. Endre Kiss,

Budapest.

Generalleutnant a. D. Prof. Dr. Hans Süß zum Gedenken



Es war sein fester Vorsatz, zum 50. Gründungstag der Militärakademie *Friedrich Engels* ein diesem Anlass gewidmetes Kolloquium zu eröffnen. Doch die Kraft versagte ihm. Bis zum letzten Moment hatten wir auf seine Rede gehofft. Niemand konnte so wie er eine wissenschaftliche Veranstaltung repräsentieren, die sich zum Ziel setzte, die Militärakademie rückblickend mit dem Wissen von heute, also historisch-kritisch zu betrachten.

Nicht nur als ihr letzter Chef wäre er dazu berufen gewesen, mehr noch als Repräsentant eines militärischen und sicherheitspolitischen Geistes, der die Zeichen der Zeit verstand und ihnen Geltung verschaffte. Der General und Militärreformer, Wissenschaftler in Uniform und Sozialist, der er geworden war im Aufstieg und geblieben ist im Scheitern jenes Versuchs, eine men-

schengerechte Gesellschaft auf deutschem Boden zu schaffen, war ein außergewöhnlicher Mensch.

1935 geboren und aufgewachsen in einer Arbeiterfamilie, hat ihn die in jungen Jahren verinnerlichte Ablehnung von Faschismus und Krieg gleich nach dem Abitur zum Dienst in den bewaffneten Kräften geführt, weil sie den Auftrag hatten, uns vor einer Wiederholung des erlebten Unheils zu schützen. Seine intellektuellen Fähigkeiten, sein wacher Verstand und seine Tatkraft verhalfen ihm in kurzer Zeit zu einer steilen Karriere.

Absolvent der Artillerieschule als einer der Besten, Studium an einer sowjetischen Militärakademie und Chef der Funktechnischen Truppen, Promotion zum Dr. rer. mil. an der Militärakademie *Friedrich Engels*, Studium an der Generalstabsakademie in Moskau, anschließend Stabschef der 1. Luftverteidigungsdivision, dann Kommandeur der Offiziershochschule der Luftstreitkräfte/Luftverteidigung und Berufung zum Außerordentlichen Professor, auf dem Höhepunkt Hauptinspekteur der Nationalen Volksarmee und in der Zeit des gesellschaftlichen Umbruchs 1989/90 Leiter der Kommission zur Militärreform und Sekretär der Regierungskommission Militärreform der DDR, zuletzt Chef der Militärakademie *Friedrich Engels*.

Bis ans Ende seiner Tage beschäftigte ihn der Gedanke an das Ganze, das sein Lebensinhalt war, und er stellte sich die Frage, ob er seiner Verantwortung gerecht geworden ist. Verantwortung für viele Menschen hatte er getragen, und für Vieles, was den ihm Anvertrauten und was allen von Nutzen sein sollte. Der Geist, den er ausstrahlte, und seine warmherzig menschliche Zuwendung machten ihn zu einem hoch geachteten und beliebten Vorgesetzten.

Früh kam er zu der Einsicht, dass die Atomwaffe das Wesen unserer Welt verändert hat und damit das bisherige Denken über Krieg und Frieden, Streitkräfte und Verteidigung an ein Ende gekommen ist. Fortan widmete er sich der Aufgabe, den Bruch zu vollziehen mit den noch immer anerkannten Lehrsätzen des militärischen Denkens, obwohl das Gesetz des Atomzeitalters sie längst außer Kraft gesetzt hatte.

Hans Süß war ein Denker, prädestiniert, Geist und Macht zu vereinen, bestrebt und befähigt, dem Denken die Tat folgen zu lassen. Eine Persönlichkeit seines Formats war genau richtig, an die Spitze einer demokratischen Militärreform zu treten. Er verstand, dass die Reform radikal sein muss und die Mitwirkung der Soldaten ebenso braucht wie das Einverständnis aller politischen Bewegungen jener bewegenden Zeit.

Die Militärreform, unter seiner Leitung konzipiert und in Gang gesetzt, wandelte die Nationale Volksarmee in eine Armee des ganzen Volkes, frei von der

Bindung an eine Partei und Weltanschauung. Vor allem aber enthielt die Reform einen ganz neuen Auftrag für die Streitkräfte, einen Auftrag, der Kriegführung ausschloss und der Nationalen Volksarmee nur noch Funktionen zuwies im Übergang zu nichtmilitärischen Sicherheitsstrukturen in Europa.

Später einmal, wenn politische Verunglimpfung einem sachlichen Interesse an Aufklärung weicht, wird man erstaunt feststellen, wie weit fortgeschritten militärreformerisches Denken und Handeln auf deutschem Boden schon einmal gewesen ist. Und dafür steht an erster Stelle der Name des Generals Hans Süß. Er wird genannt werden als einer in der Reihe der Militärreformer der deutschen Militärgeschichte.

Auf den Leib geschrieben war ihm auch sein letztes Kommando. Endlich bekam mit ihm die Militärakademie einen Chef, der die Eigenschaften eines Kommandeurs und Wissenschaftlers in einer Person vereinigte. Als Chef der Militärakademie und Vorsitzender ihres Senats konnte er noch einen weiteren Wesenszug der Militärreform selbst verwirklichen, nämlich der Wissenschaft im Militär freie Bahn verschaffen: Volle Freiheit für die Forschung und die Verbreitung ihrer Ergebnisse, und Schluss damit, dass, wie er es treffend ausdrückte, der Hörsaal nur eine andere Form des Exerzierplatzes ist.

Am Ende galt seine Sorge dem Personal und den Studierenden der Militärakademie, um ihnen Bedingungen für den aufrechten Gang in die bürgerliche Gesellschaft zu verschaffen und in dieser eine Existenz zu finden.

Selbstaufgabe war seine Sache nicht. Wissenschaftler aus der Militärakademie, mit denen er eng zusammengearbeitet hatte, inspirierte er, die Studien und das Engagement für die Entmilitarisierung der Sicherheitspolitik auch in der Bundesrepublik fortzusetzen. So gehörte er zu den Gründungsmitgliedern der Dresdener Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik. Ihr blieb er in Geist und Tat verbunden.

Uns bleibt die Erinnerung, das dankbare Gedenken an einen hochsinnigen Menschen. Es schmerzt uns, dass wir ihn verloren haben, und doch können wir glücklich sein, dass wir ihn hatten, und stolz, dass er uns Kamerad war und Freund.

Prof. Dr. Wolfgang Scheler.

Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK *(DSS)* e.V.

Aus der Schriftenreihe „DSS-Arbeitspapiere"

Heft 85: **Friedensdiplomatie statt Militärintervention.** Für Frieden im Nahen Osten nach dem Vorbild der KSZE,
15. Dresdner Friedenssymposium am 17. Februar 2007.
Beiträge: Steffi Belke, Wolfgang Gehrcke, Horst Schneider, Mechthild Tschierschky,
Dresden 2007, 24 Seiten; 2,00 Euro.

Heft 86: Wilfried Schreiber, **Von einer Militärdoktrin der Abschreckung zu Leitsätzen entmilitarisierter Sicherheit (1987 – 1990).** Ein Zeitzeugenbericht,
Dresden 2007, 114 Seiten; 5,00 Euro.

Heft 87: Frank Preiß, **Militärpolitik und Streitkräfte der Republik Belarus,**
Dresden 2007, 98 Seiten; 5,00 Euro.

Heft 88: Rudolf Oelschlägel, **Dien Bien Phu – Entscheidungsschlacht im Dschungel,**
Dresden 2007, 46 Seiten; 3,00 Euro.

Heft 89: **Militarismus und Antimilitarismus heute.**
12. Dresdner Symposium *Für eine globale Friedensordnung* am 17. November 2007.
Beiträge: Jürgen Hofmann, Wolfgang Scheler, Endre Kiss, Ernst Woit, Horst Sylla,
Dresden 2008, 46 Seiten; 3,00 Euro.

Heft 90: **Deutschland – europäische Zivilmacht oder weltweit agierende Militärmacht?**
16. Dresdner Friedenssymposium am 16. Februar 2008.
Beiträge: Gerda Krause, Monika Knoche, Elke Renner, Wolfgang Scheler, Horst Sylla,
Horst Schneider,
Dresden 2008, 34 Seiten; 2,00 Euro.

Heft 91: **Die NATO vor neuen Entscheidungen,** Beiträge vom Podium zum Weltfriedenstag am 1. September 2008 in der Dresdener Dreikönigskirche**,**
Dresden 2008, 38 Seiten; 3,00 Euro.

Heft 92: **Konzeption der Außenpolitik der Russischen Föderation,** Arbeitsübersetzung:
Egbert Lemke, Frank Preiß,
Dresden 2008, 34 Seiten; 3,00 Euro.

Heft 93: **Atomwaffen und Menschheitszukunft.**
13. Dresdner Symposium Für eine globale Friedensordnung am 15. November 2008.
Beiträge: Volker Bialas, Ernst Woit, Horst-Dieter Struening, Wolfgang Scheler, Detlev Bald,
Dresden 2009, 54 Seiten; 3,00 Euro.

Heft 94: **Gleiche Sicherheit für alle statt NATO-Vorherrschaft.**
17. Dresdner Friedenssymposium am 17. Februar 2009.
Beiträge: Gerda Krause, Peter Strutynski, Erhard Crome, Manfred Sauer, Horst Schneider,
Horst Semmelmann, Detlev Bald, Dresden 2009, 70 Seiten; 4,00 Euro.

Heft 95: **Militärakademie Friedrich Engels. Historisch-kritische Nachbetrachtung zum 50. Jahrestag ihrer Gründung.**
Beiträge zum Kolloquium am 10. Januar 2009 im Rathaus Dresden,
Dresden 2009, 310 Seiten; 10,00 Euro.

Heft 96: **Strategie der nationalen Sicherheit der Russischen Föderation bis zum Jahr 2020,** Arbeitsübersetzung:
Egbert Lemke, Frank Preiß,
Dresden 2009, 34 Seiten; 3,00 Euro.

Die Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK e.V. (DSS) informiert über Aktivitäten und Ergebnisse ihrer Tätigkeit auch im Internet.

http://www.sicherheitspolitik-DSS.de